

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

forwie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, vergütet. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verbands-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilagen- oder deren Raum 80 A.

**Inhalt:** Zur Lohnbewegung. — Der Abschluss der Tarifverhandlungen. — Das neue Vereinsrecht. — Liberalismus und Sozialdemokratie. — Eine feste Gefahr für das Koalitionsrecht. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Mahnungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Meltziger Terrorismus. Aus Dänemark. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterbesuch, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Eigenschaften der Zemente.

## Zur Lohnbewegung.

### (An die Verbandsmitglieder.)

Die Unterhandlungen, die in der Zeit vom 23. bis 27. April zum Abschluss von Tarifverträgen mit dem Vorstande des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe stattfanden, haben damit geendet, daß die drei Unparteiischen, die Herren Dr. Brenner-München, v. Schulz-Berlin und Dr. Wiesfeldt-Essen, unter deren Leitung die Unterhandlungen vor sich gingen, einen Schiedsspruch fällten. Der Schiedsspruch ist im „Grundstein“ abgedruckt.

Die beteiligten Organisationen hatten nunmehr die Pflicht, über die Annahme oder die Ablehnung des Schiedsspruches zu entscheiden. Wir haben diese Entscheidung pflichtgemäß herbeigeführt.

Leider war es bei der Kürze der Zeit nicht möglich, in allen Fällen Mitgliederversammlungen abzuhalten, um die Mitglieder zu befragen. Die Entscheidung mußte vielmehr in der Hauptsache von den Funktionären des Verbandes gefällt werden. Dieser war Gelegenheit zur Stellungnahme in reichlichem Maße gegeben.

In erster Linie haben zu der Frage der Verbandsverfassung und die Gauvorstände Stellung genommen. Beide Körperschaften sind nach reiflicher Überlegung und unter Berücksichtigung aller in Frage kommenden Umstände einstimmig zu dem Schlusse gekommen, daß der Schiedsspruch angenommen werden müsse.

Diese Auffassung wird unterstützt durch einen großen Teil der in Betracht kommenden und befragten örtlichen Funktionäre und besonders durch die für die großen Vertragsgebiete des Westens und Südwestens (Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland) und beide Mecklenburg abgehaltenen Konferenzen, die sich, wenn auch mit schwerem Herzen, für die Annahme des Schiedsspruches erklärten.

Nach den uns zugegangenen Berichten ist aber auch ein großer Teil der Mitglieder der Meinung, daß das Unterhandlungsergebn allerdings nicht befriedigt, daß sich aber auch bei dem augenblicklichen Stand der allgemeinen Wirtschaftslage und besonders des Arbeitsmarktes im Baugewerbe etwas Besseres nicht erreichen läßt.

Auf Grund dieser zustimmenden Meinungsäußerungen aus weiten Kreisen des Verbandes haben wir am 4. d. M. dem Kollegium der Unparteiischen mitgeteilt, daß der Zentralverband der Maurer Deutschlands den Schiedsspruch annimmt.

Auch die übrigen an der Bewegung beteiligten Organisationen und auch der Arbeitgeberbund für das

Baugewerbe haben dem Schiedsspruch zugestimmt. Damit ist die Grundlage geschaffen, auf der die Tarifverträge für die einzelnen Gebiete abgeschlossen werden können.

Werte Kollegen! Wir sind uns bewußt, daß der Ausgang der Lohnbewegung weite Kreise der Mitglieder nicht befriedigt. Und das mit Recht. Auch wir sind der Meinung, daß das Verhandlungsergebn, besonders in der Lohnfrage und auch noch in einigen anderen Punkten, fast alles zu wünschen übrig läßt. Wenn wir aber trotzdem den Schiedsspruch zur Annahme empfohlen haben und wenn wir für den Verband die Zustimmung aussprechen, dann nur darum, weil nach unserer ehrlichen Überzeugung ein Lohnkampf in diesem Jahre von folgenloser Bedeutung für unseren Verband, die beteiligten Mitglieder und auch für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben gewesen wäre. Ein erfolgreicher Ausgang des Kampfes war bei dem augenblicklichen Stande der Konjunktur geradezu unmöglich. Das bitten wir zu berücksichtigen. Wir waren uns der Tragweite unserer Entscheidungen in jeder Hinsicht und in jedem Stadium der Bewegung bewußt und übernehmen darum für das, was unterseits geschehen, die volle Verantwortung. Goffentlich ist es uns recht bald möglich, dem gesamten Verbande an kompetenter Stelle Rechenschaft zu geben. Dem Urteile sehen wir mit voller Ruhe entgegen. Wir sind sicher, daß nach reiflicher und sachlicher Überlegung alle Mitglieder zu der Überzeugung kommen werden, daß im gegenwärtigen Moment die Interessen des Verbandes und der beteiligten Mitglieder nur durch Annahme des Schiedsspruches in richtiger Weise gewahrt werden konnten.

Die jetzt zu Ende gehende Lohnbewegung wird, soweit es sich um die für die Unterhandlungen mit dem Vorstande des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Betracht kommenden Lohngebiete handelt, in nächster Zeit noch oft Gegenstand der Erörterung in den Zweigvereinsversammlungen sein. Solche Erörterungen sind notwendig und werden wesentlich zur Erziehung der Mitglieder für die Beurteilung taktischer Maßnahmen beitragen, vorausgesetzt, daß sie gründlich und sachlich geführt werden. Gerade letzteres möchten wir den Mitgliedern dringend ans Herz legen.

Sind die Erörterungen gründlich und sachlich, dann ist es leicht möglich, selbst bei den schwierigsten Fragen, eine Verständigung herbeizuführen, zum Nutzen und guten Geheßen des gesamten Verbandes.

Der Verbandsvorstand. J. A.: Th. Bömelburg.

## Der Abschluss der Tarifverhandlungen.

Die Kriegsgefahr, die seit Monaten dem deutschen Baugewerbe drohte, ist beseitigt. Hatte es zuerst den Anschein, als wolle der Unternehmerbund eine noch nie gesehene Kraftprobe veranstalten und die baugewerblichen Arbeiter zu Paaren treiben, um ihnen dann schimpfliche Arbeitsbedingungen aufzuzwingen, so ist es schließlich dank der monatelangen Verhandlungen doch noch zu einem erträglichen Waffenstillstand gekommen. Natürlich stand von vornherein fest, daß die von den Generalversammlungen des Unternehmerbundes verordnete Suppe

nicht so heiß gegessen würde, wie sie gekocht worden ist; immerhin ließ die struppellose Geze in Unternehmerkreisen die Aussicht auf friedliche Beilegung der Differenzen nur sehr gering erscheinen. Der Unternehmerbund hat aber einsehen müssen, daß seine Bäume noch längst nicht in den Himmel wachsen und daß die Arbeiterorganisationen durchaus nicht gewillt sind, vor seinem Donnern ins Maulschloß zu kriechen. Andererseits haben sich aber auch die Arbeiter damit abfinden müssen, daß es zu Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges nicht möglich ist, nennenswerte Lohnerhöhungen und sonstige Verbesserungen durchzusetzen, sondern daß es schon eine anerkennenswerte Leistung der Organisation ist, wenn es ihr gelingt, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren.

Der Ausgang der Verhandlungen ist bekannt. Da aber die uns in letzter Stunde vor Abschluss der vorigen Nummer zugegangene Begründung des Schiedsspruches nicht ganz korrekt ausgefertigt war, lassen wir Schiedsspruch und Gründe hier nochmals folgen:

### Schiedsspruch.

1. In keinem Lohngebiet darf irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten.
2. In den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnerhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, sind diese Erhöhungen aufrechtzuerhalten.
3. In den Lohngebieten, wo von der zuständigen Arbeitgeberorganisation anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnerhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Erhöhungen ohne Einschränkung durchzuführen.
4. In den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 keinerlei Lohnerhöhung vorgenommen und auch nicht zum 1. April 1909 vorgesehen ist, ist mit dem 1. April 1909 der Stundenlohn um 1 A zu erhöhen.
5. Für jeden Bezirk, nötigenfalls für jedes Lohngebiet, wird ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Unparteiischen durch die zuständigen Organisationen sofort eingesetzt, das die außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu entscheiden hat.
6. Die Parteien haben bis Montag, den 4. Mai, vormittags 11 Uhr, dem Kollegium der Unparteiischen (Berlin, Zimmerstr. 90/91) die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches anzuzeigen.

### Gründe.

Nach gründlicher Prüfung der in den Plenarverhandlungen vorgetragenen allgemeinen Gesichtspunkte, wie der in den Kommissionsberatungen geltend gemachten besonderen Darlegungen, sind die Unparteiischen einstimmig zu der Überzeugung gelangt, daß einheitlich für das ganze Reich z. B. nur geregelt werden können: das am 26. März 1908 in Berlin vereinbarte Vertragschema und die Frage der Lohnerhöhung; in allen anderen Fragen spielen die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bezirke, ja der einzelnen Lohngebiete wenigstens zur Zeit noch eine derartig ausschlaggebende Rolle, daß eine Regelung durch Schiedsspruch von einer Stelle aus nicht möglich ist. Da indessen auch hier von weiteren Verhandlungen kein Erfolg zu erwarten steht, bleibt nur übrig, für diese Bezirke oder Gebiete besondere Schiedsgerichte unter unparteiischen Vorständen einzusetzen, die alle außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu entscheiden haben.

Für die Regelung der Lohnfrage, die bei allen Tarifabschlüssen ein doppeltes Gesicht hat, ist es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders schwierig, einen Standpunkt zu gewinnen, der den einander widerstrebenden Interessen beider Parteien gerecht wird. Die Unparteiischen sind sich darüber völlig klar, daß

Infolge der gegenwärtigen ungünstigen Konjunktur die Bautätigkeit eine erhebliche Einschränkung erfahren hat und daß diese Einschränkung, obgleich für einzelne Gebiete Anzeichen einer Besserung vorzuliegen scheinen, wohl noch für die nächste Zeit andauern wird. Verschärft wird diese ungünstige Lage des Baugewerbes durch die seit länger als Jahresfrist herrschende allgemeine Gelbsteuerung, in deren Folge Baugelber nur zu sehr lästigen Bedingungen oder überhaupt nicht zu erhalten sind, und die für absehbare Zeit eine wesentliche Besserung auch nicht erwarten läßt. Demgegenüber ist aber als eigentümliche Begleiterscheinung der gegenwärtigen Lage nicht zu verkennen, daß die seit drei bis vier Jahren stark gestiegenen Preise für den gesamten Lebensunterhalt trotz der rückgängigen Konjunktur keine irgend erhebliche Ermäßigung erfahren haben, so daß sich Staaten, Städte und Privatunternehmungen im letzten Jahre trotz der ungünstigen Wirtschaftslage zu Besoldungserhöhungen, Teuerungszulagen und ähnlichem haben herbeilassen müssen. Es ist sonach nicht zu bezweifeln, daß die Kaufkraft der Löhne gegen die Zeit vor 1906 nicht unwesentlich gesunken ist.

Nach reiflicher Abwägung dieser eigenartigen und nach vielen Seiten hin sehr schwierigen Sachlage haben die Unparteiischen dahin entschieden, daß erstens in keinem Lohngebiete irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen durch die neuen Vertragsabschlüsse eintreten darf.

Zweitens sind in den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnserhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, diese Lohnserhöhungen aufrechtzuerhalten.

Drittens sind in den Lohngebieten, wo von den zuständigen Arbeitgeberorganisationen anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnserhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, diese Lohnserhöhungen (Stundenlöhne, Lohnzuschläge u. dgl.) ohne Einschränkungen durchzuführen. Es ist dabei gleichgültig, ob die Arbeiter die ihnen gebotenen Lohnserhöhungen angenommen oder als unzureichend abgelehnt haben. Die Unparteiischen sind vielmehr der Auffassung, daß das einmal gemachte Angebot den Grad des für dieses Gebiet möglichen höchsten Lohnes darstellt und daß dieser mögliche Lohn gezahlt werden soll. Aus diesem Grunde soll bei voneinander abweichenden Angeboten das höhere maßgebend sein.

Viertens haben die Unparteiischen für alle anderen Gebiete mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des deutschen Baugewerbes von jeder Lohnserhöhung für das laufende Jahr absehen zu sollen geglaubt.

Anders liegt die Frage für das zweite Jahr der Vertragsdauer. In Würdigung der eingetretenen Preissteigerung sind die Unparteiischen hier zu der Ueberzeugung gelangt, daß in allen Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 der Lohn nicht erhöht worden ist, seine Kaufkraft infolge der Preissteigerung so herabgegangen ist, daß er zwar ziffernmäßig, aber nicht mehr tatsächlich daselbe bedeutet wie zu jener Zeit. Sie halten daher eine Lohnserhöhung von einem Pfennig für die Vertragszeit vom 1. April 1909 ab für das Mindeste dessen, was nötig ist, um in diesen Lohngebieten

den Lohnsätzen wenigstens im allgemeinen wieder die gleiche Kaufkraft zu geben, die sie vormals hatten. Dagegen soll in den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 eine Lohnserhöhung durchgeführt ist, auch für das zweite Jahr der Vertragsdauer von einer Lohnserhöhung abgesehen werden.

Die Unparteiischen sind lange im Zweifel gewesen, ob sie die im Verhältnis zu anderen Städten auffallend niedrigen Löhne für die als besonders teuer bekannten Städte Frankfurt a. M., Wiesbaden und Mannheim nicht um 2 % mit dem 1. April 1909 erhöhen sollten, weil sie der Auffassung sind, daß nachdem einmal für das ganze Reich ein Kollektivvertrag geschaffen wird, in Konsequenz hiervon auch eine gewisse Angleichung, zum wenigsten aber eine Annäherung der Lohnsätze zwischen wirtschaftlich gleichstehenden Plätzen anzustreben ist, zumal dieselbe Maßnahme bereits für einzelne Vertragsbezirke mit Erfolg durchgeführt ist. Die Unparteiischen haben indessen, um die Einstimmigkeit des Schiedsspruchs zu wahren und um seine Annahme angesichts der hier bei den Verhandlungen hervorgetretenen schwierigen Verhältnisse nicht in besonders hohem Maße zu gefährden, beschlossen, von einer ausdrücklichen Vorschrift dieser Erhöhung abzusehen und sich darauf zu beschränken, sie den zuständigen Arbeitgeberverbänden nachdrücklich zur freiwilligen Durchführung zu empfehlen.

Für Berlin ist die Lohnfrage durch den von beiden Parteien angenommenen Vorschlag der Unparteiischen bereits geregelt.

Die Unparteiischen sind der einhelligen Ueberzeugung, daß sie durch diesen Schiedsspruch der eigenartigen schwierigen Lage möglichst sorgsam und nach beiden Richtungen hin gerecht abwägend Rechnung getragen haben, und daß er den zur Zeit einzig für beide Parteien gangbaren Mittelweg darstellt. Sie verkennen freilich dabei nicht, daß beide Parteien sehr erhebliche Schwierigkeiten haben werden, diesem Schiedsspruch überall bei ihren Parteiangehörigen zur Annahme zu verhelfen. Sie richten aber die dringliche Bitte an die Führer und Bevollmächtigten beider Parteien, mit allen Kräften überall für seine Annahme einzutreten, denn nur auf diesem Wege kann der Friede im deutschen Baugewerbe erhalten und vermieden werden, daß die zur Zeit ungünstige allgemeine wirtschaftliche Lage im deutschen Vaterlande durch einen großen, auf das ganze Reich übergreifenden, in seinen Folgen unübersehbaren Kampf noch mehr erschüttert und außerordentlich verschärft wird. Die Unparteiischen geben sich endlich der Erwartung hin, daß, wenn jetzt auf diesem Wege ein Vertrag für große Gebiete des Reiches zu Stande kommt, damit eine geeignete Grundlage geschaffen ist, auf der im Jahre 1910 bei hoffentlich wesentlich günstigerer Wirtschaftslage ein weiterer gedeßlicher Ausbau nach dem Ziele hin erfolgen kann, durch einen Reichsvertrag im gesamten deutschen Baugewerbe geordnete Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Berlin, den 27. April 1908.

v. Schulz. Dr. Brenner. Wiesfeldt.

Der Schiedsspruch und seine Gründe haben bei den Arbeitervertretern selbstverständlich keine Freude erweckt, und auch bei der gesamten beteiligten Arbeiterschaft wird der Spruch mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen werden. Indem wir dies konstatieren, wollen wir den drei unparteiischen Schiedsrichtern, die von den Bevollmächtigten der sämtlichen Beteiligten einstimmig zu dem Amt berufen worden sind und einstimmig den Spruch gefällt haben, keinen Tadel aussprechen. Die Herren haben sich die erkenntlichste Mühe gegeben, die Unternehmer zur Bewilligung einer größeren Lohnserhöhung zu bewegen, und nur die hartnäckig wiederholte und mit heftigen Worten betonte Versicherung der Führer einiger großer Unternehmerverbände, es lieber zum Kampf kommen zu lassen, als auch nur einen Pfennig zu bewilligen, wird die Unparteiischen davon abgehalten haben, in dem Schiedsspruch den Arbeitern für das zweite Vertragsjahr 2 % Lohnserhöhung zuzusprechen.

Wir sind allerdings der Ueberzeugung, daß die Generalversammlung des Unternehmerbundes den Schiedsspruch auch angenommen hätte, wenn der Preis der Einigung auf 2 % allgemeiner Lohnserhöhung festgelegt worden wäre, und wir müssen es deshalb als sehr bedauerlich bezeichnen, daß das Rückgrat der Schiedsrichter den Drohungen der ärgsten Scharmacher aus dem Lager der Unternehmer nicht stand gehalten hat.

Doch der Schiedsspruch besteht nun einmal wie er ist. Man mag ihn betrachten und kritisch beleuchten wie man will, er läßt sich nicht mehr ändern. Damit müssen die baugewerblichen Arbeiter unter allen Umständen rechnen. Eine Fortsetzung der Verhandlungen, um mehr herauszuschlagen, ist unmöglich. Für ebenso unmöglich, ja geradezu für verhängnisvoll halten wir aber auch einen etwa von den Arbeitern zu inszenierenden Krieg zur Erzwingung besserer Arbeitsbedingungen. Zugabe, daß in einzelnen, ja in mehreren Orten die Konjunktur so gut ist, daß die Unternehmer dort gezwungen werden könnten, höhere Zugeständnisse machen zu müssen, in der Mehrzahl der namhaften Städte liegen zur Zeit die Verhältnisse — mögen sie künftighin beeinflusst sein oder nicht — nun einmal so, daß Angriffstreife keinen Erfolg haben können. Und daß die Solidarität der im Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe organisierten Unternehmer stark genug ist, einen ertlichen Kampf von einiger Bedeutung auf den größten Teil und die wichtigsten Bezirke des ganzen Reiches zu übertragen, das muß auch dem Blödesten klar sein.

Die Generalversammlung des Unternehmerbundes, die im Anschluß an die Tarifverhandlungen am 28. April in Berlin tagte, hat den Schiedsspruch einstimmig angenommen. Die Vertreter des Verbandes für das rheinisch-westfälische Industriegebiet enthielten sich der Stimme. Dieser Verband hat aber inzwischen ebenfalls dem Schiedssprüche zugestimmt. Die Zustimmung des Unternehmerbundes ist also einmütig erfolgt. Die Generalversammlung der Unternehmer beschloß

## Eigenschaften der Zemente.

Von Fred Hood.

(Nachdruck verboten.)

Nicht die Eigenschaften des Zementes überhaupt sollen uns hier beschäftigen, sondern nur die, die speziell für die wichtigsten Bauarbeiten in Betracht kommen, also für die Herstellung des Mauerwerks und Betons und für die Ausführung von Putzarbeiten, Zementüberlagerungen, Zementaufputzen usw. Wir sind auch berechtigt, dem Zement zu sprechen; denn unter „Zement“ verstehen wir heute im allgemeinen Portlandzement. Aber es kommen auch häufig Zemente wesentlich anderer Art zur Verwendung, wenn auch nicht in so umfassender Weise wie der Portlandzement. Man unterscheidet heute in der Bautechnik namentlich folgende Zemente: den Romanzement, Puzzolanzement, Portlandzement, Eisenportlandzement, Eisen- oder Erzement, Schlackenzement und gemischte Zemente. Sie besitzen infolge ihrer sehr mannigfachen Zusammensetzung wesentlich verschiedene Eigenschaften; man kann also nicht sagen, daß der beliebte Portlandzement in allen Fällen das geeignete Material bildet; denn es kommt sehr oft darauf an, ob gerade die vorzüglichen Eigenschaften des Portlandzements für den vorliegenden Fall eine Rolle spielen.

Bei der Wertbestimmung der Zemente kommt es im wesentlichen darauf an, ihre hydraulischen Eigenschaften zu berücksichtigen. Nicht alle Zemente kann man zu den hydraulischen Bindemitteln rechnen; unter hydraulischen Bindemitteln versteht man Mittelstoffe, die, mit Wasser angerührt, selbständig bei gewöhnlicher Temperatur unter Wasser erhärten, also unter Einwirkung der atmosphärischen Kohlenensäure. Ein hydraulisches Bindemittel, das unter Wasser erhärtet, aber den Zutritt der Luft nicht verträgt, würde sich für bautechnische Arbeiten schlecht eignen; denn wenn wir z. B. an die Verwendung des Zementes für eine Mauerwerk oder einen Brückenpfeiler denken, so müssen wir uns fragen, daß der Wasserstand bedeutend wechsell — im Frühjahr ist er z. B. sehr hoch, in den heißen Sommermonaten, namentlich bei seltenen Regenfällen, sehr tief —, Flächen, die also viele Monate hindurch vollkommen vom Wasser bedeckt oder vom Wasser befeuchtet sind, werden zu anderen Zeiten der feuchten oder trockenen Luft ausgesetzt sein. Daraus ergibt sich

die Notwendigkeit, an die hydraulischen Bindemittel die Forderung zu stellen, daß sie im Wasser ebenso beständig sein wie in der Luft. Das ist die Forderung, die aber nur von wenigen Zementen in befriedigender Weise erfüllt wird.

Unter Romanzement versteht man ein hydraulisches Bindemittel, das aus tonreichen Kalksteinen durch Brennen unterhalb der Sinterungsgrenze gewonnen wird. Der Romanzement kann nicht, wie die hydraulischen Kasse, gelöst werden; er muß vielmehr zur Mörtelherstellung auf mechanischem Wege pulverisiert werden und wird als braunes, gelbes oder röthliches Pulver in den Handel gebracht. Dieser Zement ist namentlich als Putzmittel und als Material für Ornamente und Skulpturen geeignet; er wird deshalb auch gern zur Steinimitation an den Fronten verwendet. Die Festigkeit des Romanzements ist im Vergleich zum Portlandzement gering — man wird ihn daher zu tragenden Bauteilen selten verwenden. Zur Herstellung des Betons wird sich der Romanzement im allgemeinen wenig eignen oder wenigstens nur dann, wenn man durch Herstellung von Proben bezügliche Verluste angestellt hat; denn die Zusammenfassung des Romanzements bewegt sich in ziemlich weiten Grenzen, d. h. die eine Sorte kann für die Betonherstellung geeignet sein, während sich Romanzement aus anderen Fabriken oder zu anderer Zeit als ungeeignet erweisen wird. Im allgemeinen ist die Druckfestigkeit des Romanzements zu gering, und wenn er in einzelnen Gegenden Deutschlands auch zu Fundamenten verwendet wird, so kommt wohl namentlich der mäßige Preis des Zementes hier in Betracht. Zu beobachten ist besonders, daß Romanzemente ziemlich schnell abbinden und eine verhältnismäßig hohe Anfangsfestigkeit erreichen; diese steigt sich jedoch während der Erhärtung nur in geringem Maße.

Unter Puzzolanzement versteht man pulverförmige Stoffe, die durch innige Mischung pulverisierter Kalkhydrate mit feinstem, feuerfesten, feuerfesten hydraulischen Zuschlägen gewonnen werden. Als hydraulische Zuschläge dienen hier Luff, Trach, Hochofenschlacke, Puzzolanerde, Santorinerde, gebrannter Ton etc. Die natürlichen Puzzolane werden namentlich in der Gegend von Puzzuoli, unweit Neapel, gewonnen; diese Mittel bezeugen schon die Römer zu ihren Baubauten. Die Farbe dieser Puzzolane, die sich durch hohen Gehalt an verbrennungs-

fähiger Kieselsäure auszeichnen, ist grau, gelb oder braun. Sie binden langsam ab, sind in der Regel für Wasserbauten geeignet, haben aber in der Luft die Neigung, rissig zu werden. Das ist der Hauptgrund, weshalb man die natürlichen Puzzolanzemente nicht gern verwendet. Die Puzzolanzemente bestehen in der Regel aus gepulverter Hochofenschlacke mit Zuschlägen von Kalk oder Trach. Sie erreichen nur selten die Festigkeit des Portland- oder Romanzements und werden aus diesem Grunde in Deutschland selten verwendet.

Der Portlandzement wurde ursprünglich nur aus dem Portlandstone, der auf der englischen Insel Isle of Portland gewonnen wurde, durch scharfes Brennen und Pulverisieren erzeugt. Das Material besitzt vorzügliche hydraulische Eigenschaften, und die Zementler waren eifrig bemüht, die Ursachen zu ermitteln. Nachdem man die chemische Zusammensetzung des Steines festgestellt hatte, begann man mit der künstlichen Herstellung des Portlandzements, und nun entwickelte sich die gewaltige Portlandzement-Industrie, die heute so eng mit dem Bau- und Ingenieurwesen verknüpft ist. Der künstliche Portlandzement besteht aus Kalkstein oder aus Mischungen von Kalkstein und kohlhaltigen Stoffen, die bis zur Sinterung gebrannt und dann aus feinstem pulverisiert werden. Das fertige Produkt soll nach Dämmel, namentlich dann gut sein, wenn darin die Summe aller den Kalk hydratisierenden Bestandteile (Hydratationsstoffe), nämlich verbrennungsfähige Kieselsäure, Tonerde und Eisenoxyd, zum Kalk von circa 1:2 steht, wobei als untere Grenze das Verhältnis 1:1,7 und als obere Grenze von 1:2,4 anzunehmen ist. Wichtig ist es auch, daß die Masse sehr homogen (gleichartig, einheitlich) ausfällt, und das Melut ist um so besser, je weniger die Mischung und je sorgfältiger die Pulverisierung erfolgte.

Die Verwendung des Portlandzements hat in den letzten Jahren, namentlich durch die Entdeckung des Betonbaues, in ungeheurer Weise zugenommen; es sind dem Zement drollig neue Verwendungsbereiche erschlossen worden, und das beruht namentlich darauf, daß man früher den Portlandzement im wesentlichen wegen seiner hydraulischen Eigenschaften schätzte, aber neuerdings mehr und mehr erkannte, daß er für Bauteile jeder Art, auch für solche, die nicht mit dem Wasser oder mit der Feuchtigkeit in Berührung kommen, den vorzüglichsten



außerdem, falls der Schiedspruch von den Arbeitern abgelehnt werden sollte, sofort die Aussperrung vorzunehmen.

Bei den Arbeiterorganisationen ist die Erlangung der Zustimmung mit größeren Schwierigkeiten verknüpft. Sie können nicht so im Handumdrehen Generalversammlungen einberufen, um von diesen die Frage entscheiden zu lassen. Ueberdies ist die Entscheidung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen bisher Sache jedes einzelnen Zweigvereins gewesen, und so sollte es auch bleiben. Dieser Weg ist aber in außerordentlichen Fällen, wo schnell gehandelt werden muß, nicht gangbar. Hier mußte der Entschluß schon wenige Tage nach Abschluß der Verhandlungen gefaßt und den Schiedsrichtern mitgeteilt werden. Aus diesem Grunde mußten die Zentralvorstände schweren Herzens auf die Befähigung der Zweigvereine verzichtet und versuchen, mit den Bauvorstehenden und anderen Vertrauensmännern der hauptsächlich in Betracht kommenden Bezirke die richtige Antwort auf den Schiedspruch zu finden.

Und die Antwort lautet: Wir nehmen den Schiedspruch an.

Die Delegierten aller vier Zentralvorstände mit samt den Bauvorstehenden haben gleich nach Beendigung der Verhandlungen den Schiedspruch eingehend gewürdigt, alles Für und Wider lange geprüft und sind dann zu dem Schluß gekommen, daß nach Lage der Sache eine Ablehnung des Schiedspruches nicht befürwortet werden könne. Dieser Meinung haben sich die Gesamtvorstände angeschlossen. Am vergangenen Sonntag haben sodann in Frankfurt a. M. (für den Main- und Rheingau, Hessen und Unterbaden), in Gagen (für Rheinland-Westfalen) und in Gütrow (für beide Mecklenburg) Vertrauensmänner-Konferenzen getagt, die sich gleichfalls, wenn auch mit schweren Bedenken, dem Schiedspruch zustimmig erklärt haben. Außer diesen zusammenhängenden Gebieten haben sich bis heute auch schon viele Einzelorte, darunter auch Berlin, für die Annahme des Schiedspruches erklärt.

Der Schritt, den die Vorstände getan haben, ist ungewöhnlich und formell gewiß ansehnlich. Unsere Mitglieder und auch die Vorstände selbst wollen eine solche Autokratie nicht. Aber Ereignisse, wie sie die diesjährige Bewegung geschaffen hat, und deren sich die Verbände nicht erwehren konnten, bedangen die erfolgte Lösung. Die Vorstände, die doch auf der höchsten Warte stehen sollen und stehen müssen, damit den Organisationen kein Unheil geschieht, sie müßten handeln, und sie haben gehandelt nach bester Ueberzeugung.

Mit der Anerkennung des Schiedspruches sind in diesem und im nächsten Jahre alle unfriedlichen Lohnbewegungen in den von den Tarifverhandlungen betroffenen Orten und Bezirken erledigt, sofern nicht einzelne Unternehmer oder Unternehmergruppen außer der Reihe tanzen wollen. Wo hier oder dort ein Zweigverein unseres Verbandes glaubt, sich den Vereinbarungen nicht fügen zu können, wird er sehen, wo er bleibt. Der Verband kann ihm weder materielle, noch moralische Unterstützung zu teil werden lassen. Öffentlich sind

die Kollegen in allen Zweigvereinen einsichtig genug, das Gesamtwohl des Verbandes, das sich doch letzten Endes mit ihrem eigenen deckt, über die eigenen, zur Zeit unerfüllbaren Wünsche zu stellen.

## Das neue Vereinsrecht.

Die Entstehungsgeschichte des neuen Vereins- und Versammlungsrechtes ist von uns in mehreren Artikeln behandelt worden. Der Kampf um die Form des neuen Gesetzes ist vorüber, aber nicht der Kampf um das Gesetz überhaupt. Er wird zu führen sein gegen die größte Großmacht in Preußen-Deutschland, gegen die Polizei. Wie immer, so wird diese auch diesmal versuchen, uns die Bewegungsfreiheit, die das Gesetz gewährt, einzuschränken, freitig zu machen, zu vereiteln. Dieser polizeiliche Eudrit wird durch die manchmal einander freiziehenden Bestimmungen des neuen Gesetzes wahrlich nicht Einhalt getan, und so müssen wir uns denn darauf einrichten, in den nächsten Monaten den Inhalt des neuen Gesetzes gegen polizeiliche und gegebenenfalls auch gegen gerichtliche Auslegungsfünfte zu verteidigen. In diesem Zweck veröffentlichen wir hier seinen vollen Wortlaut. Das Gesetz tritt am 15. Mai in Kraft und gilt von dann an im ganzen Reiche.

§ 1. Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Dieses Recht unterliegt polizeilich nur den in diesem Gesetz und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen.

Die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landesrechts finden Anwendung, soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt.

§ 2. Ein Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, kann aufgelöst werden.

Die Auflösungsvorladung kann im Wege des Verwaltungs- freiverfahrens und wo ein solches nicht besteht, im Wege des Rekurses nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung angefochten werden.

Die endgültige Auflösung eines Vereins ist öffentlich bekannt zu machen.

§ 3. Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein) muß einen Vorstand und eine Satzung haben.

Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Ueber die erfolgte Einreichung ist eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen.

Ebenso ist jede Veränderung der Satzung sowie jede Veränderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Frist von zwei Wochen nach dem Eintritt der Veränderung anzuzeigen.

Die Satzung sowie die Veränderungen sind in deutscher Fassung einzureichen. Ausnahmen von dieser Vorschrift können von der höheren Verwaltungsbehörde zugelassen werden.

§ 4. Personenvereinigungen, die vorübergehend zusammen treten, um im Auftrage von Wahlberechtigten Vorbereitungen für bestimmte Wahlen zu den auf Gesetz oder Anordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körperschaften zu treffen, gelten vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung nicht als politische Vereine.

§ 5. Wer eine öffentliche Versammlung zur Förderung politischer Angelegenheiten (politische Versammlung) veranstaltet, muß, hat hieron mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der

Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Ueber die Anzeige ist von der Polizeibehörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen.

§ 6. Eine Anzeige bedarf es nicht für Versammlungen, die öffentlich bekannt gemacht worden sind; die Erfordernisse der Bekanntmachung bestimmt die Landeszentralbehörde.

Eine Anzeige bedarf es ferner nicht für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen zu den auf Gesetz oder Anordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körperschaften vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung.

Das Gleiche gilt für Versammlungen der Gewerbetreibenden, gewerblichen Schülern, Gesellen, Fabrikarbeiter, Arbeiter und Arbeiter von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Werken und Gruben zur Erörterung von Verhandlungen und Vereinigungen zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter.

§ 7. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde.

Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens vierundzwanzig Stunden vor dem Beginn der Versammlung oder des Aufzuges unter Angabe des Ortes und der Zeit nachzusuchen. Sie ist schriftlich zu erteilen und darf nur verweigert werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Im Falle der Verweigerung ist dem Veranstalter sofort ein kostenfreier Bescheid mit Angabe der Gründe zu erteilen.

§ 8. Eine Versammlung, die in einem geschlossenen Räume veranstaltet wird, ist nicht schon deshalb als Versammlung unter freiem Himmel anzusehen, weil außerhalb des Versammlungsräumtes befindliche Personen an der Erörterung teilnehmen, oder weil die Versammlung in einem mit dem Versammlungsraum zusammenhängenden unfriedlichen Hof oder Garten verlegt wird.

§ 9. Der Landespolizeibehörde bleibt es überlassen, zu bestimmen, daß und unter welchen Voraussetzungen für Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge die Genehmigung durch Anzeige oder öffentliche Bekanntmachung erfolgt wird.

Gewöhnliche Reizungsbewegungen sowie Züge der Hochzeitsgesellschaften, wo sie hergeleitet sind, bedürfen der Anzeige oder Genehmigung nicht. Der Landeszentralbehörde bleibt es überlassen, zu bestimmen, daß auch andere Aufzüge der Anzeige und Genehmigung nicht bedürfen, und daß Aufzüge, die durch mehrere Ortschaften führen, nur einer Polizeibehörde angezeigt und von ihr genehmigt zu werden brauchen.

§ 10. Jede öffentliche politische Versammlung muß einen Leiter haben. Der Veranstalter ist berechtigt, die Leitung selbst zu übernehmen, sie einem anderen zu übertragen oder die Wahl des Leiters durch die Versammlung zu veranlassen. Der Leiter oder, solange dieser nicht befehligt ist, der Veranstalter hat für Ruhe und Ordnung in der Versammlung zu sorgen. Er ist befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

§ 11. Niemand darf in einer öffentlichen Versammlung oder einem Aufzuge, der auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfinden soll, bewaffnet erscheinen, es sei denn, daß er vermöge öffentlichen Berufs zum Waffentragen berechtigt oder zum Erscheinen mit Waffen behördlich ermächtigt ist.

§ 12. Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.

Diese Vorschriften finden auf internationale Kongresse sowie auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten und Landesparlamente vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung keine Anwendung.

Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung. Jedoch ist in Landesstellen, in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes als einzige öffentliche Versammlung deutscher Mutter Sprache vorhanden sind, sofern diese Versammlung nach dem Ergebnisse der jeweiligen letzten Volkszählung sechzig vom Hundert der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten zwanzig Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes

Bindstoff darstellt; denn das Mauerwerk erreicht durch die Verwendung von Portlandzement die größte Härte und Festigkeit, die sich überhaupt mit einem Bindstoff erreichen läßt, so daß man bei hundert Belastungen mit geringen Zugängen auskommt, bei schwerbelasteten Körpern aber den Zement zwar reichlich verwenden muß, die Mauerpfeiler und Gendölbe aber in erheblich geringerer Stärke auszuführen vermag als bei Verwendung irgend eines anderen Bindmittels. Außerdem ist dem Portlandzement das ganze Gebiet des Wasserbaues gesichert, da kein anderer Stoff hinsichtlich der hydraulischen Eigenschaften mit ihm in den Wettbewerb treten kann. Dieser Zement besitzt die Fähigkeit, auch unter Wasser eine große Härte und Festigkeit zu erreichen, ist also auch für alle stark beanspruchten Bauteile geeignet, welche sowohl dem Angriff des Wassers wie der Wellen ausgesetzt sind. Es fragt sich nun, warum man in unzähligen Fällen, wo man sehr gut mit anderen billigen Zementen auskame, dennoch den teuren Portlandzement wählt. Es liegt einfach daran, daß man mit Portlandzement auch bei Verwendung ganz magerer Mischungen bzw. bei geringen Zugängen zum Kaltwasser schon eine verhältnismäßig bedeutende Härte und Festigkeit erreicht, so daß der höhere Preis des Zementes nicht ins Gewicht fällt. Man kann schließlich auch einem von Mörteln, Mänteln, Schlägen, durchgezogenen Mauerwerkern ein großes Vertrauen entgegenbringen, wenn er unter Verwendung von Zement hergestellt ist. Andere Zemente sind aber für magerere Mischungen nicht geeignet oder wenigstens nicht zuverlässig genug, um sie in mageren Mischungen zu verwenden, wie dies z. B. sehr häufig bei Anwendung von Zementbeton geschieht; und als Zusatz zum Kaltwasser mögen auch wohl andere Zemente gewisse Vorzüge besitzen, aber mit so geringfügigen Zugängen, wie sie z. B. im Schotbau bei Verwendung von Zementmörtel üblich sind, vermag man bei anderen Zementen nur so geringe Wirkungen zu erreichen, daß man mit ihnen kaum rechnen kann. Das ist der Grund, weshalb der Portlandzement im Wettkampf mit den übrigen Zementen als Sieger hervorgeht. Doch das gilt nur in konstruktiver Hinsicht; für dekorative Arbeiten wird der Romanzement in zahlreichen Fällen mindestens ebenso geeignet, aber in diesen sogar noch zweckmäßiger sein.

Unter Eisen-Portlandzement versteht man ein Material, das aus 70 pzt. Portlandzement und 30 pzt. gemahlener Sodafaschade besteht. Diese besteht aus Kieseln, aber nicht immer, hydraulische Eigenschaften, und sie wird daher in der Mischung häufig nur die Rolle eines Füllstoffes bilden, der vielleicht ebenbürtig durch Sand ersetzt werden könnte. Selbstverständlich wird eine Mischung, die 70 pzt. Portlandzement enthält, schon einen hohen Grad von Festigkeit und Härte erreichen, selbst wenn der Füllstoff in keiner Weise zur Steigerung dieser Fähigkeiten beitragen sollte; und die hydraulischen Wirkungen sind dieser Mischung auch nicht abzusprechen. Man besitzt aber vermag auch nicht die Weichheit des ausgelegten Schlackens zu prüfen und wird deshalb dem Eisen-Portlandzement nicht ebenbürtig zutrauen dürfen, wie dem Portlandzement. Mit anderen Worten: man wird bei Verwendung von Eisen-Portlandzement mit einem größeren Sicherheitsfaktor rechnen müssen.

Der Eisen- oder Erzement unterscheidet sich vom Portlandzement dadurch, daß bei der Mischung des Materials an Stelle der Tonerde Metallschläcke Verwendung finden; sonst ist die Herstellung genau dieselbe. Es handelt sich hier um der Portlandzementfabrik Semmooir in Semmoor an der Rhein- und Mosel-Verbindung, das hauptsächlich zur Herstellung von Mörtel Verwendung findet, aber für Beton kaum geeignet ist. Im übrigen soll es speziell dazu dienen, als Schutzüberzug bei Betonbauten im Meerwasser Verwendung zu finden, weil sich durch Herausgelasse hat, daß der Portlandzementbeton durch Meerwasser chemisch angegriffen wird. Aber der Zement findet erst bei wenigen Fällen für diese Zwecke Verwendung; man wird also erst später feststellen können, ob er den Zweck, welchem er dienen soll, auch erfüllt. Im übrigen ist dieser Zement teurer als der Portlandzement; er wird sich also nur einbürgern, wenn er wirklich der ihm gestellten Aufgabe im besonderen Grade zu genügen vermag.

Es ist bekannt, daß manche Sodafaschaden hydraulische Eigenschaften besitzen, und diese Fähigkeit führte zur Fabrikation der Sodafaschade. Man versteht darunter eine granulierten Sodafaschade mit Zugängen kalkhaltiger Stoffe. Die aus dem Sodafaschade kommende feuerfeste Schlacke wird durch

Wasser oder Luft schnell abgekühlt und zerfällt dabei in ein sandartiges Pulver. Er braucht ziemlich lange Zeit, um abzuheften, erreicht aber auch eine ziemlich Härte und hat mehr und mehr Verbreitung gefunden. Aber für Beton ist Schlacken- zement nicht besonders geeignet, da der Schlackenbeton häufig rissig wird.

Unter gemischten Zementen versteht man solche, die nach dem Brennen noch andere Züge erhalten, welche die hydraulischen Eigenschaften des Stoffs erhöhen oder vielmehr der Mischung erst diese Eigenschaften geben. Zu diesen Zugängen gehören z. B. Schlackenmehl, Portlandzement, Kalkstein usw. Gemischte Zemente kann man nicht verwenden, ohne sich von ihrer Eigenschaft durch besondere Proben jedesmal überzeugen zu haben; denn es ist klar, daß man zwar durch Zusatz von Schlacken- oder Portlandzement jeder Mischung, welche sonst wertlose Füllstoffe besitzt, große Vorteile erzielen kann, daß diese Vorzüge aber wieder schwinden, wenn ein Unternehmer aus gewinnwirtschaftlicher Absicht den billigen Füllstoffen größere Mengen zusetzt. Also ein gemischter Zement kann unter Umständen ganz gut sein, wird aber in hundert anderen Fällen ein völlig unzuverlässiges Material darstellen, mit welchem man nicht rechnen kann.

Aus diesen Einzelheiten ergibt sich, welche Eigenschaften man mit ziemlicher Sicherheit bei den einzelnen Fabrikaten erwarten darf, bzw. in welchen Fällen man an Stelle des Portlandzements andere Zemente verwenden kann. Häufig wird allerdings auch der Preis eine wesentliche Rolle spielen; hat man Gelegenheit, einen billigen Roman- oder Schlacken- zement zu kaufen, der namentlich für die gerade vorliegenden Arbeiten nicht ungeeignet ist, so wird vielleicht auch ein etwas reichere Verwendung desselben nicht so sehr ins Gewicht fallen. Im allgemeinen wird man vielleicht sagen können, daß trotz der vorzüglichen Eigenschaften des Portlandzements die übrigen Zemente von den Bauwerkstoffen zu sehr vernachlässigt wurden, um einmal ihre besonderen Eigenschaften recht würdigen zu können und die Industrie auch zur weiteren Entwicklung dieser Fabrikate in hinreichendem Maße zu ermuntern.



der Mitgebrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet, wenn der Veranlasser der öffentlichen Versammlung mindestens dreimal vierundzwanzig Stunden vor ihrem Beginn der Polizeibehörde die Anzeige erstattet hat, daß und in welcher nichtdeutschen Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen. Ueber die Anzeige ist von der Polizeibehörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen. Als Landesstelle gelten die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden.

Ferner sind, soweit die Landesgesetzgebung abweichendes nicht bestimmt, Ausnahmen auch mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.

§ 13. Beauftragte, welche die Polizeibehörde in eine öffentliche Versammlung (§§ 5, 6, 7, 8, 9, 12) entsendet, haben sich unter Rundgebung ihrer Eigenschaft dem Leiter, oder, solange dieser nicht bestellt ist, dem Veranlasser der Versammlung zu erkennen zu geben.

Den Beauftragten muß ein angemessener Platz eingeräumt werden. Die Polizeibehörde darf nicht mehr als zwei Beauftragte entsenden.

§ 14. Die Beauftragten der Polizeibehörde sind befugt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären:

1. wenn in den Fällen des § 12 Abs. 3 die Bescheinigung über die ordnungsmäßige Anzeige nicht vorgelegt werden kann;
2. wenn die Genehmigung nicht erteilt ist (§ 7);
3. wenn die Zulassung der Beauftragten der Polizeibehörde (§ 13 Abs. 1) verweigert wird;
4. wenn Beweismittel, die unbefugt in der Versammlung angewendet sind, nicht entfernt werden (§ 11);
5. wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge eingebracht werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu Verbrechen oder nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehen enthalten;
6. wenn Rednern, die sich verbotswidrig einer nichtdeutschen Sprache bedienen (§ 12), auf Aufforderung der Beauftragten der Polizeibehörde von dem Redner oder Veranlasser der Versammlung das Wort nicht entzogen wird.

Ist eine Versammlung für aufgelöst erklärt worden, so hat die Polizeibehörde dem Leiter der Versammlung die mit Tatsachen zu belegenden Gründe der Auflösung schriftlich mitzuteilen, falls er dies binnen drei Tagen beantragt.

§ 15. Auf die Einziehung der Auflösung einer Versammlung finden die Vorschriften des § 2 Abs. 2 Anwendung.

§ 16. Sobald eine Versammlung für aufgelöst erklärt ist, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen.

§ 17. Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranlassungen zu geselligen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.

§ 18. Mit Geldstrafe bis zu M. 150, an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft tritt, wird bestraft:

1. wer als Vorstand oder als Mitglied des Vorstandes eines Vereins den Vorschriften über die Einreichung von Satzungen und Verzeichnissen (§ 8 Abs. 2 bis 4) zuwiderhandelt;
2. wer eine Versammlung ohne die durch §§ 5, 6, 7, 8, 9 dieses Gesetzes vorgeschriebene Anzeige oder Bekanntmachung veranlaßt oder leitet;
3. wer als Veranlasser oder Leiter einer Versammlung der Beauftragten der Polizeibehörde die Einräumung eines angemessenen Platzes verweigert (§ 13 Abs. 2);
4. wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung nicht sofort entfernt (§ 16);
5. wer als Vorstand oder als Mitglied des Vorstandes eines Vereins entgegen den Vorschriften des § 17 dieses Gesetzes Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in dem Vereine duldet;
6. wer entgegen den Vorschriften des § 17 dieses Gesetzes in einer Versammlung anwesend ist.

§ 19. Mit Geldstrafe bis zu M. 300, an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft tritt, oder mit Haft wird bestraft:

1. wer eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Platz ohne die vorgeschriebene Anzeige oder Genehmigung (§§ 7, 9) veranlaßt oder leitet;
2. wer unbefugt in einer Versammlung oder in einem Aufzuge begriffen erscheint (§ 11);
3. wer entgegen den Vorschriften des § 12 dieses Gesetzes eine öffentliche Versammlung veranlaßt, leitet oder in ihr als Redner auftritt.

§ 20. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf die durch das Gesetz oder die zuständigen Behörden angeordneten Versammlungen.

§ 21. Welche Behörden unter der Bezeichnung „Polizeibehörde“, „untere Verwaltungsbehörde“ oder „höhere Verwaltungsbehörde“ zu verstehen sind, bestimmt die Landeszentralbehörde.

§ 22. An die Stelle des § 72 des Bürgerlichen Gesetzbuchs tritt folgende Vorschrift:

Der Vorstand hat dem Amtsgericht auf dessen Verlangen jederzeit eine von ihm vollzogene Bescheinigung über die Zahl der Vereinsmitglieder einzureichen.

§ 23. Aufgehoben werden:

der § 17 Abs. 2 des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 (Bundes-Gesetzl. Nr. 145, Reichs-Gesetzl. 1873 S. 163),

der § 2 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 31. Mai 1870 (Bundes-Gesetzl. Nr. 195, Reichs-Gesetzl. 1871 S. 127), soweit er sich auf die besonderen Vorschriften des Landesstrafrechts über Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts bezieht,

der § 6 Abs. 2 Nr. 2 des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877 (Reichs-Gesetzl. Nr. 346).

Die sonstigen reichsgesetzlichen Vorschriften über Vereine und Versammlungen bleiben in Kraft.

§ 24. Unberührt bleiben

die Vorschriften des Landesrechts über kirchliche und religiöse Vereine und Versammlungen, über kirchliche Professionen, Wallfahrten und Wallgänge sowie über geistliche Orden und Kongregationen,

die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Vereine und Versammlungen für die Zeiten der Kriegsgefahr, des Krieges, des erklärten Krieges (Belagerungs-) Zustandes oder innerer Unruhen (Aufstands),

die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Verabredungen ländlicher Arbeiter und Diensthöfen zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit,

die Vorschriften des Landesrechts zum Schutze der Feiern der Sonn- und Festtage; jedoch sind für Sonntage, die nicht zugleich Festtage sind, Beschränkungen des Versammlungsrechts nur bis zur Beendigung des vormittägigen Hauptgottesdienstes zulässig.

§ 25. Dieses Gesetz tritt am 15. Mai 1908 in Kraft.

Wie wir vernommen haben, ist ein zuverlässiger Zeitfaden zu dem neuen Gesetz in Vorbereitung. Deshalb können wir uns hier kurz fassen. Die für uns einschneidenden Bestimmungen enthalten die Paragraphen 3, 5, 6 und 17. Bisher war es im größten Teile des Landes rechtens, daß unsere Zweigvereinsvorstände sämtliche Mitglieder bei der Ortspolizeibehörde anmelden mußten. Dies fällt unter dem neuen Recht fort. Der Paragraph 3 legt nur den politischen Vereinen die Pflicht auf, ihre Vorstandsmitglieder der Behörde anzuzeigen. Unsere Gewerkschaften sind keine politischen Vereine, für sie besteht infolgedessen die Pflicht zur Anmeldung ihrer Vorstände nicht. Es ist nicht ausgeschlossen, je nachdem was wir von der Polizei genötigt sind, gar nicht einmal unwahrscheinlich, daß die Polizei versuchen wird, auch den Gewerkschaften diese Pflicht aufzuerlegen. Das ist in keinem Falle zu dulden; wo die Polizei das versucht, sind alle prozeduralen Mittel anzuwenden, um diese etwaige polizeiliche Annäherung zurückzuweisen. Ganz genau daselbe gilt auch von der Einreichung der Statuten; wir brauchen keine Statuten einzureichen, denn auch diese Pflicht besteht nur noch für die politischen Vereine.

Eine ähnliche Verwahrung gegen polizeiliche Mißbräuche wird beim Paragraph 5 resp. 6 notwendig sein, die von der Anmeldepflicht handeln. Nur öffentliche politische Versammlungen müssen angezeigt oder bekannt gemacht werden und zwar in der Weise, die die Landeszentralbehörden noch näher zu bezeichnen haben. Gewerkschaftliche Versammlungen, gleichviel ob öffentlich oder geschlossen, sind nicht anmeldepflichtig. Das ist im Absatz 3 des Paragraph 6 noch einmal ausdrücklich betont und das ist unter allen Umständen festzuhalten. Der Paragraph 17 verbietet den Jugendlichen die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen. Auch hiervon dürfen die gewerkschaftlichen Organisationen nicht betroffen werden. Wir sind keine politischen Vereine und infolgedessen können wir Jugendliche aufnehmen und in unseren Versammlungen dulden, solange und soviel uns beliebt.

Das ist jetzt bei Inkrafttreten des neuen Rechts, wohl zu beachten und wir verlangen von unsern Kollegen, daß sie beachtendst handeln. Keinen Finger breit darf der Polizei hierin nachgegeben werden und wenn es — was wohl sicher ist — einige hundert Prozesse kosten sollte.

## Liberalismus und Sozialdemokratie.

### I.

Schon vor fünfzig Jahren wurden Klagen von entschiedenen Vertretern des Liberalismus über dessen Niedergang laut. Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben sich diese Klagen erheblich vermehrt. So zeigte einmal — im Jahre 1900 — der greise Professor Mommsen, daß Mißwirtschaft und Militarismus den früheren Freiheitsgeist des liberalen Bürgertums ruiniert haben, und ein liberales Blatt, die „Vossische Zeitung“, bestätigte diese Wahrnehmung, indem sie hinzufügte, das liberale Bürgertum verfallt immer mehr der Entfremdung. In der Zeitschrift „Ethische Kultur“ lasen wir einmal: „Militarismus und Mißwirtschaft haben aus dem Liberalismus eine Karikatur und mehr als das, ein wahres Ferkelbild gemacht.“ Die sittlichen Grundgedanken des Liberalismus seien längst erschunden, das Wesen sei zum Schein herabgesetzt, der Schein zum Wesen geworden, nationaler Hochmut und Dünkel, ein roher, brutaler Nationalismus habe sich Geltung verschafft.

Das alles ist Wahrheit. Es verlohnt sich wohl der Mühe, an der Hand der historischen Tatsachen etwas näher zu zeigen, was der Liberalismus einst war und was aus ihm geworden ist.

Das Wort „Liberalismus“ als Bezeichnung einer der Verwirklichung freier Ideen in Staat, Wissenschaft und Kirche antreibenden politischen Parteirichtung hat seinen Ursprung in Spanien. Dort kam es zu Anfang dieses Jahrhunderts auf, als Männer extrem freisinniger Richtung bemüht waren, die Herrschaft der „Cervillos“, der Verfechter der alten Zustände, zu brechen und die Volkssouveränität als oberstes Verfassungsprinzip zur Geltung zu bringen. Im Jahre 1816 kam das Wort „Liberal“ auch in Frankreich in Gebrauch für die Männer der Linken in der Kammer, die sich bis dahin „Unabhängige“ genannt hatten und vor allem den Kampf gegen die royalistischen Ultras führten. Von hier wurde das Wort alsbald nach Deutschland verpflanzt, wo das radikale Bürgertum dem Ideal eines „freien deutschen Einheitsstaates“ huldigte.

Der Geist des damaligen Liberalismus hatte einen starken kosmopolitischen Zug. Er wurzelte in den Ideen der großen französischen Revolution. Die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen war ein entschieden weltbürgerlicher Gedanke, den u. a. auch Schiller seinen Marquis von Frenkenstein läßt.

Was heute den Sozialdemokraten widerfährt, das widerfuhr unter der Herrschaft der „heiligen Allianz“, die eine internationale Organisation der reaktionären Staatsgewalten darstellte, den Liberalen. Man beschuldigte sie der „Vaterlandslosigkeit“, des Mangels an „nationaler Gesinnung“, und warf ihnen vor, sie hätten in den „Freiheitskriegen“ gar keine Sympathie für die Alliierten gehabt, sondern für die Franzosen; fast alle gebildeten Liberalen hätten bis zum letzten Augenblicke gehofft, daß Napoleon Sieger bleiben würde. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß gesagt werden, daß jene Liberalen nicht Haß gegen das eigene Vaterland hegten; die Triebfeder ihres Verhaltens war die Sympathie für die neuen Ideen; sie wollten ein politisch geeintes und der Freiheit — wie man sie damals verstand — teilhaftiges Vaterland als „Glied im großen Völkerbunde“. Wie sehr ihr Mißtrauen gegen die verbundenen reaktionären Mächte des Ostens, Preußen, Oesterreich und Rußland, begründet war, erwies sich bald, nachdem die absoluten Herrscher dieser Staaten den „heiligen Bund“ geschlossen hatten. Sie selbst bezeichneten sich in dem Allianzvertrage als „Delegierte der göttlichen Vorsehung“. Und an diesen Wahnsinn knüpfte sie dann die nicht minder wahnsinnige Forderung, daß ihr Verfall in erster Linie darin bestehe, dem auf der „Ansturz aller göttlichen und weltlichen Ordnung“ hinarbeitenden Liberalismus ein Ende zu machen, die demokratischen Ideen auszurotten. Dieser Forderung entsprangen die berüchtigten Karlsbader Beschlüsse, die die brutale Polizeigewalt gegen den Liberalismus entfalteten, der seine große prinzipielle Forderung: konstitutionelles Staatswesen mit politischer Gleichheit, der Gleichheit im Recht und vor dem Gesetz, immer schärfer hervorkehrte.

Das Sturmjahr 1848 voll die Erfüllung dieser Forderung gebracht haben. Irrtum! Was da errungen wurde durch eine Revolution, war nichts anderes als ein Scheitern des Liberalismus, wie, besonders in Preußen, die Folgezeit lehrte. Mit den Ereignissen jener Zeit war für den deutschen Liberalismus die Zeit gekommen, das Beispiel einer Partei der politischen Ohnmacht zu geben. Er erwies sich unfähig, seinen Grundideen die erstrebte Geltung zu verschaffen. Es war das die Folge seiner Unfähigkeit, auf das Bürgertum zu wirken, ihm politischen Charakter anzuerkennen. Eine verimpfte, feige Masse war's, die sich zu den liberalen Ideen bekannte, ohne Verständnis für diese und ihre Konsequenzen zu besitzen. Treffend hat Lassalle das „liberale“ Bürgertum geschildert als den „kleingeistigen Pöbel“, der sich wunderte, daß sich die Monarchie und die des Herrschens gewohnte Aristokratie nicht vor ihm beugen wolle. Als der Liberalismus nach dem Jahre 1848 mit den reaktionären Gewalten — besonders in Preußen — in ernstliche Verfassungskonflikte verwickelt wurde, da war sein tote der Bourgeoisie Verfassungsprozeß schon in vollem Gange. Ihm ging, zumal er sich nicht auf das Bürgertum stützen konnte, die innere Kraft ab, energisch und erfolgreich den Kampf mit jenen Gewalten zu bestehen. Die Geschichte des Liberalismus seit jener Zeit ist die Geschichte seiner Schande. Um sich als Partei zu retten, gab er die Volksrechte preis; alles zielbewußten, energischen Handelns bar, machte er sich zum Gespött der reaktionären Gewalten.

Lassalle hat die Notwendigkeit der Gründung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei bekanntlich u. a. damit begründet, daß das Volk vom Liberalismus nichts mehr zu erhoffen habe. Der von ihm geschaffenen neuen Bewegung stand die Masse des „liberalen“ Bürgertums verständiglos und feindlich gegenüber. Lassalle entrollte die soziale Frage, brachte die sozialen Aufgaben in Verbindung mit den politischen. Statt darin die konsequente Fortentwicklung seiner eigenen Grundprinzipien zu sehen, widerlegte sich der Liberalismus dem demokratischen Sozialismus, entschlossen, Halt zu machen bei seiner Erregungsfähigkeit auf politischem Gebiete. Zudem er sich rühmte, die „politische Gleichheit“ geschaffen zu haben, wollte er die wirtschaftliche Ungleichheit, die Herrschaft des Kapitals über die Massen der heillosen Arbeitenden bestehen lassen, die Entwürdigung der wirtschaftlichen Gerechtigkeit aus der politischen Freiheit, den Sieg der vollen Freiheit und Gleichberechtigung verhindern. Er wurde zur Partei einer herrschenden Klasse und konstruierte sich so einen inneren Widerspruch, der ihm vollends zum Unheil gereichen mußte. War die Masse des arbeitenden Volkes früher politisch indifferent gewesen, so trat sie nun unter Führung der Sozialdemokratie in bewegtem Gegensatz zum Liberalismus als neue, selbständige Partei auf. Und je mehr diese Partei erstarkte, je schneller vollzog sich der innere Zerfall des



**Liberalismus.** Noch einmal, nach Gründung des Reiches, glaubte er sich in sich zu versetzen. Er war in den ersten Reichstagen ausschlaggebend. Da machte er, immer heftiger bedrängt von der Sozialdemokratie, seinen Frieden mit den Mächten der Reaktion unter dem Vorzeichen, daß nun sein Jugendtraum, die Einheit Deutschlands, verwirklicht sei. Er trat zu Kreuze vor Bismarck, sich zu dessen Werkzeug degradierend. Er wurde servil und die Krankheit des Nationaldünkels erfaßte ihn. Seine Führer wurden politische Streber, die sich dann mit dem Konservatismus in eine heillose parlamentarische Privilegienwirtschaft teilten. Wie der rücksichtslose Gewaltpolitiker pfiff, so tanzte der „Liberalismus“. Mit Hilfe der „Liberalen“ vermochte Bismarck 1878 das Ausnahmegezet gegen die Sozialdemokratie zu schaffen und zwölf Jahre in Kraft zu erhalten. Mit ihrer Hilfe hatte Bismarck auch den „Kulturkampf“ ins Werk gesetzt, der zur Bildung und alsbaldigen gewaltigen Erstarkung der Zentrums-partei führte. Damit hatte der Liberalismus einen seiner ältesten Gegner, den Ultramontanismus, wider sich ins Feld gerufen. Was die Sozialdemokratie noch nicht gewinnen konnte, das besiegten vorläufig der Ultramontanismus und der Konservatismus mit Beschlag. Zwischen der Sozialdemokratie und den reaktionären Parteien ward der Liberalismus gerieben. Ein Gesicht, das er sich selbst bereitet hat, und zwar ohne seine historische Mission erfüllt zu haben. Denn der konstitutionelle, der bürgerliche Staat nach den ursprünglichen liberalen Begriffen müßte sehr viel anders beschaffen sein, als wir ihn kennen. Er ist ein Zerrbild, die politische Freiheit und Gleichheit steht bei ihm zumeist nur auf dem Papier; von Volkssouveränität ist keine Rede; der Wille der reaktionären Gewalten ist das „höchste Gesetz“, und der Liberalismus selbst hat noch kurz vor der durch die Reichstagsauflösung vom 18. Dezember 1906 und die Neuwahlen von 1907 bewirkten Wiederrückkehr nach Hilfe gegen die immer ernster drohenden Gefahren des persönlichen Regiments gerufen. Von der „Wolfspolitik“, die auf einem Haß mit den reaktionären Staatsgewalten beruht und hauptsächlich mit auf die Niederwerfung der Sozialdemokratie gerichtet ist, erhoffte der Liberalismus seine „Versöhnung“ und „Neuerkennung“.

Es hat sich aber in sehr drastischer Weise gezeigt, daß er dazu unfähig ist. Im Zuge der Wolfspolitik hat der Parlamentsfreiheit schon, sozusagen vollständig vor den reaktionären Parteien und Gewalten kapituliert. Er hat, so besonders beim Vereinsgezet, einen geradezu unerhörten Verrat an den Prinzipien des Liberalismus verübt und vorkommenden Tendenzen zugestimmt, um, wie seine Führer im Reichstage offen erklärt haben, nicht „ausgeschaltet“ zu werden. Seinen parteipolitischen Interessen hat der Wolfsliberalismus das demokratische Prinzip und das Volksinteresse zum Opfer gebracht. Darüber ist es in der freisinnigen Vereinigung zu einer Spaltung gekommen; diejenigen Männer, die noch als ehrliche Liberale anzusprechen sind, haben sich von den Wolfspolitikern getrennt. Aber es ist wohl kaum zu erwarten, daß diese Separation zur Gründung einer neuen, wirklich liberalen Partei führt. Und wenn sie dazu führen sollte, so kann sie die Tatsache nicht beeinflussen, daß die Verteidigung und Erhaltung wirklich demokratischer Einrichtungen längst auf die Sozialdemokratie übergegangen ist, die damit ihre weitergehenden Bestrebungen verbindet.

### Eine stete Gefahr für das Koalitionsrecht.

Vor vier Jahrzehnten wurde das Koalitionsrecht als eines der unüberwindlichen Rechte der Arbeiter in die deutsche Gesetzgebung eingeführt. Die bis dahin bestehenden Koalitionsverbote wurden als unhaltbar aufgehoben, weil der gewerbliche Arbeiter als einzelner dem wirtschaftlich weit überlegenen Unternehmer gegenüber machtlos, der Koalition bedürfte, um seine Lage zu verbessern und sich und die Seinen gegen ein Versinken in Pauperismus zu schützen. Die preussische Regierung war damals sogar bereit, den Landarbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren, ließ sich aber von diesem löblichen Bestreben wieder abbringen. Später wurde sie einer der erbittertesten Gegner des Koalitionsrechts auch der gewerblichen Arbeiter!

Schon die erste Streikperiode der deutschen Arbeiter während der Gründerära erregte die bürgerlichen Parteien derart, daß sie nach Aufhebung oder mindestens nach Einschränkung des Koalitionsrechts schrien. Von Preußen ausgehend, fanden diese Intenruse in preussischen Landtage stets ihren stärksten Widerhall. Ein Vorgehen gegen das Koalitionsrecht war aber zunächst nur im Reichsgesetzgebungswege möglich, und bei zwei solchen Versuchen versagte der Reichstag, trotz der Drohung des preussischen Ministers v. Guleburg, daß es dahin komme, „daß die Flinten schießen und der Säbel faul“. Glücklicherweise war die preussische Justiz bei ihrem Bemühen, die

Gewerkschaften vereinsgesetzmäßig abzuwürgen. Herr von Tessenberg erklärte sogar in öffentlicher Gerichtsverhandlung: „Jeder Arbeiterkollisions ist als staatsgefährlich zu unterdrücken“. Das Ausnahmegezet vom Jahre 1878 ernächtigte es dann der Reaktion, neben den sozialdemokratischen Organisationen auch die meisten Gewerkschaften aufzulösen, aber noch immer bestand der § 152 der Gewerbeordnung; der den Arbeitern ebenso gut wie den Arbeitgebern das Recht gab, sich zu Koalitionen zusammenzuschließen. Das mußten denn auch die Gerichte gegenüber den seit 1880 immer zahlreicher aufblühenden Fachvereinen und Gewerkschaften anerkennen, sehr zum Leidwesen der preussischen Polizei, die alles aufbot, um den Arbeitern das Koalitionsrecht wieder zu nichte zu machen. Das preussische Vereinsgezet von 1880 und das preussische Vereinsgezet von 1846 sollten bewirken, was das Sozialistengezet nicht vermochte, und als auch dies nichts half, erließ der preussische Polizeiminister v. Puttkamer seinen Streikverbot, der den Polizeibehörden strenges Einschreiten gegen jede Belästigung von Arbeitswilligen — diese dem Staate so nützlichen Elemente — empfahl. Unermüdlich war die preussische Regierung in der Verfolgung der Gewerkschaften — sie war die Seele der Reaktion. Und niemand trat gegen diese Willkür auf im preussischen Landtage. Keiner, der dieses Treiben an den Pranger stellte oder sie dafür zur Verantwortung zog. Nur der Sozialdemokratie im Reichstage blieb es vorbehalten, für das bedrohte Koalitionsrecht der Arbeiter einzutreten.

Und dann kam der Tag, wo das Ausnahmegezet sein Ende erreichte, weil es sich machtlos erwies gegen die emporkommende Arbeiterbewegung. Schon der große Vergarbeiterstreik des Jahres 1889 hatte die Mut der Scharfmacher aufgeschreckt, noch mehr aber der Empfang der Vergarbeiterdeputation durch den deutschen Kaiser. Enttäuscht interpellierte der preussische Landtagsabgeordnete Berger die Regierung, welcher Minister die Verantwortung für diesen Schittfrage, und der Abgeordnete Ritter-Waldenburg verlangte eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit der Minorennen unter 21 Jahren (14. März 1890), der Unweisen, wie er sie nannte. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Herr v. Berlepsch, war bereit, den Gerichten ein Stillschalten der Koalitionsfreiheit zu opfern; durch Verschärfung des § 152 wollte er die Grundzüge des Puttkamerischen Streikverbotes zum Gesetz erheben. Im preussischen Landtag wäre ihm dies zweifellos gelungen, im Reichstage fand er aber für seine Opferwilligkeit keine Mehrheit. Dafür bot ihm der Streik in den in seiner eigenen Verwaltung stehenden Eisbahnwerken den erwünschten Anlaß, seine Stellung zum Koalitionsrecht der Arbeiter zu präzisieren: 3000 Arbeiter der preussischen Staatsbahngewerkschaften mußten das Verbot, von einem gesetzlichen Rechte Gebrauch gemacht zu haben, mit der dauernden Abweisung büßen, wodurch der Reichstagsverein der Staatsbahngewerkschaften vernichtet wurde.

Unterdes unternahm die preussische Regierung mehrfach den Versuch, das Koalitionsrecht der Arbeiter einzuschränken. Nachdem sie im Reichstage mit der Umsturzvorlage gescheitert war (1894), versuchte sie es im preussischen Landtage mit der Novelle zum Vereinsgezet (lex Nebe 1897). Sie wurde mit ganz knapper Mehrheit abgelehnt, weil sie eine „halbe Maßnahme“ sei, gegen die „Streikverbotung“ nichts nütze und die Gemüter nutzlos erbitere. Man wollte ganze Arbeit haben und wartete auf ein neues Ausnahmegezet gegen die Sozialdemokratie. Indes ließen sich die Arbeiterfeinde im Landtage keine Gelegenheit entgehen, die Regierung gegen die Arbeiter scharf zu machen. Als die kaiserlichen Vergleute am Piesberger streikten, verlangten die Abgeordneten v. Jellisch, Deumer, Sattler und Wamhoff, die Verwaltung möge lieber das Werk erkaufen lassen als nachgeben; das forderte ihr eigenes und das nationale Interesse!

Die Vorbereitungen zur Zuchttausbildung (1899) erwiderten bei den Landtagsreaktionären neue Hoffnungen. Am 15. Februar 1899 provozierte der Abgeordnete Ring (R.) eine Debatte über schreckliche Terrorismustaten des Verbandes der Maurer.

„Arbeiter, die nicht dem Zentralverbande beiträten, bekamen in Berlin und Umgebung auf keinen Fall mehr Arbeit oder wurden in einem finsternen Winkel halb totgeschlagen... Entweder wir schützen uns dagegen durch das Gesetz oder wir haben den sozialdemokratischen Staat bei uns im Lande.“

Der Minister v. d. Nebe dankte dem Redner noch für seine Gefleissigkeit und bedauerte, daß die gesetzlichen Befugnisse zum Schutze der Arbeitswilligen gegenüber solchen Vorgängen manchmal versagten. Er schloß indes hinzu: „Ich hoffe, daß wir uns in nicht sehr langer Zeit damit, wenn auch in einem anderen Parlament, zu beschäftigen haben werden.“ Das andere Parlament, der Reichstag, warf bekanntlich der Regierung die Zuchttausbildung vor die Füße. Obwohl aber bereits am 22. Juni

1899 das Ende der Zuchttausbildung sicher war, erdrosselte sich noch am 2. Juli das preussische Herrenhaus; mit 72 gegen 22 Stimmen seine Verurteilung dem Bundesrat für die Vorlage dieses Gesetzes auszusprechen, nachdem Herr v. Mantuffel erklärt hatte, daß die Zuchttausbildung nur „knapp“ das sei, was die Konservativen wünschten!

Da Scheitern der Zuchttausbildung brachte die preussischen Reaktionäre pollendz außer Rand und Band. Die Erfahrung, daß der Reichstag keine gefügige Mehrheit gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zusammenbrachte, führte sie zu immer offeneren Angriffen auf das Reichstagswahlrecht — Drohungen, die sich vereinigten mit dem kräftigen Wunsch der preussischen Junker nach neuen Ausnahmegezetten. Unterdes war die preussische Regierung bemüht, durch geeignete Maßnahmen der Polizei und durch die Rechtspredung der Gerichte einen Ersatz für das Zuchttausbildungsgesetz zu schaffen. Beim Streik der Berliner Straßenbahnarbeiter (1900) verließ der preussische Polizeiminister v. Rheinbaben nicht nur ein Eingreifen der Truppenmacht für den Fall von Ausschreitungen der Streikenden, sondern der Eisenbahnminister v. Tschien drohte auch mit einem Einschreiten der preussischen Regierung, falls die Straßenbahngesellschaft gewissen Forderungen der Streikenden nachgegeben hätte. Ein übriges tat die Polizei, indem sie zum Nachteil der öffentlichen Sicherheit völlig unzulässigen Leuten die Führung der Wagen erlaubte. Diesen Maßnahmen war der ungünstige Verlauf des Streiks zuzuschreiben. Nicht lange danach richtete der preussische Justizminister Schönstedt, der noch 1899 den Versuch des Herrenhauses Graf v. Kintowitsch, die Gerichte zu beeinflussen, zurückgewiesen hatte, einen Ersatz an die Staatsanwaltschaften, der die Anwendung des Erpressungsparagraphen (§ 253 R.-Str.-G.) gegen Arbeiter empfahl, die sich weigerten, mit Nichtorganisierten zusammenzuarbeiten. Dieser Ersatz hat eine ganze Reihe bezüglicher Anlagen gegen organisierte Arbeiter herbeigeführt. In der Debatte, die am 17. Februar 1902 darüber im preussischen Abgeordnetenhaus entstand, unternahm der Abgeordnete v. Roedel (R.) einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht, und der Abgeordnete Friedberg (F.) statete dem Minister den Dank der Liberalen dafür ab, daß er die „Freiheit der Person, das höchste Gut, welches wir besitzen“, durch eine Entschärfung des höchsten Gerichtshofes schützen wolle! Zweifellos verdanken wir auch die Bemühungen einzelner Bundesräten, durch landesgesetzliche Maßnahmen das Koalitionsrecht einzuschränken (Albeder Streikpostenverbot usw.), den preussischen Einflüssen, wie die Reichstagsdebatte vom 11. Juni 1900 unschwer erraten ließ. Während der Reichstagsfeier durch seine juristischen Räte erklären ließ, daß diese Gesetze die landesrechtliche Zuständigkeit nicht überschritten, sah sich kurz danach das Reichsgericht genötigt, das Albeder Streikpostenverbot als ungesetzlich zu bezeichnen.

III. Das genügt aber dem preussischen Landtag bei weitem nicht; was er wollte, war ein regelrechtes Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen. Am 12. März 1904 klagte der Abg. Stöcker (kon.), daß die Arbeitswilligen vollkommen schutzlos seien.

„Wenn wir heute von Seiten der Vertreter der königlichen Staatsregierung stets die Versicherung hören, daß sie mit aller Energie diesen Ausbreitungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten wollen, dann müssen wir uns in speziellen Fällen einmal fragen: wie sieht es denn nun eigentlich mit den Taten aus?“

Nun, an Taten ließ es die preussische Regierung wahrlich nicht fehlen. Als der große Vergarbeiterstreik im Ruhrrevier im Januar 1905 ausbrach, war niemand tatbereiter als Herr v. Hammerstein, der preussische Polizeiminister, der sofort im Landtag erklärte: er hoffe zunächst mit den Kräften der ordinarischen Polizei und der Verstärkung derselben auszureichen, so daß es nicht nötig sein werde, die bewaffnete Macht zur Hilfe zu rufen. „Daß es nicht zu letzterem kam, lag sicherlich nicht an dem Minister, sondern an den Streikenden, denen der Reichsanwalt von Bülow ein öffentliches Lob für ihre musterhafte Haltung erteilen konnte. Die sehnstlich erwarteten ersten Urteilen, auf die Herr Müller schon 1891 gehofft hatte, um mit ihrer Hilfe den Verleumdungsparagraphen unter Dach zu bringen, traten auch diesmal nicht ein. Trotzdem beschloß das preussische Herrenhaus am 28. Juni 1905 nach Annahme einiger Verschärfungen an der preussischen Vergarbeitsnovelle eine Resolution:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, sobald wie möglich und mit allem Nachdruck Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind:

1. die rechtswidrige Auflösung des Arbeitsvertrages, insbesondere da, wo ein öffentliches Interesse obwaltet, unter Strafe zu stellen;
2. der Aufforderung durch Wort und Schrift zu rechts- und rührender Lösung des Arbeitsvertrages entgegenzutreten;

3. den Arbeitswilligen denjenigen Schutz zu teil werden zu lassen, auf welchen sie einen berechtigten Anspruch haben."

Die Dreifachheit der preussischen Jünker nahm nicht den geringsten Anstoß daran, daß diese Materien zur Schöpfung der Reichsgesetzgebung gehörten und daß der allein zuständige Reichstag 1899 diese Forderungen bereits zurückgewiesen hatte. Unberücksichtigt für die Regierung zum Bruch der Reichsverfassung auf!

Aber wer wollte von den beiden Häusern der preussischen Gesetzgebung ein anderes erwarten? Hat doch die preussische Regierung selbst als Arbeitgeber rücksichtslos das Koalitionsrecht ihrer Angestellten und Arbeiter mit Füßen getreten, ohne auch nur ein einziges Mal ernstlich dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden! Der Hamburger Verband deutscher Eisenbahner wurde seit seiner Gründung von ihr verfolgt und Mitglieder desselben rücksichtslos gemahregelt. Am 23. Februar 1903 erklärte der Minister Budde im Abgeordnetenhaus:

"Wir dürfen nicht zulassen, daß sich in unserer Organisation, in unseren 335 000 Köpfen Bestrebungen geltend machen, die ich kurzweg mit Umsturz bezeichnen möchte. Meine ganze Vergangenheit bürgt dafür, daß ich derartigen Bestrebungen mit aller Energie entgegenzutreten werde. Ich fahre fort mit dem, was meine beiden Amtsvorgänger auch getan haben, indem wir alle diejenigen herausmerzen, die dem nicht folgen wollen. Mein Herr Amtsvorgänger hat den Erlaß herausgegeben; wor sich agitatorisch an sozialdemokratischen Bestrebungen beteiligt, innerhalb des Eisenbahnpersonals, der wird als Arbeiter sofort entlassen, natürlich unter Einschaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist. Wer als nicht ständiger Beamter daselbst ist, dem wird ebenfalls gekündigt, und er wird entlassen. Wer aber als Beamter, der den Treueid geschworen hat, sich an Umsturzbestrebungen macht, der wird einfach im Disziplinarwege beseitigt."

Und als der Abg. Oester den Minister darauf hinwies, daß er sich damit über die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Staatsbürger hinwegsetze und das Koalitionsrecht für seine Arbeiter beschränke, fuhr Herr Budde ungehört fort:

"Die Koalitionsfreiheit wird dadurch gar nicht beschränkt. Es handelt sich hier einfach um eins: wer soll Herr im Hause sein?"

Nach richtiger Vertritt Herr Budde diesen Standpunkt am 12. Februar 1904 im preussischen Herrenhause, wo er erklärte:

"Ich möchte es hier ausprechen, und zwar derartig ausprechen, daß die Eisenbahner im Lande es hören. Ich würde keinen tätigen Sozialdemokraten in der Eisenbahnverwaltung, weder als Beamten noch als Arbeiter!"

Ganz dieselben Grundzüge vertrat sein Ministerkollege im Ressort des fiktionalen Verkehrs, nur daß die Maßnahmen der fiktionalen Verwaltung sich nicht auf die Maßregelung von Sozialdemokraten beschränkten sondern auch das Eintreten für die Zentrumspartei verfolgten. Der Krämperprozeß im Saarrevier hat dieses System an den Pranger gestellt.

Aber der preussischen Regierung genügt es nicht einmal, das Koalitionsrecht ihrer eigenen Arbeiter illusorisch zu machen. Sie verlangt auch, daß die Arbeiter der privaten Exzessionsbetriebe, die Güter von den Eisenbahnverwaltungen übernehmen, auf ihr Koalitionsrecht verzichten sollen. Ein Erlaß der Eisenbahndirektion zu Erfurt an die Bahnbediener (10. August 1907) weist darauf hin, daß der Zentralverband der Handels-, Transport- und Betriebsarbeiter ordnungsfeindliche Bestrebungen verfolge und daß jede Förderung seiner Bestrebungen als Verstoß gegen die gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstwege der Eisenbahnverwaltung mit Entlassung zu ahnden sei. In Süddeutschland dürfen die Eisenbahner sich offen koalieren, und ein sozialdemokratischer Werksstättenarbeiter Kohlhaupter sitzt als Abgeordneter im bayerischen Landtage. Der bayerische Eisenbahnminister, der im Herbst 1907 einen Expeditionsarbeiter durch Streikbrecher aus Staatsbetrieben brechen wollte, mußte sich, diesfalls vor dem bayerischen Landtage entschuldigen und sogar die Laderinnung zum Nachgeben zwingen. Das Vorgehen der preussischen Eisenbahnverwaltung gegen das Koalitionsrecht privater Transportarbeiter blieb dagegen ungeschützt!

Woher, fragen wir uns, kommt diese empörende Haltung der preussischen Regierung? Die Antwort lautet: Weil die Arbeiter in den gesetzgebenden Körperschaften Preußens unvertreten sind! Die dort vertretenen linken Parteien, die Freisinnigen und das Zentrum, haben noch niemals konsequent die Rechte der Arbeiter gegen Angriffe und Vergewaltigungen geschützt, sondern sie in der Regel preisgegeben. Beim Berliner Straßenbahnerstreik 1900 äußerte der freisinnige Abg. Girsch seine Genugtuung über die Maßnahmen des Ministers Thielen gegen das Koalitions-

recht der Straßenbahner, und der Abg. Brust (Zentrum) schloß sich den unerschrockenen Erklärungen des Ministers Budde (1903) mit den Worten an: "Das Koalitionsrecht der Eisenbahner und Landarbeiter bedarf einer anderen Regelung als das der gewerblichen Arbeiter."

Kein Wunder, daß der preussische Landtag keinen Respekt vor den reichsgesetzlichen Rechten der Arbeiter hat, daß von diesem Wetterwind her dem Koalitionsrecht ständig Gefahr droht. Solange die Arbeiterklasse sich in der preussischen Landesvertretung nicht denjenigen Einfluß erkämpft hat, der ihr gebührt, werden selbst jahrzehntelange Rechte keinen Tag sicher vor dem preussischen Umsturz sein. Es gibt nur eines, das diese Rechte schützt: die Arbeiterschaft Preußens muß den entschlossenen und unbegrenzten Willen bekunden, sich und Stimme im Landtag durch eigene Abgeordnete zu erhalten. Es müssen Sozialdemokraten in den Landtag hinein! Nur ein durchschlagender Wahlerfolg der Sozialdemokratie am 8. und 10. Juni ist im Stande, den künstlichen Bann zu brechen, den das Dreiklassenwahlrecht gegen die größte Klasse preussischer Staatsbürger aufrichtet.

## Politische Umschau.

### Aus dem Reichstage.

Petitionen. Novelle zum Unterhaltungswohnsitzgesetz. Keine grundsätzliche Reform dieses Gesetzes. Erhöhung der Postdampfschubventionen. Automobilsteuer. Einmalige Steuerumlage für kleine und mittlere Beamte.

In der ersten Sitzung, die der Reichstag nach seinen nahezu dreiwöchentlichen Osterferien am 28. April abhielt, wurde eine große Zahl Petitionen erledigt. Die meisten derselben wurden ohne Debatte nach dem Vorschlage der Petitionskommission dem Reichskanzler zur Verächtlichung oder als Material überliefert. Es befanden sich darunter diejenigen, welche die Rechtsverhältnisse des Geistes, den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung hinsichtlich der Arbeiterinnen, die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Polizeibeamte, die reichsgesetzliche Regelung der Vergarbeiterverhältnisse, den Erlaß eines Unfallversicherungsgesetzes für Feuerwehren, die Aufhebung der Gartrantensteuer, die Einführung einer Steuer auf Alkoholderivate forderten.

Gegen letztere Forderung nahmen nur die Sozialdemokraten Stellung, während sie alle sonstigen Forderungen, die berechtigten Grundfragen und Interessen entsprachen, energisch unterstützten. Es gehört dazu auch eine Petition des allgemeinen deutschen Chorfängerverbandes, welche die Unterstellung der Chorfänger und Chorfängerinnen unter das Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherungsgesetz forderte und dem Reichskanzler zur Erwägung überliefert wurde. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bräunke bemerkt bei dieser Gelegenheit, daß seine Partei schon öfter die Einziehung aller Personen mit einem Einkommen bis zu M. 3000 in die Versicherungspflicht verlangt hat. Damit würde auch dem Interesse des Theaterpersonals genügt und auch die Wölfe der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden würde der Wohltat der Versicherung teilhaftig werden.

Über die Reichsberggesetzgebung entspann sich eine längere Debatte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Sachsse und Emmel legten sich mit dem Vertreter der christlichen Vergarbeiter, Abgeordneten Behrens, darüber auseinander, was dem Interesse der Vergarbeiter entspricht. Diefem Herrn wurde sein unerschrockenes Verhalten beim § 7 des Berggesetzes gebührend vorgeworfen. Er hat bekanntlich, obwohl er sich gegen diesen Paragraphen ausgesprochen hatte, im Reichstage nicht den Mund gehalten, gegen ihn zu stimmen, vielmehr sich der Stimme enthalten. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts nahm Anlaß, seine schon früher einmal abgegebene Erklärung zu wiederholen, daß die christlichen Gewerkschaften genauso wie die sozialdemokratischen von Reichstagen und Unternehmern bekämpft werden werden. Ein sozialdemokratischer Antrag, das geheime Wahlrecht bei den Wahlen der Knappheitskassen einzuführen, wurde angenommen.

Die Sitzung vom 29. April brachte die Erledigung des Gesetzentwurfs über den Unterhaltungswohnsitz in zweiter Lesung. Nach dem Artikel I des Entwurfs soll der Aufenthalt nach zurückgelegtem 18. Lebensjahre Fall wie bisher durch ununterbrochenen zweijährigen Aufenthalt nach zurückgelegtem 18. Lebensjahre erworben werden, und ebenso soll er durch einjährige ununterbrochene Abwesenheit statt wie bisher zweijährige verloren werden. Die Kommission hat diese Bestimmungen unverändert angenommen und außerdem im Artikel I hinzugefügt, daß die Worte "Norddeutsche" im Gesetz über den Unterhaltungswohnsitz in "Deutsche" zu verändern sind, sowie daß auf die dem Geltungsbereich des Gesetzes unterworfenen Personen der § 7 des Gesetzes über die Freizügigkeit seine Anwendung findet. Die Kommission hatte hierzu folgende Resolutionen beantragt:

a) Den Reichskanzler zu ersuchen, nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß durch die Landesregierungen solchen Landesbezugs-Ortsarmenverbänden, die durch ihre Lage an der Grenze der Abfassung von verarmten Deutschen aus dem Auslande besonders häufig ausgelegt und durch diese Lebensnotwendigkeit überlastet sind, die dadurch veranlaßten, anderweitig nicht ersatzungsfähigen Kosten durch den Staat ersetzt werden.

b) Den Reichskanzler zu ersuchen, nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß gemäß § 8 des Gesetzes über den Unterhaltungswohnsitz durch Landesgesetze die Zusammenlegung von mehreren Gemeinden und Gutsbezirken zu Ortsarmenverbänden geregelt wird.

Die sozialdemokratische Fraktion bemühte sich, selber vergeblich, das Gesetz in der Richtung zu einer gerechten und ansehnlichen Armenpflege möglichst zu verbessern. Sie beantragte folgende veränderte Fassung:

§ 2. Die öffentliche Unterhaltung hilfsbedürftiger Deutschen, mit Ausnahme der Staatsangehörigen des Königreichs Bayern, die die einzelnen Bundesstaaten nach näherer Vorbestimmung dieses Gesetzes durch Armenverbände.

§ 3. In den größeren Bundesstaaten bildet jede Provinz einen einheitlichen Armenverband. Jeder kleinere Bundesstaat bildet einen einheitlichen Armenverband für sein Staatsgebiet. Alle in einer Provinz oder in einem Bundesstaate zu einem Armenverband vereinigten Gemeinden und Gutsbezirke gelten in Ansehung der durch dieses Gesetz geregelten Verhältnisse als eine Einheit. Den in einer Provinz oder in einem Bundesstaate zu einem Armenverband vereinigten Gemeinden und Gutsbezirken verbleibt die Verteilung der Unterhaltung und die Kontrolle der Unterhaltungsbedürftigen durch Mitglieder der Gemeinden oder Angehörige der Gutsbezirke, in denen die Unterhaltungsbedürftigen sich befinden.

§ 4. Die nach diesem Gesetze räumlich abgegrenzten Armenverbände sind entsprechend der Bestimmungen des § 3 innerhalb 6 Monaten nach Verkündung dieses Gesetzes einzurichten.

§ 5. Durch die Landesgesetzgebung dieses Gesetzes einzurichten. § 6. Durch die Landesgesetzgebung werden Bestimmungen getroffen über die Zusammenlegung und Einrichtung des Armenverbandes oder der Armenverbände, über die Art und das Maß der im Falle der Hilfsbedürftigkeit zu gewährenden öffentlichen Unterhaltung und über die Beschaffung der erforderlichen Mittel. Die Unterhaltung hilfsbedürftiger über 14 Jahre alter Personen darf in keinem Armenverbande weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Tageslohnes desjenigen Arztes betragen, durch den der Hilfsbedürftige zu unterhalten ist.

Trotz der eingehenden Begründung, welche diese Anträge erfuhren, wurden sie abgelehnt. Die Vorlage wurde nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. In der Sitzung vom 30. April gelangte zunächst der Entwurf der Regierung zur Ergänzung der Gesetze, betreffend die Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern zur ersten Beratung. Danach soll die jetzt rund 9 Millionen Mark jährlich betragende Subvention der Postdampfschiffen um 500 000 Mark erhöht werden, speziell zu Gunsten des Norddeutschen Lloyd, der erklärt hat, ohne diese Erhöhung einige der schiffahrtlichen Linien nicht aufrecht erhalten zu können.

Die Sozialdemokraten haben diese Forderung unbedingt abgelehnt auf Grund der Erwägung, daß es sich hier lediglich um großkapitalistische Interessen handelt. Ihr Redner, Abgeordneter Koste, sagte u. a.: es sei lediglich darauf abgesehen, den großen Plantagenbesitzern aus China billige Arbeitskräfte zu beschaffen. Dabei ergeht der Gesellschaftsbericht der Deutschen Guinea-Kompagnie, daß diese Gesellschaft ohnehin dort auf ihre Rechnung kommt. Einzelne ihrer Betriebe machen bereits Überlieferte. Die Bewilligung von Hunderttausenden zu dem Zweck, für eine Kapitalistengruppe billige Arbeitskräfte zu schaffen, kann für die deutschen Arbeiter böse Folgen haben. Die deutschen Agrarier klagen ja lebhaft über Arbeitermangel und könnten ebenfalls Subventionen verlangen, um sich Chinesen und Malaien als Arbeitskräfte zu beschaffen. Mit der Ausweitung von Hunderttausenden von Markt zur Beschaffung billiger Arbeitskräfte ist die rückende Forderung der Regierung für die Kapitalisten noch nicht erfüllt, sondern es sollen noch weitere Hunderttausende von Markt aufgewendet werden, um den billigen Arbeitskräften auch billige Lebensmittel zu beschaffen. Weil das Hauptnahrungsmittel der farbigen Arbeiter Reis ist, sollen die Riesen nach Japan ausgebaut werden. Die deutsche Arbeiterkraft wäre sehr zufrieden, wenn die Regierung darauf Bedacht nehmen würde, auch bei der Beschaffung der Lebensmittel für die deutschen Arbeiter der Konkurrenz freie Bahn zu schaffen. Uns aber verteuert man die Lebensmittel durch die unerschrockenen Zollsätze bis in die Wuppen, und den ausgehungerten deutschen Arbeitern mietet man dann zu Hunderttausenden von Markt zu bezahlen, um den farbigen Arbeitern billige Lebensmittel zuzuführen. Gar kein Wort ist hart genug, um eine solche Politik zu kennzeichnen. Besonders interessant ist, daß dieselben Dampfschiffe, denen Hunderttausende bezahlt werden sollen, damit sie billigen Reis nach Neu-Guinea für die farbigen Arbeiter bringen, um seinen Preis Nahrungsmittel nach Deutschland bringen sollen, welche den deutschen Agrarier Konkurrenz machen könnten.

Die Freisinnigen, die früher jeder derartigen Subvention entschieden widerprochen haben, ließen jetzt durch den Abgeordneten Gorman erklären, daß sie im nationalen Interesse für die Forderung stimmen werden. Der Entwurf wurde der Budgetkommission überwiesen.

Der zur ersten Beratung gebrachte Automobilsteuer-Gesetzentwurf wurde von sozialdemokratischer Seite bekämpft. Man hat diese Steuer eine "Luzussteuer" genannt. Aber wo fängt der Luzus an, und wo hört er auf? Was ist überhaupt Luzus? Unsere rationalen Staatsmänner und Parteipolitiker haben Petroleum, Tabak, Bier, Branntwein, Kaffee, Tee und sonstige dem allgemeinen Bedürfnis dienende Artikel als "Luzusobjekte" und die Steuer darauf als "Luzussteuer" bezeichnet. Wenn man erst einmal dem Staate "Luzussteuern" in der Steuerpolitik Geltung aufkommen läßt, so wird bald alles als "Luzus" verurteilt werden, was der Mensch braucht und der Kultur dient. Abgesehen davon, kommt in Betracht, daß das Automobil heute im Verkehr eine so wichtige Rolle spielt, daß jede darauf gelegte Steuer tatsächlich den Verkehr und die Industrie lähmend trifft, und das darunter in erster Linie nur die Arbeiter des deutschen Automobilbaus zu leiden haben.

Die Vorlage wurde in erster und dann auch gleich in zweiter Lesung angenommen.

Es folgte die erste Beratung des Nachtragsatzes, der 23 Millionen für außerordentliche einmalige Beihilfen an alle staatsmäßigen und bürgerlich beschafften Unterbeamten, sowie an alle staatsmäßigen und bürgerlich mittleren Beamten vorsieht, deren tatsächlichen mittleren Betrag von jährlich M. 4200 nicht übersteigt. Reichsfinanzminister Sydow erklärte, um bei dem Beamten keine unglücklichen Lösungen zu erreichen, über diese Maßnahmen könne die



Regierung nicht hinausgehen. Dieser Behauptung wurde sogar von konservativer und nationalliberaler Seite widersprochen. Die Vorläufer der bürgerlichen Parteien wollten wieder einmal in Verbündungen ihres „Wohltuollens für die Beamten“. Der sozialdemokratische Abgeordnete Singer führte aus: Die Tatsache, daß die Besoldungsvorlage als Vorwand für die Finanzreform benutzt werden soll, ergebe sich aus den ganzen politischen Verhältnissen, dem politischen Handel, der seit Jahr und Tag betrieben worden sei. Es sei ein wohlüberlegter politischer Schachzug der Regierung und die Beamten müßten darunter leiden. Die Vorlage müsse in der Kommission so gestaltet werden, daß der Reichstag sie einigermaßen vor dem Lande verantworten könne. Es sei nicht richtig, einen Unterschied zwischen verheirateten und nichtverheirateten Beamten zu machen bei dieser Zuwendung; durch die hierbei gemachten Ausführungen werden die Beamten doch mindestens vom Heiraten zurückgehalten. Widerproben werden müsse auch dem von mehreren Seiten ausgesprochenen Bedauern, daß die höheren Beamten bei dieser einmaligen Zuwendung übergegangen werden sollen. Auch diesen Beamten seien Verbesserungen zu gönnen. Wenn es sich aber darum handele, Notstände zu beseitigen, so müsse man unten anfangen; den kleinen und mittleren Beamten in erster Linie müsse die Teuerungszulage zugewandt werden.

Die Vorlage wurde der Budgetkommission überwiesen.

In der Sitzung vom 2. Mai wurde der Gegenentwurf, betr. Änderungen im Münzwesen, in zweiter Lesung angenommen. Es soll ein Fünftausendzwanzigpfennigstück geschaffen und die Quote der Silbermünze von 16 auf 20 pro Kopf erhöht werden. Die Doppelwährungsmünzen waren wieder einmal gründlich im Zug. Sie erreichten die Annahme eines Untrages des Antimünzen Raab auf Neuaustragung von Dreimarckstücken zum Ersatz für die eingezogenen Taler. Sozialdemokraten und Freiwiliger opponierten diesem Untrage, der lediglich darauf berechnet erseheine, das bestehende Münzwesen zu durchbrechen. Jedenfalls paßt ein Dreimarckstück nicht in dieses System, und es ist einfach absurd, was der konservative Abgeordnete Freiherr von Gump behauptete, daß die Austragung von Dreimarckstücken gerade im Interesse der Arbeiter liege, da diese Stücke die Auszahlung der Löhne erleichtern. Herr Raab gab leise die die Vermerkung, die Annahme seines Untrages wäre die „schönste Meisterleistung“. Unersichtlich ist jedoch, weshalb man die Löhne der Arbeiter nicht in Gold und Fünftausendpfennigen auszahlen kann, weshalb gerade dazu Dreimarckstücke nötig sind. Der Reichsfinanzsekretär gab hierzu keine verbindende Erklärung ab; er legte die Frage wieder weiter. Er wurde.

Zur Annahme gelangten noch zwei von der Kommission beantragte Resolutionen, in denen gefordert wird, daß den Reichsmünzen künftighin allen den künstlerischen Anforderungen mehr entsprechende Ausstattung gegeben wird und daß eine handlichere Form des Fünftausendpfennigs angestrebt wird.

Hieran schloß sich die Beratung des Gegenentwurfes über die Einführung des Reichs-Einkaufsverkehrs. Da diesem Entwurf in der Fassung, die ihm die Kommission gegeben hat, nur ein höchst geringer praktischer Wert zukommt, war man von sozialdemokratischer und freiwiliger Seite demüßigt, denn Reichseinkaufsverkehr eine bessere Gestaltung zu geben. Diese Bemerkungen waren erfolglos; die Vorlage wurde unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.

Hieran schloß sich die zweite Beratung des Gegenentwurfes über den Versicherungsbeitrag. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, die Rechte der Arbeiter bei den Beitragskassationen zu sichern für den Fall, daß der Arbeitsvertrag gelöst wird. In der Begründung dieses Untrages führte der Abgeordnete Sebering zahlreiche Beispiele der landwärtlichen Arbeiter vor, wie bei sogenannten Wohlhabenseinrichtungen in großen Betrieben Arbeiter, wenn sie nach langjähriger Tätigkeit entlassen werden, ihrer Ansprüche an die Pensionskassen verlustig gehen, also jahrelang ihre Beiträge umsonst gezahlt haben. Auch der Zentrumsabgeordnete Wieser kritisierte diese Praxis. Der Staatssekretär des Reichssozialismus Niederding jedoch fand darin gar nichts Bedenkliches; nach seiner Versicherung handelt es sich hier gar nicht um Versicherungseinrichtungen. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.

#### Eine neue Milliarde Reichsschulden in Sicht!

In der Budgetkommission des Reichstages legte die Regierung eine Berechnung vor, wonach die nächsten fünf Jahre ohne neue Bewilligungen weitere tausend Millionen Reichsschulden bringen werden! Das ist die Konsequenz der seither festgelegten Bewilligungen für Heer, Marine usw. Die hauptsächlichsten der Ausgaben für die nächsten fünf Jahre belaufen sich auf 845 Millionen Reichsmark, nämlich 470 Millionen Reichsmark für die Marine, 167 Millionen Reichsmark für den Nordostkanal, 126 Millionen Reichsmark für das Heer, 66 Millionen Reichsmark für die Reichseisenbahnen, 22 Millionen Reichsmark für Beamten- und Arbeiterwohnungen, 16 Millionen Reichsmark für die ostafrikanische Expedition. Dazu kommen noch die Kolonialanleihen, vorläufig erst 155 Millionen Reichsmark, die sich aber bestimmt durch spätere Nachforderungen ganz beträchtlich erhöhen werden. Reichsfinanzsekretär Sydow sagte, auch er selbst sei mit dem einseitigen finanziellen Finanzministern über die Höhe der in den nächsten Jahren sich von selbst ergebenden neuen Schulden von einer Milliarde erschrocken gewesen. Von der bisherigen Anleihebewirtschaftung müsse man unter allen Umständen loskommen. Und dazu soll eine neue Reichsschuld von einer Milliarde dienen! Tatsächlich wird diese Summe nicht einmal hinreichen. Unter diesen Umständen nimmt es sich höchst merkwürdig aus, daß der nationalliberale Abgeordnete Baasche in Gemeinschaft mit dem Zentrumsabgeordneten Erxberger einen Vorstoß betreffend eine wirkliche Schuldentilgung unterbreitete. Der selbe lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, gleichzeitig mit dem Gegenentwurf über die Ordnung der Reichsfinanzen einen Gegenentwurf vorzulegen, in dem folgende Grundzüge zur Geltung kommen:

1. Auf den außerordentlichen Etat sind zu nehmen:
1. Ausgaben für solche Anlagen, wozu der Reichstag die Bewilligung erteilen wird;
2. sonstige einmalige Ausgaben, die durch ihre Höhe das Übergewicht des Etatsjahres erheblich fördern würden.

Die Ausgaben ad 1 sind vom nächsten Jahre ab nach Bewilligung der letzten Rate jährlich mit 2 pSt. des ursprünglichen Reimbetrages zu tilgen.

Die Ausgaben ad 2 sind von dem auf die Bewilligung der letzten Rate folgenden Jahre ab mit jährlich 3/4 pSt. des ursprünglichen Reimbetrages zu tilgen.

Die bisher aufgenommenen Anleihen sind vom 1. April 1911 ab mit 1 pSt. des Reimbetrages jährlich zu tilgen. Baasche meinte, mit dem Antrag sollten also Normen geschaffen werden für möglichst kurzfristige Schuldentilgung. Alle nicht verboden Ausgaben müßten in 30 Jahren, die anderen in circa 60 Jahren gedeckt sein. Die Kolonialanleihen sollten auch in 56 Jahren amortisiert sein. Diese beschleunigte Schuldentilgung soll nach erfolgreicher Finanzreform beginnen. Einzelne Abgeordnete hätten gewünscht, daß auch die alte Schuld von 4 Milliarden in 30 Jahren getilgt werde. Das sei wegen der erforderlichen gewaltigen Summen nicht möglich; deswegen schlage der Antrag eine Tilgung mit 1 pSt. vor, was eine Tilgungsbauer von 100 Jahren bedeute.

Die Antragsteller mußten sich dem Schatzsekretär Sydow fügen lassen, er glaube nicht, daß der Vorstoß etwas nützt. Die Vorläufer seien gut; es könnte aber nur helfen, wenn man Ausgaben gespart und die Einnahmen gesteigert würden.

Mit Recht sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Singer seine Verwunderung aus über die Passivität der Antragsteller, die sich einbilden, mit einem solchen Untrage das herrschende System ändern zu können. Die ganze Geschichte ist eine ständige Dekoration ohne inneren Wert. Es ist ja schon ein Tilgungsgebot gemacht; aber als es zur Anwendung kommen sollte, wurde es durch den Etat aufgehoben. Auch die Hoffnung auf die Finanzreform sei eine Illusion; es würden neue indirekte Steuern gemacht, die breiten Massen wiederum stärker belastet, und diese Belastung würde mit steigenden Tilgungssummen. Außerdem wird die Deckung von Anleihen immer neue Anleihen nach sich ziehen, denn die Tilgungssummen werden sich finden lassen.

Vorläufig handelt es sich um eine Erhöhung der jährlichen Reichseinnahmen um mindestens 400 Millionen Reichsmark. Und die sollen natürlich, entsprechend dem herrschenden System, durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Also, fast nichts, ihr Steuerhüter!

#### Reaktionärer Völkung des Reichsvereinsgesetzes.

Der Reichsvereinsrat hat seine Zustimmung zum Reichsvereinsgesetz u. a. auf die „letzte Instanz“ gesetzt, daß die Regierung bei dessen Vollzug sich einer „freiwilligen Praxis“ befleißigen werden, und zwar besonders dort, wo eine solche Praxis bisher bestand. Das war vor allem in Württemberg der Fall. Nun aber wird aus Stuttgart berichtet, daß die von der württembergischen Regierung erlassene Vollzugsverordnung, zur Einführung aller liberalen Erwartungen eine Reihe von bösen Verfehlungen gegenüber der heiligeren „freiwilligen Praxis“ bringt. An Stelle der Anträge bei der Polizei tritt allerdings für öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen die „öffentliche Bekanntmachung“ durch Zeitungsinserat, Plakat oder Ausrufen, aber all das muß 24 Stunden vor Beginn der Versammlung erfolgen. Das bedeutet für die ländliche Agitation eine starke Belastung gegen früher, da man solche Versammlungen in kleinen Gemeinden für Sonntag nachmittags meist erst vormittags ausrufen ließ, denn da waren die wohlhabenden Männer, bei denen Arbeits- und Wohngeheimnisse nicht identisch ist, in ihrer Wohngeheimnisse anwesend. Für Versammlungen unter freiem Himmel aber will Württemberg jetzt die polizeiliche Erlaubniserteilung einführen, während sie früher weder angemeldet, noch weniger aber genehmigt werden mußten. Dem „Berliner Tageblatt“ wird dazu geschrieben: Diese Maßnahme wird vor allem die Sozialdemokratie treffen, aber auch die Volkspartei, die alljährlich eine Reihe von großen Versammlungen unter freiem Himmel abhält. Schließlich wird dann auch noch die Lieberwahrung, die es in Württemberg bisher nicht gab, von der man auch in Zukunft glauben darf, daß sie nicht eingeführt werde, ausdrücklich in der Vollzugsverordnung als Normativzustand eingeführt, ja, nach Lage der Dinge wahrscheinlich zum Teil uniformierten Polizeibeamten übertragen. Das bedeutet für Württemberg die obdachte Einschränkung der bisherigen „Praxis“, von der man heilig und teuer verprochen hatte, sie auch ferner nicht zu wackeln. Nach Tübingen las man's anders! Diese Vollzugsverordnung ist durch eine Indiskretion der Abgeordneten Dr. Sieber nicht kermischen dürfte, im national-liberalen Organe Württembergs veröffentlicht worden.

Der am 4. Mai zusammengetretene württembergische Landtag hat die Pflicht, gegen diese reaktionäre Ausfüllungsgesetz energiglos Front zu machen und für die Sicherung der heiligeren Praxis einzustehen.

#### Erheblichen Rückgang seiner Mitgliederzahl hat

der christlich-interkonfessionelle Vergarbeitsverband zu verzeichnen, wie sich aus dem vom ihm im „Vergarbeitsverband“ veröffentlichten Jahresbericht für 1907 ergibt. Danach sind im Jahre 1907 an Mitgliederbeiträgen M. 823 501,51 eingegangen. Eine genaue Mitgliederzahl wird nicht angegeben, doch läßt sich dieselbe auf Grund der Jahresbeiträge sehr wohl feststellen. Der Gewerkeverein erhebt pro Mitglied 40 A pro Woche oder 52 x 40 = M. 20,80 pro Jahr. Nur im Saargebiet mit angeblich etwa 15 000 Mitgliedern werden als Monatsbeitrag 60 A erhoben, was für alle dortigen Mitglieder pro Jahr M. 90 000 ausmacht. Es verbleiben also an Beiträgen außer denjenigen des Saargebietes noch etwa M. 734 000. Da nun aber auf den Kopf dieser übrigen Mitglieder jährlich M. 20,80 Beitrag entfallen, so zählt der Gewerkeverein etwa 35 000 Mitglieder mit einem Monatsbeitrag von 40 A und 15 000 Mitglieder mit einem Monatsbeitrag von 60 A, insgesamt also 50 000 Mitglieder. — In dem Arbeiterstatistikbuch von 1906 hat der Gewerkeverein eine Mitgliederzahl noch mit 80 080 angegeben. Demzufolge hat derselbe seit zwei Jahren insgesamt um 29 080 Mitglieder abgenommen. Das in Berlin

erscheinende Organ der katholischen Fachabteilungen bemerkt dazu: Wenn man aber weiter bedenkt, daß (wie doch von christlicher Gewerkschaftseite häufig behauptet wird) die 15 000, christlichen Saarbergleute erst in den letzten zwei Jahren gewonnen wurden, so find also im christlich-ökonomischen Arbeitsgebiet (denn nur dort war der Gewerkeverein 1906/08 vertreten) von den 1906 angeführten 80 000 Mitgliedern dem christlichen Vergarbeitsverband nicht weniger als 44 000 Mitglieder verloren gegangen.

**Der Militarismus als Erzieher.** Die Behauptung, daß der Militarismus „erzieherisch“ wirkt, wird permanent durch Tatsachen dräuslich widerlegt. Jetzt hat auf demselben Veranlassung der Oberleutnant Dürberg ein Schreiben für den Mannschafstuniermeister geschrieben, das „Der Infanterist in der Schlacht“ heißt. Er schildert darin die Einberufung zum Krieg und den Verlauf einer Schlacht auf dem pädagogischen Zweck, den Soldaten die Notwendigkeit beibringen, recht fleißig zu lernen, wie man am meisten Schilde umbringen kann.

Ein Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ liefert dazu folgende Kritik: „Das war und ist nun ja auch letzten Endes der Zweck alles Soldatenums, aber früher scheint man doch mildere Mittel angewandt zu haben. Im Jahre 1871 schrieb angeblich ein Kriegsscheld nach Hause: „Der Krieg ist bald aus; wir sind nicht mehr die lieben Kinder und Kameraden, sondern wieder Kerls und Schweinehund.“ Im nächsten Krieg gibt es anscheinend kein Jückerbrod mehr. Wenn sich die Leute, die zum ersten Mal ins Feuer kommen, unwillkürlich brüllen, so erhebt von seinen der Führer nach Hinterberg und der muß es ja wissen, ein lautes „Kerls, Schweinehund“ aus dem Mund, worauf sich das Kanonenhinter wieder höher redt und auf Beschrei weiter läuft. Der Verfasser dieses seltsamen Blattes schreibt weiter: „Einige Kerls auf dem linken Flügel werden unruhig. Ein Schuß geht los, doch ein Donnererweiter der vorbringenden Reutnants bringt die Leute zur Ruhe. Dieser beschreit mir die bezügliche Ausbildung, um folgende Stelle ganz verziehen zu können: „Säule auch mancher der vorwärts führenden Soldaten den inneren Schweinehund“ mit Gewalt niederzubrechen, das gesamte Kommando, dem man merkwürdig folgt, und das Beispiel der Führer zwingen alle vorwärts, nur an einigen Grabenstellen drängen sich die schlechten Springer und schlappen Kerls“ zusammen. Gewiß kommt es zum Handgemein mit aufgeschauem Schenkelwunden. Die Wiederholungen mühen sich mit den Kappitragern. So oder so muß der Kerl vernichtet werden. Brutale Energie ist geboten.“ Das schließt sich noch, daß der diesseitige „Kerl“, der den jenseitigen „Kerl“ umzubringen hat, seine Anleitung vor jedwem Dinerbeisenden Umfang auch noch um den durchschnittlichen fordernden Preis von 12 A kaufen soll!

Und wo die Soldaten, der sich einer solchen menschen-entwürdigenden Behandlung widersetzt und seinem „Erzieher“ den Kerl und den Schweinehund gebührend zurück gibt. Ein Lender ist, wer einen zu blühendem Schorlam verpfichteten Untergebenen beschimpft!

#### Eine Bitte um billiges Fleisch. Die Grenz-

sperre für ausländisches Fleisch hat die deutsche Arbeiterbevölkerung an der holländischen Grenze sehr hart getroffen. Vor dieser Maßregel konnte sie Fleisch in Mengen bis zu vier Pfund pro Kopf frei über die Grenze bringen. Das ist seit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge vorbei, und die Arbeiter empfinden diese Verschlechterung ihrer Lebenshaltung natürlich sehr schwer. Der katholische Arbeiterverein zu Bocholt richtete an den Bundesrat und an das Finanzministerium eine Petition, in der um die Gestattung einer gütlichen Einführung kleiner Quantitäten Fleisch für den Hausgebrauch gebeten wird. Diese am 20. Mai 1906 abgegebene Petition ist erst dieser Tage, dafür aber auch in ab-nehmendem Sinne beantwortet worden. Vielmehr ist die Grenzsperrung dieser Tage durch eine Verfügung des Regierungspräsidenten von Münster (v. Gieseler) noch erheblich verschärft worden, denn nach § 1 dieser Verfügung ist nun auch die Einfuhr von Fett und Stroh aus den Niederlanden verboten. Als Grund wird die Gefahr der Uebertragung der in den Niederlanden herrschenden Maul- und Klauenseuche auf den inländischen Viehbestand angegeben. Es gibt also für die Arbeiter kein billigeres Fleisch.

#### Moderne Völkermigration. Die amtliche „Berliner

Korrespondenz“ schreibt an die Adresse der „Agrarier“: „Die Durchführung der mit dem 1. Februar in Preußen in Kraft getretenen Bestimmungen über die Inlandslegitimierung der ausländischen Arbeiter geht, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ohne erhebliche Schwierigkeiten von statten. Bis Anfang April sind in den 31 Grenzämtern und Abfertigungsstellen der Deutschen Reichsbahnzentrale im ganzen rund 230 000 Arbeiter legitimiert. Für die verhältnismäßig kurze Zeit, in welcher der Hauptzug der Arbeiter stattfindet, sind in den Grenzämtern zahlreiche Arbeitskräfte vorübergehend herangezogen worden, wodurch eine glatte Erledigung des Legitimationsgeschäftes ermöglicht sowie jedem unnötigen Aufenthalt der Arbeiter in den Grenzämtern vorgebeugt wird. Bei weitem am stärksten ist der Andrang in Posen in Oberschlesien, wo bereits über 50 000 Arbeiter abgeteilt sind.“

Die in landwirtschaftlichen Kreisen anfänglich hier und da gehegte Befürchtung, es werde durch die Einführung einer Inlandslegitimierung der Zugang der ausländischen Arbeiter gegeben werden, hat sich als nicht begründet erwiesen. Namentlich an der österreichischen Grenze ist der Zugang in diesem Jahre besonders groß und hat auch schon früher eingeleitet als in anderen Jahren. Auch im allgemeinen scheint der Bedarf an Arbeitern in diesem Jahre leichter gedeckt werden zu können als in den Vorjahren, was insofern in erster Linie wohl eine Folge der rückgängig gewordenen Konjunktur in der Industrie und des damit im Zusammenhang stehenden Rückganges des Arbeiterbedarfs sein dürfte.

Bei der Einführung der Inlandslegitimierung wurde in beteiligten landwirtschaftlichen und industriellen Kreisen der Wunsch ausgesprochen, daß die neue Maßregel sofort auf sämtliche ausländische Arbeiter ohne Unterschied der Herkunft ausgedehnt werden möge. Dieser Wunsch konnte damals nicht berücksichtigt werden, weil der dazu erforder-



laren Ausbau der Grenzorganisation der Deutschen Reichsbürgervereine noch nicht genügend gefördert war. Inwieweit dies aber bereits in denjenigen Grenzregierungsbezirken, in welchen noch keine Grenzämter errichtet sind, Gebirgen darüber ausgeübt, über welche Eisenbahngrenzen der Sammelzug der ausländischen Arbeiter erfolgt. Hieraus wird sich ergeben, an welchen Plätzen zur völligen Durchführung der Inlandlegitimation in Preußen noch neue Grenzämter einzurichten sind.

Den preussischen Maßnahmen haben sich bis jetzt acht deutsche Bundesstaaten angeschlossen. Die Verhandlungen mit den übrigen Bundesstaaten schweben noch.

Die Organisation fremder Arbeiter im Interesse der Agrarier gehört zur nationalen Wirtschafts-politik.

**Arbeiterfürsorge in Dänemark.** Im dänischen Parlament brachte die sozialdemokratische Fraktion einen Gesetzentwurf ein, wonach den anerkannten Arbeitslosen aus den Hilfskassen aus der Staatskasse eine Summe von bis zu 1800 000 Kronen zur Verfügung gestellt wird, soweit aus den Kommunen eine entsprechende Summe für jene Klassen aufbringen, so daß, wenn die Zuschüsse voll ausgenutzt werden, in diesem Jahre 2600 000 Kronen aus öffentlichen Mitteln zur Unterhaltung der in Not geratenen Personen aufgebracht werden. Ein zweiter Gesetzentwurf der Sozialdemokraten geht dahin, daß der Staat eine Summe von bis zu 10 000 000 Kronen zur Verfügung stellen soll, um solchen Elenden Darlehen zu gewähren, die überdieserte und umgehende Stabilität abreißen und umbauen wollen, mit Rücksicht darauf, daß den Arbeitslosen sofort, soweit es möglich ist, Arbeit verschafft wird.

**Italiener gegen das italienische Lohndrückertum.** Im Zürich tagte eine Konferenz von Vertretern italienischer Gewerkschaften, Konjunkt-, Bildungs- und Hilfsvereine. Es waren vertreten 11 Konföderationen, 19 Gewerkschaften, 7 republikanische, 21 sozialdemokratische und 8 Bildungs- und Hilfsvereine, mit 44 Delegierten. Um zu verhindern, daß die italienischen Arbeiter in größerer Anzahl, als es die Marktlage in den verschiedenen Ortschaften erfordert, in die Schweiz kommen und so, von der Lot getrieben, zu Lohndrückern werden, soll ein Zusammenschluß der italienischen Arbeitsschamer und der italienischen Gewerkschaften mit den schweizerischen Gewerkschaften und mit den verschiedenen Arbeitsschamerstellen herbeigeführt werden.

Wir wünschen diesem Vorhaben den besten Erfolg. Hoffentlich wirkt es als gutes Beispiel auch auf die Italiener in Deutschland.

**Schutz der Streikbrecher.** Im größten Industriegebiet der Schweiz, im Kanton Zürich, wurde durch Volksabstimmung mit 49412 gegen 33428 Stimmen ein Gesetz zum Schutze der Streikbrecher beschlossen. Es soll den Arbeitswilligen gegen die Ausgrenzungen ausländischer und „aufgebeugter“ Arbeiter wirksamen Schutz bieten. In Wirklichkeit ist es ein Ausnahmegesetz gegen die organisierten Arbeiter und ein Angriff der schweizerischen Arbeiter auf deren Koalitionsrecht. Auch aus bürgerlichen Kreisen hatte der Entwurf des Kantonsrates die schärfste Kritik erfahren. Der bekannte Rechtslehrer der Züricher Universität, Professor Zürcher, und einer der angesehensten Züricher Oberichter haben sich gegen den Entwurf ausgesprochen. Die berichtigte Bestimmung des Gesetzes ist der „Nötigungsparagraf“. Dieser lautet: Die Bestimmung des Strafgesetzes, wonach: „Wer entweder ohne Recht oder mit Uebertretung der Grenzen seines Rechts durch körperliche Gewalt oder Drohung jemanden zu einer Duldung oder Unterwerfung zwingt, soll, insofern die Tat nicht unter eine andere Strafbestimmung fällt, wegen Nötigung mit Gefängnis verbunden mit Buße bis zu 2000 Francs oder mit der letzteren allein bestraft werden.“ Jetzt unterliegt der gleiche Straftat, wenn rechtswidrig durch körperliche Gewalt, Drohung oder ernsthafte Bedrohung jemanden von der Ausübung seines Berufes abhält oder abzuhalten sucht. Diese Bestimmung macht jeden, auch den harmlosesten Versuch, auf den Arbeitswilligen einzuwirken, unmöglich. Daß auch die „ernstliche Belästigung“ unter Strafe gestellt ist, bedeutet die Beseitigung des Rechts, Streikposten aufzustellen. Ferner wird das Vergehen des Hausfriedensbruchs auch auf die zur Wohnung gehörige, eingetragene Umgebung, den Geschäftsplatz, den Werkplatz oder Bauplatz ausgedehnt.

Das ist ein Gesetz ganz nach den Wünschen der heutigen Schmarfacher. Deren Presse läßt sich die Gelegenheit denn auch nicht entgehen, zu betonen, daß es die „höchste Zeit“ sei, auch in Deutschland ein derartiges Gesetz zu erlassen. Wir werden wohl bald erleben, daß die Regierung wieder einmal ihren guten Willen befunden, dieser Forderung zu entsprechen. Die Buchhausgesetzvorlage ist ganz gewiß nicht tot und begraben.

**Zu der Frage der Einigungsämter und Schiedsgerichte** nahm der in Biel abgehaltene schweizerische Gewerkschaftskongress folgende Resolution an:

„Der Kongress sieht als erste Vorbedingung an zur Vermittlung von Arbeitseinstellungen die unheimliche Entlohnung der Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter und deren Anerkennung durch die Unternehmerorganisationen resp. Unternehmer als gleichberechtigte Kontrahenten bei Aufstellung des Arbeitsvertrages.“

Der Kongress ist der Ansicht, daß in Verfolgung dieser Aufgabe das Bestreben der Gewerkschaften darauf gerichtet sein soll, kollektive Tarifverträge zu schaffen, vereinbart zwischen den Berufsverbänden der Unternehmer und Arbeiter.

Als weiteren Ausbau der Tarifverträge sieht er partielle Einigungsämter an, vereinbart zwischen den beiden vertragschließenden Parteien.

Er verwirft die von Gulzer-Ziegler und Konforter empfohlenen Arbeiterkommissionen und die staatlichen Schiedsgerichte und Einigungsämter, weil er in denselben einen Zusammenschluß der Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter sieht.

Er fordert von den Behörden die größtmögliche Garantie für Beobachtung des durch die Bundesverfassung gewährleisteten Vereins- und Versammlungsrechts.

Er betrachtet als weiteres wirksames Mittel zur besseren Ordnung und teilweisen Einschränkung der Arbeitseinstellungen die Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, aber er protestiert mit Entschiedenheit gegen alle Gesetzesmaßnahmen wie Streikgesetze usw. in Verbindung mit staatlichen Schiedsinstanzen, wodurch die Arbeiter zu Bürgern zweiter Klasse degradiert werden sollen.

## Maurerbezeugung.

### Streiks, Aussperrungen, Masseregeln, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zugung von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

**Hausstädte:** Travemünde (Sperrn über Schirmann), Lübeck (Sperrn über Görner & Heidebreich);

##### Schleswig-Holstein:

**Apenrade** (Sperrn über Callesen), **Wedel** (Sperrn über Häge), **Husum** (Sperrn über Petersen); **Itzehoe** (Sperrn über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf), **Tondern**, **Insel Fehmarn** (Aussperrung), **Rendsburg** (Sperrn über das Rader Koks- und Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte), **Meldorf** (Sperrn über Mohr in Niendorf);

##### Mecklenburg:

**Güstrow** (Sperrn über Thielke), **Friedland** (Streik der Bauhilfsarbeiter), **Sülze** (Sperrn über Holdorf);

##### Brandenburg:

**Cuben**, **Caputh**, **Senftenberg** und **Umgegend** (Aussperrung), **Saarmund** (Sperrn über den Unternehmer Ahland aus Philipsthal), **Wittstock a. d. D.** (Sperrn über den Unternehmer Pöschel), **Glindow** (Streik), **Zäckerick** (Sperrn über Friedrich & Wobornitz);

##### Pommern:

**Pylitz** (Differenzen), **Köslin** (Sperrn über Schüttner), **Jarmen** (Sperrn über Brand & Heidebreich), **Salgast**, **Ueckermünde** (Aussperrung), **Pölitz**, **Bahn** (Streiks);

##### Ost- und Westpreussen:

**Sensburg** (Sperrn über Reese), **Mewe** (Sperrn über Schulz), **Grandsen** (Sperrn über Karlsruhte), **Rastenburg**, **Hammerstein** (Aussperrung), **Deutsch Eylau** (Sperrn über Wilke);

##### Posen - Schlesien:

**Görlitz** (Sperrn über Pötschke in Horka), **Muskau** (Sperrn über Stölplnagel), **Brieg** (Sperrn über das Bangeschäft Winkler), **Gnesen** (Aussperrung);

##### König. Sachsen:

**Leipzig** (s. sind gesperrt: **Marion & Kunze**, **Bahnlokalitäten**, **Bernard & Söhne**, **Berlinerstrasse**, in **L.-Gohlis** H. Kögel und E. Thiele, **Landsbergerstrasse**, in **L.-Leutzsch** Eisengießerei E. Becker & Co., in **L.-Möckern** K. Edlich, **Hühnerbeinerstrasse**, und M. Steyskal, **Sohrstrasse**), **Zittau** (Sperrn in Böhmisch Ullersdorf), **Sebnitz** (Differenzen), **Mülsen-St. Niklas** (Sperrn über Ferd. Dahn);

##### Provinz Sachsen und Anhalt:

**Heringen a. d. Helme** (Streik);

##### Thüringen:

**Sonneberg** (Sperrn über Bauer & Söhne), **Zechan** (Sperrn über die Zuckerraffinerie in Rositz), **Arnstadt** (Sperrn über Grossler), **Wassungen** (Aussperrung);

##### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lipppe:

**Norderney**, **Sachsenhagen b. Hann.** (Aussperrung), **Visselhövede** (Streik), **Stadthagen**, **Wunstorf** (Differenzen), **Misburg** (Sperrn über die Zementfabrik „Germania“), **Burgdorf** (Sperrn über Dieckmann in Hülptingen);

##### Westfalen und Rheinland:

**St. Johann** (Sperrn über Ackermann in Merchweiler), **Cöln** (Differenzen am Rheinbrückenbau, Sperrn über Merling & Beier), **Düsseldorf** (Sperrn über Gronen);

##### Hessen und Waldeck:

**Schmalkalden** (Sperrn über Peter), **Gudensberg** (Sperrn über Möbus & Köhler), **Heppenheim a. d. Bergstrasse** (Differenzen), **Melsungen** (Sperrn über H. Siemon);

##### Baden-Pfalz:

**Kaiserslautern** (Streik), **Mannheim-Ludwigshafen** (Sperrn der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik);

##### Elsass-Lothringen:

**Mülhausen** (Differenzen);

##### Bayern:

**Selb** (Sperrn über Jäger & Wörner), **Wasserburg** (Sperrn über Nabauer);

##### Fliesenleger:

**Dalsburg** (Sperrn über Gebr. Bönning);

##### Oesterreich:

**Karlsbad**, **Königsberg**, **Lobositz**, **Snaz**, **Ung. Hradisch**.

#### Gau Berlin.

Die Sperrn über das Glas- und Betonbaugeschäft von Wilhelm Söllwede in Berlin ist aufgehoben. Die Differenzen sind zu Gunsten der Kollegen beigelegt worden. Der Unternehmer Söllwede hat sich unter schriftlich verpflichtet, die im Tarifvertrag festgelegten Löhne zu zahlen. Die noch im Streik stehenden Maltpücker, Schauer, Zementierer, Träger und Hilfsarbeiter werden vom 4. Mai an wieder eingestellt. Sache der Kollegen wird es nun sein, den Unternehmer Söllwede auch dazu anzuhalten, die Bestimmungen des Tarifvertrages zu respektieren; sie haben deswegen jeden Versuch gegen den Vertrag sofort der Geltendmachung zu weihen. Obwohl sich eine ganze Anzahl Streikbrecher selbst aus den Reihen der organisierten Kollegen gefunden haben, mit denen wir in der Zukunft abrechnen werden, war es dem Unternehmer nicht möglich, die Arbeiten zu fördern; er mußte einsehen, daß man ungekämpft nicht Arbeiter den Lohn um 6-15 % die Stunde kürzen kann. Die Verhandlungen sind durch den Obmann der Schlichtungskommission eingeleitet worden. Zu Anfang der Sperrn erklärte der Unternehmer Söllwede, daß er zu keiner Verhandlung erscheine. Nach einer Sperrn von 4 Wochen hatte sich seine Meinung geändert und er erklärte sich zu Verhandlungen bereit.

#### Gau Frankfurt a. M.

Zur Rohnbewegung im Mainzer Betonbaugeschäft wird uns geschrieben: Eine am 30. April im „Goldenen Pfing“ stattgefundene Versammlung aller im Betonbaugeschäft beschäftigten Zementarbeiter, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter beschloß sich eingehend mit dem Verlauf unserer Bewegung. Kollege Rehn schloßerte den jetzigen Stand der Bewegung. Am 8. April wurden den Firmen Flammbeder & Walter und der Mainzer Betonbaugesellschaft von den bei ihnen beschäftigten Arbeitern Forderungen auf eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zugehellt, worauf man bis zum 14. April eine Antwort verlangte. Eine Antwort hat die Firma Flammbeder & Walter insofern gegeben, als sie am 11. April 8 Kollegen, 5 Zimmerer und 3 Zementarbeiter, auf die Straße setzte. Ein Antrag der Kommission, die Entlassenen wieder in Arbeit zu nehmen, wurde von der Firma strikte abgewiesen. In einer am 13. April stattgefundenen Versammlung der bei der Firma Flammbeder & Walter beschäftigten Arbeiter erklärten sich diese mit ihren gemäßigten Kollegen solidarisch und verhängten über die Firma die Sperrn. Der Kampf wurde auf beiden Seiten mit aller Schärfe geführt. Alle der Firma zu Gebote stehenden Mittel wurden angewandt, um genügend Arbeitswillige zu erhalten und die Bewegung der Arbeiter zu vernichten. Trotzdem auch die Streikenden alles verjagten, den Zug von Streikbrechern zu verhindern, ist ihnen dies nicht immer gelungen. Not und Elend, bedingt durch die schon im vorigen Jahre beginnende Krise, trieb die Arbeiter zu dem verwerflichsten Mittel, zum Streikbruch. Durch diesen Umstand war es der Firma auch in der letzten Zeit möglich, alle Plätze der Ausständigen mit Streikbrechern zu besetzen. Aus diesen Gründen wurde von der Kommission vorgeschlagen, die Bewegung unter den jetzigen Verhältnissen für erledigt zu betrachten und die Sperrn bei der Firma Flammbeder & Walter aufzuheben, was denn auch nach einiger Diskussion beschlossen wurde. Zu bemerken ist, daß von den Streikenden nicht einer abfiel.

#### Gau Hamburg.

In **Bebenitz** ist durch Vereinbarung mit den Unternehmern der Stundenlohn von 35 % auf 40 % erhöht worden.

#### Gau Hannover.

In **Stadthagen** wollen sich die Unternehmer eine Lohn-erhöhung erst durch Kampf abtrotzen lassen, indem sie jedes Zugeständnis ablehnen. Nun haben unsere Kollegen am 6. Mai das Arbeitsverhältnis gekündigt. Wenn man bedenkt, daß in allen anderen Hagen, im Rohnbau, im Oberflächbau und in Hagenburg, der Lohn 40 resp. 42 % beträgt und unsere Stadthager Kollegen für 35 % schätzen müssen, so weiß man gar nicht, zu welcher Sorte Menschen man solche „Arbeitsgeber“ rechnen soll.

In **Gronau** ist am 30. April die Sperrn über das Geschäft des Herrn Lichtenberg aufgehoben, nachdem sich die Unternehmer vorher verpflichtet hatten, in diesem Falle auch ihrerseits am 3. Mai die Aufhebung der Aussperrung beschließen zu wollen und dahin zu wirken, daß vom 1. April 1909 an der Lohn von 39 auf 40 % erhöht wird. Der Arbeit soll am 4. Mai aufgenommen werden. Auch in diesem Kampf haben die Gefährdeten keine Solidarität geliebt.

In **Hülptingen b. Burgdorf** hat der Unternehmer Diekmann aus Beirte, der dort einen Bauernhof besitzt, zwei Kollegen gemahnt. Als Antwort darauf haben unsere Kollegen die Arbeit eingestellt. In seiner Not sucht nun Diekmann beim „Nordwestdeutschen“ Schutz, der sich auch viel Mühe gibt, ihm Maurer zu verschaffen. Sie jetzt hat aber noch keiner Geschäft an der Arbeit gefunden.

#### Gau Leipzig.

Bedauerlich traten voriges Jahr die Kollegen des **Müßelgrundes** in eine Lohnbewegung ein. Es gelang ihnen durch ihr solidarisches Verhalten, nach kurzem Kampf einen Tarif mit den Unternehmern abzuschließen, nach dem die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden verkürzt, der Lohn für 1907 von 24 auf 38 % und für 1908 auf 40 % erhöht wurde. In einer am 11. April abgehaltenen Maurerversammlung wurde nun festgestellt, daß sämtliche Unternehmer worüberbügig geworden waren und nicht ein einziger den Tarif einbaltete. Die Lohnkommission wurde beauftragt, bei den Unternehmern vorzulegen zu werden und im Falle der Ablehnung das Nötige zu veranlassen. In der am 26. April abgehaltenen Versammlung erklärte nun der Vertrauensmann Bericht über die mit den Unternehmern gepflogenen Unterhandlungen. Aus dem Bericht ging hervor, daß nur der Unternehmer B. Ockelmann in Müßel-St. Michel den Vertrag einhält. Die Unternehmer F. Hämmig und B. Böhmer in Thurn, M. Heyne in Müßel-St. Jakob und E. Meier in Ockelmannsdorf haben wohl die geschnittenste Arbeitszeit eingeführt, zahlen aber nur 36 bis 38 % Stundenlohn. Ja, die Unternehmer E. Meier in Müßel-St. Jakob und F. Böhmer in Müßel-St. Niklas hatten es sogar versucht, den Maurern die elfstündige Arbeitszeit bei einem Lohn von 36 % wieder



aufzuwringen. Die Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlungen und in der darauf folgenden Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer scharf kritisiert. Besonders scharf wurde das Verhalten des H. n. s. kritisiert. Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, über die Bausperre des Unternehmers Dönn in Wilfen-St. Wilfen, die Sperre zu verhängen, wurde einstimmig angenommen. Gegen die übrigen Unternehmer soll flagrant vorgegangen werden.

#### Gau Stettin.

In **Wubitz** ist die Aussperrung nur bis zur Androhung gekommen. In Verdrängung der drückenden Bau-tätigkeit ist die bisherige effiziente Arbeitszeit und der Stundenlohn von 38 s auf die Dauer eines Jahres beibehalten worden.

In **Cöstin** bietet die Baugewerkschaft für 1908 45 s, für 1909 46 s, insgesamt 4 s Rohrerhöhung bei zehnjähriger Arbeitszeit. Bei den übrigen Punkten bieten die Meister nichts. Sie sind nicht im Arbeitgeberbunde, verlangen jedoch dessen Vertrag. In gewohnter Weise stoßen die Herren in einer Sitzung um, was in der vorigen gestanden ist. Die Einigung war am 24. April so gut wie sicher, weil die drei Kommissionsmitglieder für das Ergebnis der Verhandlung eintreten wollten. Neuerdings haben sich die Herren wieder anders besonnen.

In **Friedland i. Mecklenb.** legten die im Fabrikarbeiterbunde organisierten Bauarbeiter am 16. April die Arbeit vereinzelt, am 21. April vollständig nieder. Stört sind 84 Maurer in Mitgliedschaft gezogen. Die Unternehmer wollten einen Vertragsbruch aufhängen, mit den Bauarbeitern wollten sie jedoch nicht verhandeln.

In **Wubitz** zieht sich der Streit sehr in die Länge. Hier haben wir es mit kleinen Unternehmern zu tun. Dem Unternehmer Rabe, dem einzigen „Großen“, ist nicht beizukommen. Die Mehrzahl der „Kleinen“ ist jedoch schlimmer als die „Großen“. In 26 Orten stecken 26 Unternehmer.

In **Stettin** kam es zur Sperre über die Brückenbauern der Firma Beugelt & Co. aus Grünberg i. Schl. Trotz einer im Herbst 1906 getroffenen Abmachung, wonach der jeweilige bestehende Tarifvertrag bindend sein sollte, hat die Firma die durch den Streit abgegriffene Arbeitsordnung wieder eingeschmuggelt. Leicht gemacht ist es der Firma durch unsere Kollegen: Man schimpft sich heiser, wenn irgend eine Kommission trotz alles Bemühens eine nicht gerade billigenweise Bestimmung als Ergebnis einer Verhandlung bringt, unterschreibt aber ohne Murren und unbesehen das eigene Todesurteil. Hieraus fuhrnd hat die Firma den Winter hindurch fortwährend eingestellt und wieder entlassen und wieder eingestellt und auch oft aussetzen lassen, bis den Kollegen am 23. April die Gebuld ausging und sie einen Zugzug von 5 s pro Stunde sowie Abstellung der anderen Mithandlungen forderten. Am 2. Mai verständigte man sich dahin, daß bei dem Versetzen der Caiffons 58 s pro Stunde gezahlt werden und verlorengegangenes Gehalt ersetzt wird.

In **Hefenmünde** berufen sich die Unternehmer in Rohraufschneitten. Als ihnen im April des vorigen Jahres viel am Frieden gelegen war, kam folgende Vereinbarung zu stande: „Der Lohn beträgt bis zum 1. April 1908 40 s pro Stunde und darf für das nächste Jahr 42½ s pro Stunde nicht übersteigen. Die sonstigen Bedingungen bleiben für die vorgenannte Zeit bestehen.“ Diese Vereinbarung unterschrieben die Maurermeister E. Krüper, W. Lorenz und Jakob. Zum 1. April erinnerten unsere Kollegen durch ein Schriftstück an die laut Abmachung fällige Rohrerhöhung. Doch keine Rohrerhöhung trat ein. Die Unternehmer versuchten vielmehr am 25. April, jeden einzelnen zur unterzeichneten Anerkennung des Lohnsatzes von 40 s bis zum 31. März 1911 zu zwingen, mit der gottlosen Begründung, sie wollten wohl über 42½ s zahlen, damit sie aber nicht gesagt, daß vom 1. April 1908 an die 42½ s gezahlt werden müßten. Selbstverständlich verweigerten unsere Mitglieder die Unterschrift, und so erfolgte die Aussperrung. Sonderbar ist, daß die gütlichen Verhandlungen trotz der nötigen Auffassung die Lieferfristen verlängert haben. Der Fall zeigt, daß unsere Mitglieder beim Abschluß von Verträgen nicht vorzüglich genug sein können.

#### Lohnreduktion.

In **Seringen a. d. Elbe** haben die Unternehmer eine Lohnsenkung von 40 s auf 38 s verfügt. Auf Ansuchen der Kollegen wurde so etwas wie eine Verhandlung abgehalten, aber die Unternehmer ließen sich auf nichts ein. Wir überlassen es unserem Vorstand, der hat es in Sangerhausen mit befohlen. Da sich die Kollegen dies nicht gutwillig gefallen lassen wollten, so haben sie den Streit befohlen.

#### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **F. Köster, Hamburg 1, Reichenbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 26. April bis 2. Mai 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

#### a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Schweinfurt M. 160,65, Herford 188,96, Sufum 109,88, Finsterwalde 101,65, Arnstadt 82,97, Herzberg a. S. 69,04, Doberan 63,19, Erlangen 60,81, Jgheoe 54,04, Moorbürg 44,84, Barchshut 46,04, Lauf 43,84, Leutmannsdorf 41,20, Lübbel 40,95, Groß-Ziegenort 35,28, Stahlfagen 26,20, Langenberg 1,12, Treuen 9,50, Varnen-Elberfeld 1579,76, Mufdorf 682,15, Cunevalde 281,84, Oberhausen 220,83, Bimnberg 180,66, Osterode i. R. 118,72, Wiflen a. d. L. 102,16, Rathbor 87,92, Rastwisch 64,87, Garz a. d. D. 54,22, Weichenfaffen 52,16, Grödmis 36,72, Friedersdorf 34,84, Prigber 32,60, Wälfershausen 21,24, Worsdorf 20, Schleis 16,80, Wiflen 18,87, Jgheoe 18,50, Bramsche 7,52, Cirsaburg i. Westph. 80,66, Wulferhausen 64,68, Riepe a. d. D. 64,13, Sommerfeld 59,99, Norberner 61,74, Rabensburg 60,40, Goldberg i. Mecklenb. 53,24, Hamm 52,50, Golden i. Pomm. 48, Groß-Mülden 46, Klein-Schönebeck 36,28, Dahme 18,90, Wälfersdorf 17,82, Wiflen 34,20, Friedberg 32,58, Hennigsdorf 24,72, Schönwalde i. Spreewald 28,65, Mügeln b. Ditz 21,20, Tönnig 4,80,

Königs 2, Schwarlau 1, Wiesbaden 1948,80, Hof 260,45, Golbab 53,20, Weidorf 43,84, Bienenwerber 20,30, Jauer 16,30, Ostroß 4,45, Regelsd 800, Neuhardenberg 100, Zehn 200, Bergdorf 150, Hamburg 9000, Barnsdorf 1131,33, Gera 787,24, Arnswalde 94,24, Sonderburg 91,08, Freiburg i. Schl. 84,96, Gohlitz 83,80, Erdemort 80, Wartenburg 65,13, Leutenberg 22,76, Jersheim 6,72, Bienenstein 5, Lieberose 3,68, Weichenburg 3,60, Tüftlingen 2,04.

#### b) Für Kalanden.

Neubufow M. 15, Lambrecht 5, Erlangen 1, Cunevalde 2, Schleis 5, Sommerfeld 2,50, Antonienhof 15.

#### c) Für Futterale.

Finsterwalde M. 5, Varnen-Elberfeld 30, Cunevalde 1, Wiflen 1, Osterode a. S. 2.

#### d) Für Protokolle.

Herzberg a. S. M. 1, Doberan 1, Moorbürg 4, Lauf 1, Varnen-Elberfeld 1,80, Mufdorf 1,80, Oberhausen 3,20, Rastwisch 1, Garz a. d. D. 1, Jellenhof 1, Wiesbaden 5,20, Grimmschau 13, Tüftlingen 1.

#### e) Für Baubeiträge.

Garz a. d. D. M. -70, Jellenhof -70, Sonderburg -70.

#### f) Für „Grundstein“-Einband und Decken.

Schweinfurt M. 1,10, Mufdorf 9, Riegnig 1, Wiesbaden 6.

#### g) Für Arbeit und Kultur.

Osterode a. Garz M. 1,50.

#### h) Für Referentenführer.

Jgheoe M. -70.

**Ausgeschlossen** sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Cöstin a. M. h.: Otto Wendt (Verb.-Nr. 61 593), Hermann (174 482), Celler: Georg Hornbostel (371 899), Sannoper: Heinrich Köhne (238 887), Wilhelm Kölling (32 956), Wilhelm Köhne (33 048), Birna: May Schöde (94 098), Renscheid: Albert Mankshagen (256 501), Saarmund: Wilhelm Efermann (230 456), Friedrich Thieleke (98 007), R. Dampf (230 458), Fritz Rieburg (230 475), Wisthof: Albert Feigbrodt (108 148), Gustav Schlichtholz (485 711), Otto Behrent (108 101), Friedrich Rastwisch II (108 095), Otto Wolf (157 659), Hermann Zehnle (108 151).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

**Aufgefordert**, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Cöstin a. M. h.: Aug. Rottgardt, geb. am 30. Aug. 1874 zu Hamburg (Verb.-Nr. 60 560); Soltingen-Ohlitz: Leo Wierwag, geb. am 25. September 1888 zu Berlin (446 194); Erfurt: Franz Schwelke, geboren am 7. September 1886 zu Oppin; M. H. Heim-Dobershausen: Jakob Debel aus Ochsen b. Eilenach.

Kollegen, denen der Aufenthalt bei den Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

#### Der Verbandsvorstand.

#### Berichte.

#### Religiöser Terrorismus.

Ans Dazig wird uns geschrieben: Mit welchem Recht unsere Gegner sich nennen, über den Terrorismus der freien Gewerkschaftler zu urteilen, wird freilich durch ihren eigenen Terrorismus illustriert, den sie als selbstverständlich gegen sozialdemokratisch anrichtige Arbeiter verüben. Vor einiger Zeit erschien in dem in Pöplin erscheinenden „Polnischen Warte eine Zuschrift, die es als einen Standpunkt bezeichnet, daß an dem Grade eines geistlichen Mitglieds der Zentralverbandes befaßigt sein. Indirekt wurde dann aufgefordert, unsere Kollegen zu entlassen oder dem Unternehmer die Arbeit zu entziehen. Also Terrorismus brutaler Art. Der Artikelreiber, der es übrigens auch mit der Wahrheit nicht allzu genau zu nehmen scheint, muß eine ganz besondere Auffassung von dem christlichen Grundlag: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ haben.

In Ditzkau arbeiten seit kurzer Zeit neben einigen Christlichen fünf von unseren Kollegen in der katholischen Kirche. Es waren alle Familienväter, die den ganzen langen Winter gefeiert hatten und froh waren, den Hunger ihrer Kleinen wieder stillen zu können. Aus dem darüber, daß ihr unterbezahlter Lohn nicht an Stelle eines Familienverdiensts befaßigt wurde, kam eine alte, des Schreckens und Bessens untüchtige Frau Sobrowski aus Klein-Ziegenort her, ließ sich einen Brief an den Kaplan schreiben, in dem unsere Kollegen als sozialdemokratisch bezeichnet wurden, um unter Hinweis auf ihren arbeitslosen Sohn deren Entlassung zu verlangen. Der Kaplan übergab diesen „christlichen“ Brief dann dem Unternehmer, der ihn unseren Kollegen vorlas und erklärte, er habe sich gefreut, daß er solche Gesellen habe, er könne aber nicht anders, sie müßten sich gebüden, bis er sie anderswo unterbringen könnte. Den Kollegen wurde dann nahegelegt, dem Polenverbanke beizutreten, dann könnten sie weiterarbeiten. Leider beugen sich unter dem Druck der Verhältnisse die Kollegen dem Terrorismus dieser Scheinchriften und traten dem Polenverbanke bei. Dann konnten sie natürlich weiterarbeiten. Also nun, nachdem sie die Organisationsform geändert hatten, waren sie natürlich weiterzuarbeiten. „Nieder machen Leute!“ Aufstehen bei dieser Wärfte ist das Verhalten der vom Reichsverbande gegebenen „Ditzkauer Zeitung“, die vor einiger Zeit über den unseren Kollegen angehängten Terrorismus auf dem Vau des Baumeisters Fing ihr Eigenes auf bis an die Ohren aufgerissen hatte. Zu Beginn von einem alten, fanatischen Weibe und einem Nachfolger Christi infizierten Terrorismus hat sie annehmend die Sprache verloren. Leider steht in Ditzkau die Infektion nach der größten Triumphe, wie das unter tierischer und reichverwundlicher Herrschaft nicht anders möglich ist. Aber auch hier wird's Licht werden.

**Kattowitz.** (Konferenzbericht.) Im Kattowitzer Gewerkschaftstotal war am 28. April die Konferenz zusammengetreten, um sich der von ihr befohlenen Tagesordnung gemäß mit der Frage: „Auflösung oder Neuorganisation des Gaus?“ zu befassen. In diesem ersten und wichtigsten Punkte war der Bericht des Leiters

über Agitation und Organisation mit einbezogen. „Zu diesem Teile der Tagesordnung nahm Kollege Baude als Referent das Wort. In längeren Ausführungen gab er ein Bild der Entwicklung unseres Gaus und schärfte die Schwierigkeiten, die unserer Agitation durch die Sozialabtreiber seitens der Behörden bereitet werden. Er glaubte aber, daß es in Zukunft besser werden würde, da doch am 16. Mai das neue Vereinsgesetz in Kraft tritt, wonach Gewerkschaftsversammlungen nicht mehr anmeldepflichtig sind. In der Praxis würde die neue Versammlungsfreiheit allerdings nicht so rasig ausfallen, aber schließlich würden wir doch in der Lage sein, unsere Taktik nach der der Behörden einzurichten. Zu der Frage, wie wir in der gegenwärtigen Krise die Agitation zu betreiben haben, wünschte der Referent, daß die gesamte Kraft auf die Hausagitation verwandt werde, da die Agitation auf der Arbeitsstelle zu viel Maßregelungen zeitigen würde. Zu beklagen seien die Grenzfreistigkeiten zwischen den ländlichen und den Industrie-Zweigvereinen. Letztere erhöhen die berechtigten Klagen, daß sie von den in Industriegebiet arbeitenden Mitgliedern der Land-Zweigvereine überfordert werden. Wenn wir uns ferner noch vor Augen führen, daß sich die Mitglieder der Land-Zweigvereine von jeder Mitarbeit im industriellen Arbeitsgebiet zurückziehen, ja nicht einmal an den Versammlungen teilnehmen, so ist das ein nicht geringer Uebelstand. Nun ist die Meinung aufgetaucht, ob diese Uebelstände nicht einfach dadurch zu beseitigen wären, daß man die Land-Zweigvereine auflöst. Dieses Maßnahmentritt kann nicht angewandt werden, weil wir sonst überhaupt jede Verbindung mit den ländlichen Kollegen verlieren würden. Uebrigens ist die Zentralisation des Gaus aus Mangel an geeigneten Kräften nicht durchzuführen. Wir müssen also einen anderen Weg ausfindig machen, um diesen Mithand aus der Welt zu schaffen. Kollege Baude stellte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen mit, daß der Hauptvorstand der Ansicht sei, die Organisation sei genügend gestiftet, so daß die Auflösung des Gaus überflüssig und seine Angliederung an den Gau Breslau zwecklos erscheinen. Er selbst könne nicht mehr lange Gauvorsitzender bleiben, da seine Gesundheit sehr angegriffen ist. Ob aber die Enttandlung der obersteinsten Bauerebewegung schon soweit vorgeschritten sei, daß die Einrichtung eines eigenen Gaus nicht mehr erforderlich ist, oder ob die vermehrte Arbeit eine neue Organisation der Bauverwaltung erfordert, darüber möge die Konferenz entscheiden. Im Falle der Neuorganisation dürfen den Zweigvereinen, die zurückgeblieben sind oder denen es an geeigneten Kräften mangelt, diese nicht entziehen, sondern müßten die Personen für die Bauverwaltung den freien Kräften entnehmen. In der nun folgenden Diskussion, in der die Kollegen Scholz, Koch, Blas, Benedikt, Prokhe und eine Reihe anderer Kollegen sprachen, erklärte man sich mit der Enttandlung der obersteinsten Organisation zufrieden. Ein lebhafter Meinungsaustausch entspann sich wegen der Frage der Auflösung der Land-Zweigvereine. Den Anlaß dazu hatten, wie schon so oft, die Grenzfreistigkeiten gegeben. Schließlich fand man die Lösung dieser Frage in dem Vorschlag des Kollegen Scholz, der es den Zweigvereinen zur Pflicht macht, von Zeit zu Zeit die Wohn- und Arbeitsstätten ihrer Mitglieder festzustellen und diese Bauvorschriften dem zur Regelung der Grenze zu übergeben. Aus der per Stimmgabel vollzogenen Wahl des Gauvorstandes gingen die Kollegen Baude, Koch, Prokhe, Reuegauer, Wiegorel, Benedikt und Rastwisch hervor. Damit war der erste Punkt der Tagesordnung erschöpft. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Bauarbeiterjugend“, wurde ebenfalls durch ein Referat des Kollegen Baude eingeleitet. Er führte einführend aus: Wir haben uns schon auf der letzten Konferenz mit der Frage des Bauarbeiterjugendes befaßigt und dann den Beschluß gefaßt, mit den übrigen Bauvereinen zusammen eine Bauarbeiterjugendkommission ins Leben zu rufen. Von unserer Seite wurden auch die nötigen Schritte getan, ja es ist sogar zur Bildung einer solchen Kommission gekommen. Das war aber auch alles, denn gleich nach der Wahl der Kommissionsmitglieder, falls diese überhaupt von allen beteiligten Gewerkschaften vorgenommen worden ist, hat sich die Kommission aufgelöst. Jemand eine Arbeit ist von der Bauarbeiterjugendkommission nicht geleistet worden. Nun ist die Frage wieder aufgetaucht. Die Regierung hat in einem Geheimverfah, so kann man diese Verordnung wohl nennen, eine Erhebung über das Vorkommen von Unruhmern auf Bauten, Verschönerung der Wörre, Bauwesen usw. angeordnet, wie es scheint, um den sozialdemokratischen Bewapungen im Reichstag entgegenzutreten zu können. Was nun bei diesen politischen Erhebungen herauskommen wird, wissen wir ja, der obersteinsten Bauarbeiterjugend wird im richtigen Rechte erscheinen. Es ist nun, wenn wir diese Arbeiten zu unseren Gunsten beeinflussen wollen, notwendig, daß wir zu dieser Frage, die durch unsere Agitation aufgetaucht ist, Stellung nehmen. Wir wollen daher zur Steuer der Wahrheit gleichfalls Erhebungen machen und die Resultate der Untersuchung als Material überweisen. Gewiß wird man unseren Arbeiten mit Mißtrauen begegnen, deshalb müssen wir für Beweise sorgen, und diese sind mittels der photographischen Platte zu befaßigen. Auf eine Mitarbeit der übrigen bauvereinsten Organisationen haben wir nicht zu rechnen, weil bei diesen das Verständnis für derartige Kulturarbeit noch nicht vorhanden ist oder nicht so sein scheint. Wir werden also gezwungen sein, die Arbeit allein zu verrichten und auch die Kosten allein zu tragen. In der Diskussion zu diesem Punkt wurden einige klaffende Beispiele obersteinsten Bauarbeiterjugendes angeführt. Zur Befestigung von Uebelständen auf diesem Gebiet fühlte sich die Polizei nicht berufen. Es wurde beschlossen, die Statistiken vierteljährlich aufzunehmen; die Kosten dieser Arbeit sollen durch einen vierteljährlichen Beitrag von 10 s pro Mitglied aufgebracht werden. Im dritten Punkt, „Verschiedenes“, wurde der Beschluß gefaßt, den Postabschnitt zwecks gemeinsamer Verwaltung der Gaukasse zuzuführen. Dessen Beschluß sind nur diejenigen Zweigvereine unterworfen, die dem Gewerkschaftstakt nicht angeschlossen sind. Ferner wurden die Baumarke für den Gau Ober-schlesien obligatorisch eingeführt mit der Wirkung, daß die Untersuchungsvereinstigung davon abhingen soll. F.N.



**Berlin.** In einer sehr stark besuchten Versammlung beschloß die Zweigverein am 28. April bei Heller, Köpenickerstraße 29, mit den Vertragsverhandlungen. Kollege Silberstein berichtete über den Lauf der Verhandlungen, insbesondere über den, zwischen den Vertretern vereinbarten Tarif für Groß-Berlin. Ein großer Vorteil sei es nicht, den die Maurer errungen hätten, aber angesichts des jetzigen wirtschaftlichen Niederganges und der damit verbundenen schlechten Arbeitsverhältnisse sei es nur der Stärke unserer Organisation zu verdanken, daß wir die von den Unternehmern beantragten Verschlechterungen zurückweisen konnten. Einer späteren Zeit müsse es vorbehalten sein, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Zum Schluß forderte Redner die Versammlung auf, dem Vertragsentwurf die Zustimmung zu geben. — In der Diskussion wandten sich mehrere Kollegen recht scharf gegen den Vertrag. Die Wehrzahl der Redner stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß man unter den jetzigen Verhältnissen den Vertrag annehmen müsse. Die Abstimmung selbst erfolgte in den Viertelstunden, wo der Vertrag mit Dreiviertelmajorität angenommen wurde.

**Brandenburg.** Am 26. April tagte hier eine Mitgliederversammlung, die wohl wegen des schlechten Wetters nur mäßig besucht war. Zuerst wurde die Abrechnung vom ersten Quartal verlesen, und auf Antrag der Rednerin wurde der Kassierer Sechsege erteilt. Der Kollege Jöglin führte in seinem Vortrag aus, daß die jetzige Lage von den Unternehmern dazu benutzt werde, uns den sogenannten Musterlohn aufzudrängen. Jetzt, nachdem die Unternehmern unsere Abrechnung von 1907 gelesen und gesehen haben, daß sie trotz aller Missperrungen außer Massenbestand von 1 Million vergrößert hat, scheint sich das Missperrungsfever gelegt zu haben. Sollte es zum Kampfe kommen, der nicht ausbleiben könne, dann müssen die Unternehmern sehen, daß sie einen unbefriedigten Gegner vor sich haben. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, sich recht zahlreich an der Landtagswahl zu beteiligen. Niemand solle versäumen, die Wählerliste nachzugehen; wer nicht in der Liste stehe, dürfe nicht wählen.

**Cöln.** Sonntag, den 26. April, hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Dem von dem Kollegen Kreibich erstatteten Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß auch in diesem Jahre schon ziemlich früh von der großzügigen Agitation begn. Sausagitation Stellung genommen wurde. So fand bereits in der ersten Hälfte des Monats Februar eine große kombinierte Vorstandssitzung statt, woran sämtliche Verbandsfunktionäre des Zweigvereinsgebietes teilnahmen. In dieser Sitzung wurde die Taktik für die Agitation festgelegt. Es wurde zunächst beschlossen, überall sogenannte Agitationskommissionen, die in enger Fühlung mit dem Zweigvereinsvorstand, den Geschäftsstellen und Sektionsvorständen stehen, einzusetzen. Sodann solle nicht nur wie in früheren Jahren der Fall gewesen, im Frühjahr die Sausagitation betrieben werden, sondern das ganze Jahr hindurch vertriebsmäßig weitergeführt werden. Es sollen dadurch nicht nur allein neue Mitglieder gewonnen, sondern auch die Säumnisse an ihre Pflicht erinnert werden, um der noch immer ziemlich großen Fluktuation innerhalb des Verbandes vorzubeugen. Weiter war dem Bericht zu entnehmen, daß im Mittelpunkt der Tätigkeit im ersten Quartal die diesjährige Lohnbewegung stand. Es wurde an die Verhandlungen in Essen usw. erinnert und mitgeteilt, daß gegenwärtig Verhandlungen in Berlin gepflogen würden, die entweder Krieg oder Frieden im Baugewerbe bringen würden. Vor allen Dingen müßten die Kollegen ein wachsames Auge haben und überall auf den Ernst der Situation hinweisen. Daß die diesjährige Bewegung nicht mit denen der Vergangenheit zu vergleichen sei, dürfe wohl jedem Kollegen klar sein. Um so notwendiger sei es auch, die kühle Erregung walten zu lassen und vor allem die wirtschaftlichen Kämpfe von etwas höherem Gesichtspunkte aus zu betrachten. Ferner machte der Berichtsteller abermals darauf aufmerksam, daß die Arbeitslosen sich auf dem Bureau zu melden haben, woselbst allen, die länger als drei Tage in der Woche arbeitslos sind, ein Stempel ins Buch gedrückt wird, worauf sie dann für diese Woche eine Arbeitslosenmarke zum Preis von 25 s fleben könnten. Auch wurde der im vergangenen Jahre eingeführte Arbeitsnachweis in Erinnerung gebracht und die Kollegen ermahnt, den Anforderungen, die ein geregelter Arbeitsnachweis an sie stellt, in vollstem Maße Rechnung zu tragen. Den Kassierenbericht gab der Kassierer Böhm. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrugen M 6846,50. Die Einnahme der Nebenkasse betrug M 7715,03, der eine Ausgabe von M 3492,85 gegenüberstand. Der Kassierenbericht betrug demnach M 4253,18. Nach einer kurzen Diskussion wurde auf Antrag der Rednerin dem Kassierer Entlassung erteilt. Ein Antrag der Bauarbeitersektion wurde, den an sie zu leistenden Beitrag pro Jahr und Mitglied auf 10 s festzusetzen und die Mitgliederzahl ebenso zu bemessen wie bei dem Gewerkschaftsstatell, wurde zunächst den Geschäftsstellen und Sektionen überwiesen; es soll dann in der nächsten Generalversammlung darüber beschlossen werden.

**Quisburg.** Am 26. April hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Laut Abrechnung war für die Hauptkasse eine Einnahme und eine Ausgabe von M 1149,25 zu verzeichnen. Die Nebenkasse hatte im ersten Quartal 1908 eine Einnahme von M 2875,95, die Ausgabe betrug M 563,64. Bestand M 1811,70, hierzu Hieseler M 56,28, Kassierenbericht M 1867,93. Der Kassierenbericht hat sich gegen das erste Quartal 1907 um M 1161,05 erhöht. Die Mitgliederzahl ist gegenüber dem ersten Quartal 1907 von 478 auf 405 zurückgegangen. Es erklärt sich dies aus natürlichen Verhältnissen, beweist aber zugleich das zunehmende stabiler Verhältnisse im Zweigverein. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes, den Kollege Müller erstattete, ging hervor, daß die meiste Arbeit die Lohnbewegung in Anspruch nahm. Der Vorstand wünscht einen besseren Versammlungsbesuch und ermahnt die Mitglieder zu regerer Tätigkeit in der Organisation. Genosse Grünmold referierte über das Reichsvereinsgesetz und kritisierte hierbei die Stellung des Ergrübenbüßers und „Arbeiterführers“ Weßens. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte mit einem Appell des Vorstehenden Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Oberst.** Eine öffentliche Maurerverversammlung, die von den Vorständen beider Organisationen einberufen war, tagte am 30. April im „Goldenen Löwen“. Auf der Tagesordnung stand die im vorigen Jahre von den Unternehmern ferret, Kollege Hags über, berichtete zunächst über die Lage im allgemeinen und besprach dann das Verhalten der Vorstände der Unternehmern. Die im vorigen Jahre herausgegebene Arbeitsordnung, die mehr einer Gefindeordnung gleicht, enthält für dies Jahr eine Lohnerhöhung von 2 s pro Stunde. Nachdem im vorigen Jahre fast durchweg 44 s gezahlt wurde, müßte der Lohn in diesem Jahre 46 s betragen. Wie es nun damit ausfiele, beweist die aufgenommene Statistik. Der größte Teil der Kollegen erhält 44 und 46 s pro Stunde, ja, es kommen sogar 43 und 42 s vor. Ein Beweis, wie ernst es die Herren Unternehmer mit ihrem gegebenen Wort sind. Auch die Kollege kümmert sich wenig um das, was sie unterschrieben hat. Vielmehr rechnet man auch damit, daß man auf diese Weise etwas an Abgaben für Kranken- und Invalidenversicherung sparen kann; die bei einem Lohn von 46 s etwas steigen würden. Mit dem Bauarbeitersektion nimmt man es durchaus nicht genau. An Bau der Stadthalle ist für 80 bis 90 Personen ein einziger Arbeitsnachweis ist. In der Diskussion wurde zu lebhafter Agitation für die Organisation aufgeführt, damit im nächsten Jahre mit Ablauf des mauerhaften Arbeitsvertrages mit solchen Zuständen gebrochen werden kann. Es wurde folgende Resolution gefaßt: „Die am 30. April im „Goldenen Löwen“ tagende öffentliche Maurerverversammlung protestiert entschieden gegen das unmoralische Verhalten der Unternehmer bei der Handhabung ihrer Arbeitsordnung und beauftragt die Leitung, zu gegebener Zeit geeignete einen halbwegs menschenwürdigen Lohn zu erringen.“ Desgleichen wurde der Vorstand ermächtigt, bei geeigneter Zeit Schritte gegen die geplante Innungsstrafenliste zu unternehmen.

**Sörbe.** Der hiesige Zweigverein hielt Sonnabend, den 25. April, seine ordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst erstattete der Vorsitzende Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen. Er war der Ansicht, daß nach Lage der Dinge der Kampf wohl unermesslich sei. Die Unternehmern wollten den Frieden nicht. Wenn uns der Kampf aufgegeben würde, so würden wir ihn aufnehmen und dafür sorgen, daß er zu Gunsten der Arbeiter im Baugewerbe durchgeführt werde. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen in demselben Sinne aus. Darauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal. Hieran betrug der Massenbestand der Nebenkasse M 1525,34. Bezüglich der Massei wurde einstimmig beschlossen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und sich an der Massei für den Wahlkreis Dortmund-Sörbe zu beteiligen. Sodann wurde noch beschlossen, daß die Kollegen, die drei Tage und länger in der Woche arbeitslos sind und Arbeitslosenmarken fleben wollen, sich beim Kassierer während der Arbeitszeit zu melden haben, andernfalls sie den vollen Beitrag zu zahlen haben.

**Landshut.** Am 18. April tagte hier eine öffentliche Maurerverversammlung, in der Kollege Stadler aus München referierte. Er berichtete über die Kriegspläne der Unternehmervorstände und führte aus, daß die Taktik der Arbeitgeberverbände darin geht, die Maurerorganisation zu schädigen und Lohnverbesserungen, die mit Hilfe der Organisation erzielt wurden, wieder hinfällig zu machen. Dieser Plan sei so klar, daß selbst dem zurückgebliebensten Arbeiter die Augen aufgehen müßten. Kollege Stadler sprach sich noch über Sausagitation aus, worauf der Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung schloß.

**Leipzig.** Die Leipziger Maurer nahmen in einer am 29. April im Volkshaus abgehaltenen Versammlung den Bericht über die am 15. April mit den Unternehmern stattgefundenen Verhandlungen entgegen. Kollege Riehl besprach die am 26. März in Berlin beschlossenen Vertragsbedingungen, die die Grundlage für die hiesigen Verhandlungen bilden. Das Ergebnis der vorgelegten Verhandlungen könne keineswegs befriedigen. Alle die Punkte, die von der letzten Maurerverammlung zu Forderungen erhoben wurden, seien nicht in der Verhandlung erledigt, sondern als Differenzpunkte nach Berlin verwiesen worden. Redner ermahnte die Kollegen, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten. In der Debatte sprachen sämtliche Redner ihre Unzufriedenheit über das Verhandlungsergebnis aus. Nachdem sich Kollege Bauerfeld nochmals über die §§ 5 und 10 abfällig geäußert hatte, wandte er sich gegen den in Berlin von den Unparteiischen gefällten Schiedsspruch und betonte, daß dieser eine Verschlechterung des jetzigen Leipziger Vertrages bedeute. Dasselbe sei auch mit den Bestimmungen der Fall, die den Transport des Handwerkszeuges bei Arbeitswechsel regeln. Es wäre deshalb besser gewesen, wenn die Kommission dieser Bestimmung nicht zugestimmt hätte. Kollege Jacob wandte sich zunächst gegen die Ansicht des Vorredners bezüglich der Bestimmung beim Arbeitswechsel und des § 10, Agitation betreffend. Auch zur Affordarbeit bedürfe es einer weiteren Ansprache nicht; denn die Stellung der Leipziger Maurerschaft zu dieser Frage sei hinreichend bekannt. Zu den Verhandlungen in Berlin sei zu bemerken, daß die Vertreter der Organisation sich den Verhandlungen nicht entgegenstellten. Das Resultat der Verhandlungen sei den Kollegen bekannt. Alle Differenzpunkte, die einer Einigung noch entgegenstehen, sollen einer Schlichtungskommission, die in Leipzig zusammentritt, überwiesen werden. Redner empfahl, in dieser ganzen Angelegenheit heute keine Beschlüsse zu fassen. Notwendig sei es aber, daß die Kollegen recht einmütig zum Verbands halten; denn in dieser Situation müßte jede Verschärfung der Organisation vermieden werden. Kollege Herßschloß sich diesen Ausführungen an und konstatierte das Einverständnis der Versammlung mit dem Vorschlag des Kollegen Jacob. Unter „Jüngere Berufsangelegenheiten“ erfuhr der Vertrauensmann die Versammlung, die Feier des 1. Mai wie andere Jahre in recht würdiger Weise zu begehen.

Die Ratskammer hielt am Freitag, 24. April, im Volkshaus eine öffentliche Versammlung ab. Der Vertrauensmann erstattete eingehend Bericht über das vergangene Jahr. Weiter wurden innere Berufsangelegenheiten besprochen und ein neuer Vertrauensmann gewählt.

**Nordenham.** In Nr. 16 des „Grundstein“ vom 18. April d. J. ist unter Nordenham ein Versammlungsbericht enthalten, der nicht den Tatsachen entspricht. Nach diesem Bericht hätte sich eine öffentliche Versammlung mit dem Resultat der letzten Konferenz des Landes Bremen beschäftigt, und ich sollte eine Resolution beantragen haben, wonach den Bauarbeitern der Vorwurf gemacht wird, bezüglich der Affordarbeit mangelhafte Arbeit geleistet zu haben. Ich lege Wert darauf, richtigzustellen, daß es keine öffentliche, sondern eine Mitglieder-Versammlung war, die den Bericht über die Konferenz entgegennahm. Auch stelle ich hiermit richtig, daß ich nicht sämtliche Delegierten den Vorwurf gemacht habe, sondern die Art und Weise, wie ein Antrag des Zweigvereins Nordenham durch den Vorstand behandelt worden ist, ebenso das Lage Verhalten des Delegierten vom Zweigverein Nordenham kritisiert habe. Wie ist der Zusammenhang? Nach meinen Feststellungen wurde im Zweigvereinsgebiet Nordenham vielfach in Afford gearbeitet. Nach Mitteilung des Vereinsvorsitzenden, Kollegen Toll, war ihm vom Bauvorständen über diese Frage eine nichtsagende Antwort geworden. Dabei haben Wilhelmshavener und Bremerhavener Kollegen, die im Nordenhamer Gebiet arbeiteten, den gestrigen Beschlüssen, nicht in Afford zu arbeiten, ignoriert. Deswegen hielt ich es für notwendig, der Mitglieder-Versammlung folgenden Antrag zu unterbreiten: „Der Zweigverein Nordenham beantragt, die Affordarbeit auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen. Er erwartet weiter, daß die in der Resolution des letzten Verbandstages genannten Forderungen im Sinne der betreffenden Resolution wirken.“ Der erste Teil des Antrages sollte auf die Frage selbst auch hier aufmerksam machen, die Delegierten des Zweigvereins beauftragen, in den einzelnen Orten aufzuklären über die Schäden der Affordarbeit zu wirken; der zweite Teil spricht aus, daß nicht genügend Aufklärungsarbeit geleistet worden sei und wollte dies in der Zukunft nachgeholt wissen. Ich bin heute noch mehr in der Meinung befestigt, daß über tieferliegende Fragen auch unter uns Maurern mehr Aufklärung durch Vorträge geschaffen werden muß, zumal aus dem Zweigverein Rügen ein diesbezüglicher Antrag der Konferenz vorlag. Warum kam man nicht dazu, den Nordenhamer Antrag zu berücksichtigen? Statt dessen vereinbarte man mit dem Nordenhamer Delegierten unter vier Augen, ihn als allgemeinen Antrag zu verhandeln, und unterließ es, den zweiten Teil zur Beratung zu bringen. Wenn die Konferenzdelegierten bei der Beratung des Antrages anders beschloßen hätten als die Nordenhamer Kollegen es erwarteten, so hätten sich letztere aufreben geben müssen. Man hielt aber einfach die Delegierten zusammen, verließ ihnen die feststehende Tagesordnung und, indem man sie weiter auf den anderen Tag vertröstete, schickte sie in die Kisten, und damit Punktum. Das ist das, wogegen sich der Zweigverein Nordenham in einer Resolution ausgesprochen hat.

Adolf Kiesel, Bielefeld.

**Oberst.** Am 30. April stürzte der Kollege Johannes Koffler aus Dippach beim Nichten eines Neubaus aus einer Höhe von acht bis zehn Metern in die Tiefe. Die Balkenlage von beiden Enden war an der betreffenden Stelle nicht verschallt, außerdem fehlten an der Aufsteigstelle die Laufbretter. Der Kollege erlitt durch Aufschlagen auf beide Balkenlagen und auf Wellergewölbe Verletzungen am Kopf und einen schweren Einbruch, so daß er ins Krankenhaus in Eisenach überführt werden mußte. Die Zimmerarbeiten führte der Zimmermeister Willich aus Göttingen aus.

**Pirna.** Am 27. April tagte hier eine gemeinschaftliche Bauhandwerker-Versammlung mit der Tagesordnung: „Resultat der bisherigen Vertragsverhandlungen.“ Der Genosse Zimmerer Schmiedgen, gab in Kürze das Resultat der letzten Vertragsverhandlung mit den Unternehmern bekannt. Hieraus ging hervor, daß die hiesigen Unternehmern das am 8. März gemachte Zugeständnis: 2 s für 1908 und 2 s für 1909, zurückgezogen hatten, dafür jetzt aber nur 1 (einen) s Zugulage für jedes Jahr bieten. Der Versammlungsbesuch war in den Verhältnissen entsprechend mäßig zu nennen, und die wenigen, die anwesend waren, zeigten ein großes Federlesen das Angebot einfach ab. Eine große Debatte gab es nicht; denn jeder schien sich klar zu sein, daß auf diese Operation die Ablehnung des Angebots die einzig richtige Antwort sei. Darauf kam nochmals die Handlungsweise des Kollegen War Schade-Göpp zur Sprache. Da der Kollege in einer von den Kandidaten gesperrten Fabrik in Nieder-Schütz als Arbeitswilliger tätig war, befohl man einstimmig, seinen Ausschuß beim Hauptvorstand zu beantragen. Dann gab Kollege Herr bekannt, daß vom Ratell um eine einmalige Verstärkung von 10 s pro Mitglied zur Befreiung der Unkosten der neuerdichteten Auskunftsstelle ersucht worden sei. Hierüber entspann sich eine längere Aussprache. Schließlich wurde von den anwesenden Maurern, dem Antrag fleig, für 1908 pro Mitglied 20 s aus Vorkassmitteln zu bewilligen, mit 28 gegen 17 Stimmen stattgegeben. Gleichzeitig sei hiermit das Resultat der in der ersten Woche des Monats April aufgenommenen Wahlen festzustellen. Diese Zusammenstellung dürfte vielleicht doch für eine Anzahl unserer Kollegen von Interesse sein. Es sei zunächst bemerkt, daß die Bezirke „Schandau-Königsitz und Neustadt (Zweigverein Dresden) in diese Statistik mit eingerechnet sind, da sie zum Vertragsgebiet Pirna gehören. In den für uns in Frage kommenden vier Bezirken wurden 114 Arbeitsstellen aufgefunden. Auf diesen waren bei 39 Unternehmern 66 Poliere, 473 Gesellen und 64 Lehrlinge beschäftigt. Es kommen somit auf 84 Gesellen ein Polier, auf circa 7 1/2 Gesellen ein Lehrling. Von den 473 Gesellen gehörten 404 dem Zentralverband an, 67 waren nicht-organisiert und bei 2 Gesellen konnte eine Feststellung nicht erfolgen. Von den 39 Unternehmern gehörten 17 dem Bauarbeiterverband an, während 20 Unternehmern keiner Organisation angehörten; bei zwei Unternehmern konnte eine Feststellung nicht erfolgen. Bei den 17 organisierten Unternehmern waren zur Zeit 254 Gesellen auf 29 Neubauten, 12 Umbauten und 17 Reparaturen beschäftigt. Von den 29 in Frage kommenden Neubauten befanden sich 2 im Grunde resp. Keller, 6 im Par-



terre, 8 in der ersten Etage, 8 im Dachstuhl und 15 im Putz. Bei den 22 unorganisierten Unternehmern waren 181 Gesellen auf 22 Neubauten, 9 Umbauten und 10 Reparaturen beschäftigt. Von den 22 Neubauten befanden sich: 6 im Grunde resp. Keller, 4 im Parterre, 1 in der ersten Etage, 4 im Dachstuhl und 7 im Putz. Bei den übrigen zwei Unternehmern waren auf 2 Neubauten, 1 Umbau und 1 Straßenebau 21 Gesellen beschäftigt. Von diesen 2 Neubauten befand sich 1 im Grunde und 1 im Putz. Auf 5 Arbeitsstellen (Reparaturen) arbeiteten 17 Kollegen auf eigene Hand. Von diesen waren 6 organisiert, die anderen 11 unorganisiert. Stundensöhne erhielten 4 Gesellen 58 S., 1 Geselle 52 S., 4 Gesellen 49 S., 25 Gesellen 46 S., 1 Geselle 45 S., 52 Gesellen 42 S., 6 Gesellen 41 S., 228 Gesellen 40 S., 56 Gesellen 39 S., 52 Gesellen 38 S., 15 Gesellen 37 S., 5 Gesellen 36 S., 3 Gesellen 35 S., 1 Geselle 33 S. In den einzelnen Lohnbezirken wurden festgestellt: 2 Lohnbezirk: 7 Poliere, 35 Gesellen und 2 Lehrburschen. Von den Gesellen waren 27 organisiert. 3. Lohnbezirk: 6 Poliere, 50 Gesellen und 7 Lehrburschen. Von den Gesellen waren 41 organisiert. 4. Lohnbezirk: 20 Poliere, 252 Gesellen und 88 Lehrburschen. Von den Gesellen waren 227 organisiert. 5. Lohnbezirk: 14 Poliere, 186 Gesellen und 22 Lehrburschen. Von den Gesellen waren 109 organisiert. Die Arbeitszeit betrug im ganzen Lohngebiet durchschnittlich 10 Stunden. Aus dieser Zusammenstellung ist deutlich zu ersehen, wie sich die Bautätigkeit zur Zeit der Feststellung auf die einzelnen Lohnbezirke verteilt. Am schlechtesten ist hierbei der 2. Lohnbezirk, am besten der 4. Unter den 67 unorganisierten, die ermittelt wurden, befindet sich ein großer Teil, der überhaupt nicht organisationsfähig ist. Zugeworben muß allerdings werden, daß auch eine ganze Anzahl darunter sind, welche noch ganz gut der Organisation zugeführt werden könnten, aber bei diesen ist mit bloßer Aufräumarbeit nichts gemacht. Auf dem Gebiet des Bauarbeiterschlages kann konstatiert werden, daß wir den Unternehmern auf diesem Gebiete schon manche Unart abgewöhnen haben, doch sieht man noch hin und wieder auf Baustellen, wo es noch traurig aussieht. So wurde eine Wandbe, die als Unterstützungsdienst diente, angetroffen, unter deren Dach aber auch der aufgesetzte Kalk seinen Platz gefunden hatte; ein etwa 1 m hoher Bretterverschlag schützte die Inassen davor, daß ihnen der Kalk nicht gänzlich unter die Füße rutsche. Das Dach dieser Mauerwurde schien als Durchwurf für den darunter liegenden Kalk benutzt worden zu sein. Daß die Inassen einer solchen Wunde vor dem Regen vollständig geschützt sind, so lange es nicht regnet, wird jeder zugeben müssen; man hatte aber, jedenfalls in einer Annäherung weiser Vorsicht, den Fußboden weggelassen, jedenfalls nur bedecken, damit das oben reinkommende Wasser sich unten desto leichter verzehren kann, ohne erst durch den lästigen Fußboden lange aufhalten zu müssen. Auch die Wände waren stellenweise nicht so, wie sie sein sollten; in einigen Fällen hatte man durch Weglassen des Schubdaches für allzuviel Luft und Sonnenlicht gesorgt; auch die Eisbetreter waren in einem Falle in einer solchen Verfassung, daß schon eine gewisse atombastige Gewandtheit dazu gehörte, um sich da oben zu halten. Also, alles in allem mögen unsere Kollegen aus diesen wenigen hier angeführten Fällen ersehen, daß auch auf dem Gebiete des Bauarbeiterschlages noch viel zu tun übrig bleibt.

**Vegeat.** Wie vor kurzem der „Grundstein“ mitteilte, wurde vom „Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Stadt Vegeat, Kreis Blumenthal und Umgegend“, bei unserer Zweigvereinsleitung und beim Bauvorstand angefragt, ob wir gewillt seien, für die Zeit nach dem Vertragsablauf (30. Juni 1908) einen neuen Vertrag einzugehen. Diese Frage wurde von uns am 19. März bejaht mit der Bemerkung, daß wir dem „Arbeitgeberverband“ nach Erhebung der Vorarbeiten weitere Mitteilungen zu geben lassen würden. Durch die Vertragsverhandlungen nach dem Zustandekommen des Normalentwurfs wurden natürlich die Vorarbeiten durch die übermäßige Zanspruchnahme der Bauvorstände etwas verzögert. Und so ging am 21. April, mittags, beim Vorstehenden des Zweigvereins folgendes Schreiben ein:

Nachdem ich durch Schreiben vom 11. März d. J. anfrage, ob Sie gewillt waren, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen, erhielt ich unterm 19. März d. J. eine bejahende Antwort mit dem Bemerkung, daß Sie sofort die nötigen Vorarbeiten erledigen würden und mir Mitteilung zukommen lassen würden. Leider sind jetzt bereits darüber über vier Wochen verstrichen, ohne je eine Mitteilung. Für morgen abend, den 21. d. M., habe ich eine Vorstandsversammlung mit nachfolgender Mitgliederbesprechung der Maurer- und Zimmermeister des Arbeitgeberverbandes einzuberufen, worüber in dieser Sachlage Bescheid gefaßt werden soll. Falls Sie nun noch Wünsche haben, die in den vom Deutschen Arbeitgeberverband und den Zentralleitungen der Gewerkschaften aufgestellten Normal-Formulare aufgenommen werden möchten, ersuche ich Sie höflichst, mir solche vor der Versammlung mündlich oder schriftlich vorzutragen und bin ich bereits 6½ Uhr abends im Schützenhof zu Nummern. Auf spätere Unterhandlungen wird sich der Arbeitgeberverband nicht mehr einlassen können, und müßte dann der genehmigte Vertragsentwurf für die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes als Arbeitsordnung gelten.

#### Gedächtnisvoll

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe der Stadt Vegeat, Kreis Blumenthal und Umgegend.

Der Vorsitzende: R. W. Guindhardt.

Die Unternehmern mußten ganz genau, daß in dieser kurzen Zeit — 7 Stunden — die Mitglieder des Vorstandes nicht zusammenzutreffen konnten, da sie alle um diese Zeit noch nicht einmal von der Arbeit zurückgekehrt waren. Sie hatten damit gerechnet, daß in dieser Zeit der Vorsitzende nicht erscheinen würde, was sie am Abend, als Kollege Mann und der Vorsitzende der Bauarbeiter vorstellig wurden, auch ausgaben. Diese beiden Vorstehenden gaben dann am Abend die Erklärung ab, daß sie nicht in der Lage gewesen seien, die Vorarbeiten zum Abschluß zu bringen, aber bestimmt in der Zeit bis zum 2. Mai zu Verhandlungen in der Lohnfrage erscheinen würden. Jetzt gaben auch die Arbeitgeber

ihre — in Bremen auf der Bezirksvorstandsbesprechung beschlossene — Ansicht kund, die ungenügend dahin zusammengefaßt werden kann: Lohnherhöhung gibt es für beide Teile nicht. Das Vertragsgebiet wird bedeutend verkleinert. Für dieses verkleinerte Vertragsgebiet wird mir großmütig und nehmen von einer Lohnherhöhung Abstand. Der zu erzielende unparteiische Arbeitsnachweis wird anerkannt. Resümee: Verschlechterungen für die Lage der Arbeiter, sonst nichts. Wie sich angesichts dieser Sachlage in den Verhandlungen die Dinge gestalten, ist vorläufig nicht abzusehen. Die Kollegen werden durch eiserne Disziplin versetzen, für sich die Sache zum Vorteil auszunutzen.

**Verband i. S.** Mittwoch, den 29. April, tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung, die gut besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung. Daraus ging hervor, daß ein Kollege befristet, eine Anzahl Marken vom Kassierer erhalten zu haben. Hierüber entstand eine heftige Debatte. Die Verwaltung wurde schließlich beauftragt, diese Sache schleunigst in Ordnung zu bringen. Hierauf wurde Kollege Seidel mit großer Majorität wieder zum ersten Vorsitzenden und Kollege Dieß als Kassierer wiedergewählt. Der Vorsitzende forderte sodann die Kollegen auf, sich alle an der Mäuser zu beteiligen und, wo angängig, am Tage die Arbeit ruhen zu lassen. Hierauf kam der Herr Becker wieder zur Sprache. Da der Kollege für Bauarbeiterschlus eingetreten ist, sich aber im Uebereifer mit dem Polier und dem Arbeiterführer überworfen hat, erhielt er die Kündigung. Auch hierüber entstand eine fräftige Aussprache. Dann verlas der Vorsitzende zwei Briefe von einem wegen Schulden gestrichenen Kollegen, der in seinen letzten Absichten tat und versprach, eine gutes Mitglied zu werden, falls er wieder aufgenommen werde. Nach kurzer Debatte kam man zu dem Entschluß, ihn wieder aufzunehmen. Da sich hier eine Anzahl Kollegen befanden, die in anderen Zweigvereinen ihre Beiträge bezahlen, weil sie in einer niedrigeren Beitragsklasse sind, kam man zu dem Entschluß, mit diesen Kollegen Rücksprache zu halten, um sie für unseren Zweigverein zu gewinnen.

#### Fliesenleger.

**Strasbourg i. S.** Am 20. April tagte eine Versammlung der Fliesenleger, die gut besucht war; die paar Kollegen, die nicht anwesend waren, mögen sich das merken und nächstens auch erscheinen. In dem Bericht über die Sperre vom Schwimmbad konnte gesagt werden, daß sich die Kollegen gut gehalten haben. Die Unternehmer versuchten, in Dörck, Basel usw. Fliesenleger anzuwerben. Aber wenn die Kollegen von uns unterrichtet wurden, sehrten sie Strasbourg wieder den Rücken. In der Tat wandten sich die Unternehmer an die Fabriken in Metz und Erlangen; diese haben ja immer Streikbrecher aus Dörck, so daß auch bald von jeder Fabrik vier Mann hier waren und die Fliesen aufnahmen. Alle Bemühungen, die Leute zum Abreisen zu bewegen, waren vergebens. Von der Polizei bewacht, würden sie nach und von der Arbeit geführt, so daß die Kollegen, die dort gearbeitet hatten, an ein Unterkommen nicht denken konnten. Es wurde dann noch Klage geführt, daß die Kollegen von Karlsruhe, die hier arbeiten, die neunstündige Arbeitszeit nicht einhalten, sondern immer 10 Stunden arbeiten und, sich auch fortwährend unter dem vereinbarten Tarif anbieten. Der Vorstand wurde beauftragt, sich an den Zweigvereinsvorstand in Karlsruhe zu wenden, damit Abhilfe geschaffen wird. Sollte dies nichts nützen, so soll sich der Vorstand an den Bauvorstand wenden und beantragen, daß eine Konferenz zwischen den in Betracht kommenden Sektionen einberufen wird.

#### Aus Dänemark.

Im Baugewerbe Kopenhagens herrscht gegenwärtig eine große Arbeitslosigkeit. Ein deutscher Kollege, der sich zur Zeit dort aufhält, schreibt uns von einer Generalversammlung der Kopenhagener Maurerorganisation, die sich mit der Lage beschäftigt, folgendes: Infolge der Baustille, die sich seit Mitte Januar hier in Kopenhagen bemerkt macht, sind hauptsächlich zwei Vanten, die sich mit der Finanzierung der meisten Spekulationsbauten befassen, in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Das Ende vom Biede war dann auch die fast gänzliche Stöckung im Baugewerbe. Auf den meisten Bauten wurde die Arbeit gänzlich eingestellt und neu projektierte Arbeiten wurden aus diesem Grunde nicht angefangen. Es sind zur Zeit ungefähr 70 p. H. der Maurer arbeitslos und viele darunter schon 6 bis 7 Monate. Die anderen Bauhandwerker haben ähnliche Zahlen aufzuweisen. Es wurde in dieser Versammlung die Unterhaltungsfrage sehr eifrig diskutiert. Einige Redner verlangten, daß das verfügbare Geld zur Unterstützung der Arbeitslosen benutzt werden sollte. Andere dagegen sprachen die Ansicht aus, daß unsere Organisation keine Unterhaltungsfrage, sondern eine Frage der Klasse sei und daß es sehr unvernünftig sein würde, unsere Rasse zu leeren und uns so den Räumern der Unternehmer preiszugeben. Das letztere Argument sanktionierte die Versammlung dann auch. Schließlich erstattete ein Vorstandsmittglied Bericht über die Tätigkeit der Kommission, die vom Gewerkschaftsrat zusammengelegt war, um Mittel und Wege zu finden, der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun. Diese Kommission ist dann bei den städtischen und staatlichen Baubehörden vorstellig geworden, um diese zu veranlassen, alle öffentlichen Arbeiten zu beschleunigen. Demnächst ist, daß A. B. auf dem neuen Bahnhof nur etwa 7 bis 8 Maurer beschäftigt sind, wo aber 150 bis 170 Maurer leicht Beschäftigung finden könnten, wenn die Sache nur ein wenig energisch gehandhabt würde. Bei dem Wiederaufbau des Königsschlusses geht's ebenso; die Herren lassen sich gute Zeit und die Arbeiter hungern. Auch in der Bürgerlichkeitsliga hat die Kommission durch unsere Genossen einen Antrag einreichen lassen, der darauf hingibt, die Arbeitslosen mit außerordentlichen Geldmitteln zu unterstützen und dies Geld durch die Fachorganisationen den Arbeitslosen zuzuführen. Nun, der Bericht lautete so ganz gut; alle stellten sich wohlwollend und verprachen schleunigst Hilfe, ob es aber Ernst damit ist, muß uns die Zeit erst lehren. Man beauftragte dann die Lohnkommission, Verhandlungen mit den Unternehmern einzuleiten über eine Verkürzung der Arbeitszeit. Nach dieser Schilderung der Verhältnisse im Baugewerbe in Kopenhagen ist es überflüssig, die deutschen Kollegen vom Zustand in Dänemark, speziell Kopenhagen, noch besonders abzurufen.

## Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 26. April bis 2. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der Bräutchen Verwaltung in Jordan-Paradies A. 150, Nachhof 200, Gr.-Biegenort 100, Weglar 40, Summa M. 490.

Zufüsse erhielten: Berlin M. 6000, Kiel 600, Halle a. d. Saale 400, Danzig 300, Mannheim 200, Nürnberg 200, Bensdorf 200, Gohsen-Meudorf 200, Dresden-Strießen 200, Rastheim 150, Plomberg (Elbe) 100, Sandhaußheim 100, Worms 100, Sann. Mülden 100, Weierbach 60, Reindorf 50, Gonsenheim 50, Summa M. 9110.

Mitte, den 2. Mai 1908.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Dom Bau.

Anfälle, Arbeiterschlus, Submissionsen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Anfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigsten Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Tagblatt zu senden.

**Sohlensalz.** Am Bau der Zuckerfabrik Amsee war am Sonnabend, den 25. April, der Kollege Ludwig beim Mischen beschäftigt, als ihm ein Stein auf den Kopf fiel, so daß seine Überführung nach dem Krankenhaus erfolgen mußte, wo er jetzt noch hoffnungslos darniederliegt.

**Plänen i. B.** Am 13. April ereignete sich in Wellengrün bei dem benachbarten Pölla ein Baumunglück, das durch ähnliche Ursachen hervorgerufen wurde, wie der Baueinsturz in Ragob. Bei dem Gemeindevorsteher in Wellengrün sollte ein 18 Meter langes Stallgebäude untermauert und dessen oberes Stockwerk um 1,70 Meter höher gebracht werden. Zu diesem Zweck waren acht Schrauben angebracht worden, die Unterlagen von acht bis zwölf Zentimeter starken Balken aus grünem Kiefernholz hatten. Anfangs ging alles gut, doch da wurde plötzlich der von dem Meister zur Leitung der Arbeit beorderte Zimmermann von dem Bauherrn weggeführt mit dem Bemerken, daß er, der Bauherr, die weitere Arbeit mit seinen Leuten allein ausführen werde. Dies geschah denn auch, aber in einer Weise, daß die am Plan beschäftigten Maurer den Bauherrn darauf aufmerksam machten, daß dies so nicht weiter gehen könne. Der Bauherr ließ sich aber nicht betören, sondern setzte die Arbeit trotz Warnung und drohender Einsprüche des Gebäudes fort. Da plötzlich brach ein lautes Krachen und das ganze Gebäude stürzte in sich zusammen, einen Kollegen unter den Trümmern begrubend, während drei andere Kollegen sich noch rechtzeitig retten konnten. Der verunglückte Kollege erlitt eine schwere Quetschung des Brustkorbes, Verletzungen an den Augen und am rechten Arm, die seine Aufnahme in ein Krankenhaus notwendig machten. Dem Bauherrn gehörte wegen seines Verhältnisses mit dem Bau eine gefährliche Bauarbeit ohne sachverständigen Rat und aus Sperrkassensichtungen auszuführen ließ, von Gerichten wegen ein gebrühter Denkwelt, damit er erkennen lernt, daß man mit der Gesundheit und dem Leben seiner Mitmenschen, wenn man nur ein Arbeiter ist, nicht fasslos Schindluder spielen darf, nur um einige Mark Aufwachen zu ersparen.

**Arbeiter.** Am 28. April kürzten bei dem Unternehmer Rodemann an einem Neubau in der Karlsruher ein Maurer und ein Hilfsarbeiter ab. Beide trugen innere und äußere Verletzungen davon. Von Augenzeugen wird behauptet, daß das Gerüst vollständig unvorschriftsmäßig hergestellt war und das Schuttnetz auf eine Höhe von sieben Metern fehlte. Die Abdeckung der Balkenlagen und das Verbandsgerüst zur ersten Hölseileitung fehlten. Hieraus kann man wieder einmal sehen, wie nötig es ist, daß die Arbeiter sich endlich einmal zu einer selbständigen Organisation zusammenschließen.

**Ueberrände.** Am 27. April ereignete sich auf dem Neubau des Amtsgerichts zu Ustermünde ein schwerer Unfall. Ein Maurererschlag fiel beim Wauern einer Wand vornüber drei Meter tief in den Keller hinab. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Wirbelsäule und Lunge sind schwer verletzt. Die Schuldfrage ist leicht beantwortet, wenn man bedenkt, daß infolge der Ausperrung weiter niemand auf dem Bau war als zwei Lehrlinge, die ohne jegliche Aufsicht arbeiteten. Das Gerüst läßt im ganzen viel zu wünschen übrig. Der Unternehmer heißt Krüger.

**Grabgrube.** Am 25. April, gleich nach 1 Uhr, verunglückte der Maurer Josef Sagolla aus Gießen auf der Abwehrgrube in Mittelhäusling dadurch, daß ihm aus einer Höhe von 12 m ein Stück Eisen auf den Kopf fiel, so daß er sofort zusammenbrach und nach Jahre in Knospfalslagerei gefaßt werden mußte, wo er hoffnungslos darnieder liegt. Das Unglück wäre nicht passiert, wenn ein Fängergerüst oder eine Abdeckung vorhanden gewesen wäre. Oben haben Schlosser gearbeitet. Die Grube gehört der Aktiengesellschaft Donnersmarthütte in Zabrze.

**Submissionsen.** In Einswarden (Oldenburg) wurden bei Vergabe des Gemeindehauses mit Spritzenhaus, Arrestzelle usw. folgende Offerten abgegeben: Höchstfordernd M. 47 000, Mindestfordernd M. 36 000. Die mittleren Forderungen waren M. 40 000, M. 41 500 und M. 42 800. Ein Antrag, dem Mindestfordernden den Zuschlag zu erteilen, wurde im Gemeinderat mit sieben gegen drei Stimmen abgelehnt.

**Verlegen einer Brücke in ihrer vollständigen Zusammenlegung.** Eine interessante technische Arbeit, wie sie in Deutschland bisher noch nicht durchgeführt worden sein dürfte, wurde bei Elberfeld erfolgreich begonnen. In der Nähe der Stadt führen über den Elbe-Trave-Kanal zwei Eisenbahnbrücken. Durch die Neueinführung der Eisenbahnanlagen sollen diese Brücken einige Kilometer oberhalb der jetzigen Lage als Kanalbrücken für die Eisenbahn Verwendung finden. Die Techniker des Kanalbauamtes kamen nun auf den Gedanken, die Brücken in ihrer vollständigen Zusammenlegung auf dem Wasserwege fortzuschaffen und bei der einen Brücke in die Arbeit glat vollzogen worden. Zwei starke eisernen Kanallisten waren zusammengeklappelt und darauf ein starkes Gerüst gebaut worden. Die Schuten selbst waren mit Sand beschwert. In diesem Zustande wurden die Schuten mit dem Gerüst unter die Brücke gefahren. In weitere bereitliegende Fahrzeuge wurde nun der in den Schuten befindliche Sand geschauvelt, wodurch das Gerüst immer höher stieg und schließlich die

Brücke, die ein Gewicht von über 120 000 Kg. hat, um einen halben Meter aus ihren Lagern hob. Nachdem sie auf dem Gerüst genügend befestigt worden war, besorgte ein Dampftraktor nach der neuen Stelle. Dort wurden die beiden Tragstützen wieder mit Sand gefüllt, bis die Brücke auf ihren neuen Lagern ruhte. Da der erste Versuch in dieser Hinsicht so glatt von statten ging, wird auch die zweite Brücke auf die gleiche Weise an ihren neuen Bestimmungsort gebracht werden.

### Aus Unternehmerrreisen.

\* **Freiheit, dein Name ist Schmiedehaus.** In einem Bericht über die Verhandlungen und die sich daran anschließenden Versammlungen der Unternehmerrreisen schreibt die „**Neue Zeit**“ vom 1. April die Arbeit der „**Freiheit**“, verantwortlicher Redakteur H. Schmiedehaus in Essen, in ihrer Nr. 18 vom 3. Mai das Folgende: „Wir möchten zum Schluss nur noch bemerken, daß während der ersten Verhandlungstage den beiden unparteiischen Vorgesetzten, Dr. Wiedersheim und Dr. Brenner, gegenüber eine große Mühseligkeit verübt wurde, indem beiden Herren unter ihre Mäpchen ein Pfeil gelegt wurde. Von den Führern beider Organisationen wurde der Vorfall lebhaft bedauert und auf das schärfste verurteilt. Verschiedene Arbeiterblätter, u. a. der „**Grundstein**“, hatten allerdings die Freiheit nicht gefunden, angegeben, daß sich einige Arbeiterblätter, die „**Dummkopf**“, verantwortlich gemacht, wie es in dem Artikel heißt, erlaubt hätten. Bei der Haltung dieser Blätter kann man sich über solche Auslassungen kaum noch wundern. Wir halten es indessen doch für nötig, die Öffentlichkeit, die wohl am besten über solcher Vorwürfe wissen wird, auf welcher Seite der Schuldige zu suchen ist, von dieser Unverschämtheit Kenntnis zu geben.“

Wir bemerken demgegenüber, daß der „**Grundstein**“ kein Wort von der Pfeilgeschichte berichtet hat. Herr Schmiedehaus hat also die Öffentlichkeit angelogen.

### Aus anderen Berufen.

\* **Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Schülern Deutschlands** hat seinen Geschäftsbericht für die Jahre 1906 und 1907 herausgegeben. Die Mitgliederzahl liegt in diesem Zeitraum um 2879, nämlich von 5905 auf 8194. Der Verband unterhält jetzt sechs Geschäftsstellen: in Berlin, Dresden, Hamburg, Köln, Leipzig und München. Das Verbandsorgan „**Handlungsgehilfenblatt**“ erscheint jetzt in einer Auflage von über 10 000 Exemplaren. Bei den im Jahre 1907 stattgefundenen erstmaligen allgemeinen Erneuerungswahlen der Delegierten für die Kaufmannsgerichte hat der Verband 90 Stimmzettel, die sich auf 30 Gemeinden verteilen. Lohnbewegungen waren nur vereinzelt zu verzeichnen, weil der Widerstand der gewerkschaftlich organisierten die große Zahl der den bürgerlichen Vereinen und Verbänden angehörenden Gehilfen gegenübersteht, die keine Solidarität kennen, sondern stets bereit sind, als „**Arbeitswillige**“ zu fungieren. Erfolgreiche Resultate erzielte der Verband bei Lohnbewegungen in Konsumvereinen, weil dort die Angehörigen fast vollständig gewerkschaftlich organisiert sind. Zwar zerschlugen sich die angebotenen Verhandlungen wegen Schaffung eines Reichslohns, jedoch gelang es, mit einer Anzahl von Vereinen örtliche Lohn- und Arbeitsverträge abzuschließen, darunter die **Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg**. Die Finanzgebahrung des Verbandes zeigt sich in folgenden Zahlen: Einnahme aus Mitgliederbeiträgen M. 131 718, sonstige Einnahmen M. 16 892. Ausgabe für Agitation M. 23 457, für Verbandsorgan M. 17 362, für Arbeitslosenunterstützung M. 6982, für Reichslohn M. 434, für Projektionen und Strafen M. 1050, für fremde Streiks M. 1350, für Gehalts- und Entschädigungen M. 32 724, für Verwaltungskosten M. 36 827. Der Vermögensbestand war am 1. Januar 1908 M. 11 881, am 31. Dezember 1907 M. 14 006. Dem kommenden Verbandstage liegt ein Antrag vor, den Monatsbeitrag, der jetzt M. 1 für männliche und 60 ¢ für weibliche Mitglieder beträgt, um 20 ¢ zu erhöhen.

### Verschiedenes.

#### Bauarbeiter.

In roter Frühe, wenn der Schein  
Des Himmels taum die Weiten füllt,  
Dann kommt ihr her in langen Reihn,  
Zu schaffen um das lange Geld,  
Zu schaffen um das liebe Brot,  
Und aus der Tiefe wächst der Bau  
Und öffnet seine Tore weit  
Und wartet auf die Herrlichkeit  
Des Herrn — und auf den Glanz der Frau  
— Und eure Seele pocht und löst  
Und fühlt ein heimlich Flügelregen ...

Grüß euch, Kollegen!

Auch wir, wir schichten Stein auf Stein,  
Und unser Bau geht himmelwärts;  
Wir mauern in den Grund hinein  
Der Menschheit tausendjährigen Schmerz.  
Wir schaffen eine freie Stadt  
Für alles, was nach Obdach ruft  
Und Wunden trägt und Hunger hat.  
In diesen Wänden sollen glühn  
Herzfeuer hell von Eichenholz,  
Und sollen rote Wangen blühn —

Und unsre Bogen steigen stolz  
Und recken sich in blaue Luft  
Und wenn der roten Frühe Tau  
Auf dem geschlossenen Dache blinkt  
Und wartet auf der Sonne Straß,  
Dann steigen wir das letzte Mal  
Zur Kronenwette auf den Bau,  
Und unsre heisse Seele singt  
Ein Lied der Tat.

Die Wolke birgt  
Das helle Licht am Himmel steht,  
Und über allem Wolke weht  
Die rote Fahne von der Stirn.

Clara Müller.

### Eingegangene Schriften.

Von der „**Neuen Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 31. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: **Nichts schweigt mehr!** Von Hans Wied. — **Dr. Arnold Döbel.** Von Hermann Greulich. Der Zeugnisantrag in den deutschen Volksschulen. Von Otto Mühl. — **Wirtschaftliche Rundschau.** J. Rask. Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 ¢. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Deutschlands Sozialpolitik.** Eine gedrängte, systematische Darstellung der Entwicklung, Motive, Bedeutung und Resultate des Arbeiterkampfes und der Arbeiterversicherung von Rich. Lipinski. 64 Seiten Taschenformat. Preis 20 ¢. Verlag von R. Lipinski, Leipzig, Elsestr. 14.

### Briefkasten.

**Berichtigung.** Durch einen Druckfehler ist in der vorigen Nummer in der Witz, Nordach, L. V., der Paragraf des Bürgerlichen Gesetzbuchs falsch angegeben. Es ist nicht der § 161, der in Betracht kommt, sondern der § 1016.

**Brooklyn, N. Y. C.** Jahresabonnement unter Kreuzband kostet M. 8,60 (M. 6 + 2,60 Porto). Sie hätten also für das laufende Quartal noch M. 2,30 und bis Jahresabschluss, d. h. in 8 Gef. mit M. 6,60 zu zahlen.

**Wittenberge und andere Orte.** Berichte über Mairfeiern können wir nicht bringen, selbst wenn dabei ein „**Sieg**“ errungen wurde.

**Götting.** Wenn der nächste Bericht wieder auf beiden Seiten beschreiben ist, wandert er in den Papierkorb.

**Eigerhausen, Johs. R.** Zum Bezug der Invalidentenrente ist nur berechtigt, wer, wenn die sonstigen Voraussetzungen zutreffen, eine Wartzeit von 200 Beitragswochen, von denen mindestens 100 auf Grund der Versicherungspflicht geleistet sein müssen, erfüllt hat. Wenn dies bei dem Sammel trifft, dann hat er Anspruch auf die Rente, da er länger als 26 Wochen erwerbsunfähig krank ist.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 16 ¢.)

**Bernice.** Am 28. April starb nach achtjähriger schwerer Krankheit unser Vorstandsmitglied **Karl Prochnow** im Alter von 49 Jahren an Lungenerkrankung.

**Bredlau.** Am 29. April starb der Kollege **August Casse** im Alter von 48 Jahren an Lungenschwund. **Calbe a. d. S.** Am 5. April starb unser Kollege **Karl Hohmann** aus Brumbach im Alter von 57 Jahren an Mierentleiden.

**Cöln.** Am 29. April starb das Mitglied **Joh. Nick** im Alter von 81 Jahren an der Proletarierkrankheit. **Danzig.** Am 27. April starb unser Kollege **Carl Behrend** im Alter 45 Jahren an Lungenerkrankung.

**Einbeck.** Am 12. April starb unser langjähriger Mitglied **Heinrich Reinecke** aus Dassenen im Alter von 23 Jahren.

**Erfurt.** Am 24. April starb der Kollege **Otto Schneider** in noch nicht ganz vollendetem 26. Lebensjahre an Unterleibstypus.

**Gesfentirchen.** Am 24. April starb unser treues Mitglied **Wilhelm Weyandt** im Alter von 23 Jahren an den Folgen eines Unfalls.

**Gronau.** Am 15. April starb unser Mitglied **Heinrich Mensing** aus Warfelle infolge eines Schlaganfalls.

**Hof a. d. E. Oberkollan.** Am 28. April starb unser braver Kollege **Johann Wild** im Alter von 30 Jahren an Lungentuberkulose.

**Kattowitz.** Am 21. April starb unser treuer Kollege **Eduard Braunisch** im Alter von 41 Jahren an Schlaganfall.

**Landenberg.** Am 26. April starb unser treuer Verbandskollege **Konrad Kammerer** an Lungenschwund.

**Magdeburg.** Am 27. April starb unser Mitglied **Ernst Säuberlich** im Alter von 58 Jahren an Schlaganfall.

**München.** Obergiesing. Am 27. April starb unser treues Mitglied **Johann Horneck** im Alter von 30 Jahren nach längerem Leiden an der Proletarierkrankheit.

**Paffau.** Am 24. April starb unser Vorstandsmitglied **Martin Kück** im Alter von 42 Jahren an Lungenerkrankung.

**Saalfeld.** Am 30. April starb unser Kollege **Friedrich Hellmann** im Alter von 40 Jahren an Lungentuberkulose.

**Stuttgart.** Am 27. April starb unser Verbandskollege **Gottlieb Schall** von Ulm im Alter von 39 Jahren durch Unglücksfall.

Ehre ihrem Andenken!

**Blankenhain.** Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist: **Otto Dressler** in Schwarz bei Blankenhain. [90 ¢] Der Vorstand.

**Salzwedel.** Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist: **Herm. Scheibner, Schaffer.** Regel 8 a. [90 ¢] Der Vorstand.

**Weimar.** Unser Kassierer **Otto Junghans** wohnt Friesstr. 5, 2. Et. Das Verkehrs- und Versammlungslokal, sowie die Herberge befinden sich im **Volkshaus, Buttelsriederstraße**. Die reisenden Kollegen werden dringend erjucht, die Herberge zu benutzen. [M. 1,80] Der Vorstand.

**Bühlhau.** Adresse des Kassierers ist: **Robert Klimm, Salzring 5.** [90 ¢]

**Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“.** Verwaltungsstelle **München.**

**Sofatwechsel!** Nach 5. Mai an befindet sich das Geschäftslokal im „**Kolosseum**“, 1. Stock, Eingang Jahnstr. Die erste Ein- und Auszahlung findet Samstag, den 9. Mai, abends von 6 bis 9 Uhr statt.

Die Adresse des ersten Kassierers **Michael Dullinger** ist: **Kahlestr. 39, 3. Et.** [M. 3,30] Die Ortsverwaltung.

**Joseph Landherr** wird aufgefordert, seinen Angehörigen sofort seine Adresse mitzuteilen. Seine Schwester **Franke Mutter** verlangt nach ihm. Die Kollegen mögen ihn hierauf aufmerksam machen.

**Gerh. Tiemann** und **Louis Berndt** werden hierdurch gebeten, ihre Verpflichtungen in Essen a. d. R. zu erfüllen. [90 ¢] Der Zweigvereinsvorstand.

### Cunnersdorf i. R.

**Samstag, den 17. Mai,** feiert der Zweigverein sein **achtes Stiftungsfest** in der **Andreaschente**, bestehend in **Ball und humoristischen Vorträgen** des Kollegen **K. Lausmann**, wozu wir alle Kollegen freundlichst einladen. Anfang 6 Uhr. [M. 3,30] Der Vorstand.

**Hamburg und Umgegend.** Sektion der Zementierer und Kunststeinarbeiter.

**Samstag, den 10. Mai:**

### Sommervergügen

bei Herrn **C. Meyer, Gr.-Vorsteher**. Abmarsch nachmittags 2½ Uhr von **Edt Grindelberg** und Schlump mit Musik nach dem **Lofe**. Preis der Karte für Herren **30 ¢**, für Damen **20 ¢**. Der geschäftsführende Aufsicht: **J. H. F. Hartwig**. [M. 4,50]

### Neusalz.

Unser Zweigverein feiert **Samstag, den 16. Mai,** sein

### \* Stiftungsfest. \*

Alle Kollegen von Neusalz und Umgegend sind eingeladen. [M. 2,40] Der Vorstand.

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

**Samstag, den 9. Mai.**

Abends 8 Uhr bei **G. Meyer, T. D.**: Wahl eines ersten Vorsitzenden. Verschiedenes.

**Samstag, den 10. Mai.**

**Elmsborn.** Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal.

**Driesen.** Nachm. 1½ Uhr im „**Mitternachtsgarten**“. Wichtige Tagesordnung.

**Freistadt.** Nachm. 4 Uhr im „**Goldenen Schwert**“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Greene.** Nachm. 3 Uhr beim **Waldring** Dreesen in Oppershausen. T. D.: Die wirtschaftliche Lage. Bucherrevision. Verschiedenes. Bücher mitbringen!

**Nebra.** Nachm. 2½ Uhr im „**Gasthof zur Burg**“. Verbandsbücher sind mitzubringen.

**Werder a. d. H.** Nachm. 3 Uhr bei **Roch** in Werder a. d. H.

**Zerbst.** Nachm. 8½ Uhr im **Spezialkaffeehaus**.

**Dienstag, den 12. Mai.**

**Schmölln i. S.-A.** Nachmittags 6 Uhr im „**Einigkeitssaal**“. Wichtige Tagesordnung!

**Samstag, den 16. Mai.**

**Aken.** Abends 8½ Uhr in der Herberge zur Heimat.

**Samstag, den 17. Mai.**

**Allstedt.** Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Referent: Kollege **Meier-Cruel**.

**Nieder-Ingelheim.** Beim **Gasthof Marian**, **Bum Gartenfeld**. Bücher sind mitzubringen.

**Woldenberg.** Nachm. 8 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung!

Druck: **Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.** in Hamburg.